

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 200. Sitzung

Berlin, Freitag, den 11. Dezember 2020

#### Inhalt:

#### Tagesordnungspunkt I (Fortsetzung):

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**  
Drucksachen 19/22600, 19/22602, 19/24535 Nr. 1 ..... 25139 B
- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Finanzplan des Bundes 2020 bis 2024**  
Drucksachen 19/22601, 19/23839 Nr. 1, 19/22602, 19/24535 Nr. 1, 19/23327 ..... 25139 B
- I.18 Einzelplan 11  
**Bundesministerium für Arbeit und Soziales**  
Drucksachen 19/23311, 19/23324 ..... 25139 B
- Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) ..... 25139 C
- Hubertus Heil, Bundesminister BMAS ..... 25140 D
- Johannes Vogel (Olpe) (FDP) ..... 25143 A
- Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU) ..... 25144 B
- Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE) ..... 25145 C
- Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..... 25146 C
- Katja Mast (SPD) ..... 25147 C
- René Springer (AfD) ..... 25148 C
- Hermann Gröhe (CDU/CSU) ..... 25149 C
- Otto Fricke (FDP) ..... 25151 A
- Katja Kipping (DIE LINKE) ..... 25152 A
- Sven Lehmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..... 25153 A
- Antje Lezius (CDU/CSU) ..... 25154 A
- Michael Groß (SPD) ..... 25155 A

- Stephan Stracke (CDU/CSU) ..... 25156 A
- Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU) ..... 25157 B
- I.19 Einzelplan 32  
**Bundesschuld**  
Drucksache 19/23322 ..... 25158 D
- I.20 Einzelplan 60  
**Allgemeine Finanzverwaltung**  
Drucksache 19/23323 ..... 25159 A
- I.21 **Haushaltsgesetz 2021**  
Drucksachen 19/23325, 19/23326 ..... 25159 B

#### Tagesordnungspunkt III:

- Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**  
Drucksachen 19/22600, 19/22602, 19/23302, 19/23305, 19/23306, 19/23309, 19/23310, 19/23311, 19/23312, 19/23313, 19/23314, 19/23315, 19/23316, 19/23320, 19/23322, 19/23323, 19/23324, 19/23325, 19/23326 .... 25159 D
- Peter Boehringer (AfD) ..... 25160 A
- Michael Groß (SPD) ..... 25161 C
- Bettina Stark-Watzinger (FDP) ..... 25162 B
- Dr. André Berghegger (CDU/CSU) ..... 25163 B
- Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE) ..... 25165 B
- Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . 25167 C
- Olaf Scholz, Bundesminister BMF ..... 25168 C
- Dr. Harald Weyel (AfD) ..... 25169 D
- Christian Haase (CDU/CSU) ..... 25170 D
- Otto Fricke (FDP) ..... 25172 C

Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	25174 A	Namentliche Abstimmung .....	25182 B
Doris Barnett (SPD) .....	25174 D	Ergebnis .....	25183 C
Dr. Dirk Spaniel (AfD) .....	25175 D	Nächste Sitzung .....	25186 A
Sebastian Brehm (CDU/CSU) .....	25176 A		
Dr. Diether Dehm (DIE LINKE) .....	25177 C	<b>Anlage 1</b>	
Dennis Rohde (SPD) .....	25177 D	Entschuldigte Abgeordnete .....	25187 A
Otto Fricke (FDP) .....	25179 B		
Dennis Rohde (SPD) .....	25179 D	<b>Anlage 2</b>	
Eckhardt Rehberg (CDU/CSU) .....	25179 D	Amtliche Mitteilungen .....	25188 A
Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	25181 C		
Eckhardt Rehberg (CDU/CSU) .....	25181 D		

(A)

(C)

## 200. Sitzung

Berlin, Freitag, den 11. Dezember 2020

Beginn: 9.00 Uhr

### Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte nehmen Sie Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Ich habe Ihnen zunächst mitzuteilen, dass die reguläre Präsenzpflcht am Dienstag der nächsten Sitzungswoche im Benehmen mit dem Ältestenrat aufgehoben wird. Nach § 14 Absatz 1 Satz 2 des Abgeordnetengesetzes bestimme ich daher, dass der Dienstag, 15. Dezember 2020, nicht als Sitzungstag gilt. Damit entfällt insbesondere die Pflicht, sich an diesem Tag in die Anwesenheitslisten einzutragen. Angesichts aktueller Entwicklungen füge ich hinzu: Nach jetzigem Stand sind Mittwoch bis Freitag Präsenztage.

(B)

Wir setzen die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkt I – fort:

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

**Drucksachen 19/22600, 19/22602, 19/24535 Nr. 1**

- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

### Finanzplan des Bundes 2020 bis 2024

**Drucksachen 19/22601, 19/23839 Nr. 1, 19/22602, 19/24535 Nr. 1, 19/23327**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt I.18 auf:

hier: **Einzelplan 11**

**Bundesministerium für Arbeit und Soziales**

**Drucksachen 19/23311, 19/23324**

Berichterstatter sind die Abgeordneten Ekin Deligöz, Axel Fischer, Michael Groß, Ulrike Schielke-Ziesing, Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch.

Zum Einzelplan 11 liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor.

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 90 Minuten beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Kollegin Ulrike Schielke-Ziesing, AfD.

(Beifall bei der AfD)

### Ulrike Schielke-Ziesing (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Bürger! In diesen Coronazeiten – wir haben es in dieser Woche schon öfter gehört – ist wenig normal. Die Bewältigung der Coronakrise hat erhebliche Auswirkungen auf den Bundeshaushalt.

(D)

Besonders davon betroffen ist – kein Wunder – der Bereich des Einzelplans 11, Arbeit und Soziales. Der Haushaltsentwurf 2021 für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen Umfang von insgesamt rund 165 Milliarden Euro und ist damit wieder der größte Einzelplan im Bundeshaushalt. Vom Entwurf bis zur Bereinigungssitzung wuchs dieser Haushaltsplan auf knapp 1 Milliarde Euro auf.

Ein Teil dieses Aufwuchses ist nachvollziehbar, da sich einige Zuschüsse und Leistungen an die Herbstprojektion und die Steuerschätzung anlehnen und dadurch zur Bereinigungssitzung angepasst werden. Was mich aber ärgert, sind neue Maßnahmen, die erst zur Bereinigungssitzung auftauchen und für die dann neue Mittel beantragt werden. Im letzten Jahr waren es die Hilfen für Zeitungszusteller, in diesem Jahr sind es knapp 5 Millionen Euro für die Förderung der Sicherung von Arbeitsplätzen an deutschen Häfen. Das mag ja alles gut sein – oder gut gemeint. Aber fallen solche Ideen immer kurz vor der Bereinigungssitzung vom Himmel und werden dann noch schnell eingebracht? Sollten nicht die Abgeordneten aller Parteien vorher die Chance haben, sich in den Einzelplanberatungen über diese Maßnahmen zu informieren? Wir sollen hier einen Blankoscheck über 5 Millionen Euro ausstellen für einen Antrag, dessen Begründung nur einen Satz umfasst. Das ist nicht sauber.

(Beifall bei der AfD)

**Ulrike Schielke-Ziesing**

(A) Sauber ausgestaltet ist leider auch nicht die Finanzierung der Grundrente. Dabei haben Sie das, Herr Minister Heil, in den Beratungen zur Grundrente immer wieder versprochen. Nun versteckt sich die Finanzierung des Ganzen in ungenau abgerechneten Bundeszuschüssen und einer globalen Minderausgabe in Höhe von 400 Millionen Euro. Es wird also mit Einsparungen im eigenen Haushalt geplant, um die Grundrente finanzieren zu können. Und was ist, wenn die geplanten Mittel nicht ausreichen? Werden dann wieder neue versicherungsfremde Leistungen generiert? Wir müssen hier vor allem eines sehen: Die Ausgaben für die Grundrente sind keine einmaligen Ausgaben, die man notgedrungen dieses eine Mal im Haushalt zusammenkratzt und wo man froh ist, das irgendwie finanziert zu haben. Die Grundrente wird ab dem nächsten Jahr ein stetiger Ausgabeposten im Haushalt sein. Soll dann die Finanzierung immer so laufen, über globale Minderausgaben?

Wie wir die Grundrente solide und sauber und vor allem nachvollziehbar finanzieren können, haben wir als AfD-Fraktion in den Haushaltsberatungen aufgezeigt. Es wäre schön gewesen, hätten Sie, Herr Minister Heil, diese Idee zur Bereinigungssitzung aufgegriffen. Aber gut, mit diesem von Ihnen geschaffenen Durcheinander wird sich dann der nächste Arbeitsminister herumschlagen müssen.

(B) In den Haushaltsberatungen haben wir als AfD-Fraktion aufgezeigt, wie sich Geld sparen ließe, wenn sich die Bundesregierung und die Länder an bestehende Gesetze halten würden. Es geht hier um die anfallenden Kosten für abgelehnte Asylbewerber, die nicht abgeschoben werden. Das sind immerhin 4,4 Milliarden Euro allein im Einzelplan 11. Ein weiteres Einsparpotenzial ist die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft. Die Bundesbeteiligung wurde prozentual erhöht, die Prüfbefugnisse des Bundesrechnungshofes verringert. Dabei gibt es gerade in diesem Bereich sehr viele Missbrauchsfälle. Der Bundesrechnungshof hat in seiner Stellungnahme zu den KdU-Leistungen bemängelt, dass die Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen oft mehr als doppelt so hoch liegen wie die ortsübliche Vergleichsmiete. Hier jetzt mehr Geld zu verteilen und weniger zu prüfen, wird die Länder und Kommunen nun gerade nicht dazu anhalten, sparsam mit diesen Mitteln umzugehen.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben außerdem einen Haushaltsvermerk eingebracht, der die Höhe der Zuschüsse an die Deutsche Rentenversicherung kritisiert und einen konsequenten Ausgleich der versicherungsfremden Leistungen fordert.

Im Ergebnis sind wir mit diesem Haushaltsplan nicht einverstanden und werden ihn ablehnen.

Der Gesamthaushalt, wie wir ihn in dieser Woche debattieren, umfasst ein Ausgabevolumen von knapp 500 Milliarden Euro, dem nur geschätzte 293 Milliarden Euro an Steuereinnahmen gegenüberstehen. Es müssen Schulden in Höhe von rund 180 Milliarden Euro aufgenommen werden. Wir bezahlen damit also auch unsere Sozialleistungen über Kredite. Es ist richtig und notwendig, Betrieben und Arbeitnehmern zu helfen, wenn Umsätze einbrechen, Einkommen plötzlich wegfallen und

sich viele Menschen unverschuldet in existenzieller Krise befinden. Vor allem, da es in erster Linie die fragwürdigen Lockdown-Maßnahmen einer nicht demokratisch legitimierten Kungelrunde der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten waren und sind, wegen derer heute ganze Branchen in ihrer Existenz gefährdet sind. (C)

(Beifall bei der AfD – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was würden Sie denn machen? Gar nichts? – Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Wenn aber Unternehmen und Beschäftigte mit immer neuen Hilfsmaßnahmen gerettet werden müssen, ist die Frage – auch die wurde in dieser Woche öfter gestellt –: Wer soll das bezahlen, wie lange und vor allem wovon? Was Sie tun, ist Folgendes: Sie stopfen Löcher mit Geld, das Sie nicht haben, und schieben die Belastung in die Zukunft.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Ist doch geschickt!)

Zur Wahrheit gehört aber auch: Das ist nicht neu und hat mit Corona nicht viel zu tun. Die Ausgaben für Sozialleistungen – darum handelt es sich ja im Wesentlichen im Einzelplan 11 – steigen seit Jahren. Das ist kein Grund zur Freude und kein Grund, sich auf die Schulter zu klopfen; denn unser Etat zeigt wie durch ein Brennglas die Schiefelage einer einfallstosen und kurzsichtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Das ist eine Binse. Ich ergänze: Die Kurzarbeiter von heute sind die Arbeitslosen von morgen und die armen Rentner von übermorgen. (D)

(Beifall bei der AfD)

Indem wir den Menschen über Sozialleistungen das zurückgeben müssen, was wir ihnen vorher an Steuern und Abgaben abgenommen haben, schaffen wir keine Beitragszahler, sondern zukünftige Leistungsempfänger in einem Transferleistungsstaat, den wir uns dann nur nicht mehr leisten können. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Hauptproblem Ihrer Sozialpolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Jetzt erteile ich das Wort dem Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Coronavirus hat uns mit voller Wucht getroffen. Das Ausmaß der Pandemie – wir erleben das auch heute angesichts neuer Infektionszahlen – ist historisch. Es ist allerdings eine Krise, die die gesamte Welt erfasst hat, und in vielen Ländern ist aus dieser Gesundheitskrise längst mehr geworden, nämlich eine dramati-

**Bundesminister Hubertus Heil**

(A) sche soziale Krise mit Massenarbeitslosigkeit, mit Hunger, mit Obdachlosigkeit, und das auch in entwickelten Industriestaaten.

In den USA beispielsweise lag die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr streckenweise bei über 14 Prozent. Vor den Food Banks, den amerikanischen Suppenküchen, bildeten sich teilweise kilometerlange Autoschlangen – auf der Suche nach Lebensmitteln. Übrigens, auch das ist ein Grund, warum es gut ist, dass – hoffentlich – jetzt ein amerikanischer Präsident ins Weiße Haus einzieht, der ein soziales Gespräch hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Johannes Vogel [Olpe] [FDP])

Meine Damen und Herren, auch bei uns hat die Pandemie unsere Wirtschaft schwer erschüttert. Trotz dieser massiven wirtschaftlichen Erschütterung ist in Deutschland aus dieser Pandemie kein soziales Erdbeben geworden.

(Zuruf von der AfD]: Noch nicht!)

Auch bei uns ist die Arbeitslosenquote durch die Krise um 1,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 5,9 Prozent gestiegen. Aber ich will sagen: Angesichts der massiven wirtschaftlichen Erschütterungen ist das weit weniger, als es zu befürchten stand. Liegt das daran, dass wir mehr Glück gehabt haben als die Amerikaner?

(Zuruf von der AfD: Mehr Geld!)

Die Antwort ist: Nein, das liegt daran, dass wir in Deutschland einen der leistungsfähigsten Sozialstaaten der Erde haben,

(B) (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

einen Sozialstaat, der sich gerade in dieser Krise auch bewährt, einen Sozialstaat, in dem übrigens seit Monaten und auch im Moment Zehntausende von Beschäftigten für soziale Sicherheit sorgen. Ob die Pflegerin in der Klinik oder der Sachbearbeiter in der Arbeitsagentur: Dieser Sozialstaat ist einer, indem viele Menschen jetzt mithelfen, dass Hilfen auch ankommen.

Dieser Sozialstaat, meine Damen und Herren – ich sage das gerade in Bezug auf die Vorrede –, wirkt auch wie ein Immunsystem für unsere Gesellschaft. Dieses Immunsystem schützt uns vor den sozialen, aber eben auch den politischen Infektionen in der Krise; denn da, wo Vertrauen in soziale Sicherheit verloren geht, gewinnen politische Scharlatane. Lassen Sie mich das deutlich sagen: Egal ob sie innerlich Pickelhaube, Stahlhelm oder Aluhut tragen, das werden wir in Deutschland nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir debattieren in dieser Woche einen Haushalt mit außergewöhnlich hohen Ausgaben. Dazu gehören auch die Ausgaben für das Kurzarbeitergeld, für den erleichterten Zugang zur Grundsicherung und die Ausbildungsprämie. Wir haben mit dem Kurzarbeitergeld dafür gesorgt, dass in der Krise Millionen von Arbeitsplätzen in Deutschland

gesichert wurden. Es war richtig und vernünftig, dass wir diese Regeln, auch mit Blick auf die aktuelle Situation, in das nächste Jahr verlängert haben. In der Autobranche waren zwischenzeitlich fast 60 Prozent der Beschäftigten in Kurzarbeit, im Gastgewerbe sogar noch viel, viel mehr. In einzelnen Regionen war es zum Teil so, dass jeder zweite Beschäftigte in Kurzarbeit war, beispielsweise in Weiden in der Oberpfalz. Keiner von uns will sich vorstellen, wie es in diesen Branchen und Regionen ausgesehen hätte, wenn es kein Kurzarbeitergeld gegeben hätte.

Frau Schielke-Ziesing, das, was Sie sagen, ist wahrheitswidrig. Die meisten Menschen sind von Kurzarbeit in Beschäftigung zurückgekehrt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir hatten im Mai 6 Millionen Menschen in Kurzarbeit, jetzt sind es 2,5 Millionen; die Zahl steigt wieder an. Aber Kurzarbeit ist eine Brücke in Arbeit und in der Regel eben nicht in Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ja, es ist richtig: Kurzarbeit kostet sehr viel Geld. Seit Jahresbeginn haben wir fast 20 Milliarden Euro für das konjunkturelle Kurzarbeitergeld und die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen für die Betriebe aufgewandt. Aber ich sage Ihnen auch: Massenarbeitslosigkeit und die Rückkehr von Massenarbeitslosigkeit wäre für dieses Land finanziell, wirtschaftlich und sozial viel teurer.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Wir haben die Kraft, dafür zu sorgen, dass in dieser Krise dauerhafte Massenarbeitslosigkeit nach Deutschland nicht zurückkehrt. Da hilft die Kurzarbeit. Deshalb dürfen Sie dieses Instrument nicht so madig machen, wie Sie das hier gerade getan haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Widerspruch bei der AfD)

Arbeit, meine Damen und Herren, hat einen Wert für diese Gesellschaft, einen Wert auch für gesellschaftlichen Zusammenhalt, einen Wert aber auch für die Menschen an sich, nämlich selbstbestimmt leben zu können. Es gibt aber auch eine andere Seite, wenn wir über den Wert der Arbeit reden.

Wir haben in dieser Coronakrise erlebt, dass viele Menschen, die den Laden am Laufen halten, viel Applaus bekommen haben, aber zu wenig Lohn. Deshalb war es wichtig, dass wir gerade in diesen Zeiten, Frau Schielke-Ziesing, die Grundrente nicht gestrichen haben, sondern sie für die Menschen, die ihr Lebtage gearbeitet haben – das sind vor allem Frauen – und aufgrund von viel zu niedrigen Löhnen nicht genug Rente bekommen, einzuführen. Sie wird zum 1. Januar allen Widerständen zum Trotz in diesem Land eingeführt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



**Bundesminister Hubertus Heil**

(A) Aber Sie können sich, meine Damen und Herren, auch draußen an den Bildschirmen, darauf verlassen: Diese Bundesregierung kämpft um jeden Arbeitsplatz. Diese Bundesregierung weiß um den Wert, die Würde und den Wandel der Arbeit, und das kennzeichnet auch diesen Haushalt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Johannes Vogel, FDP, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der FDP)

**Johannes Vogel (Olpe) (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 2020 war in der Tat – ich glaube, das kann man so sagen – ein furchtbares Jahr: Sorgen um die Gesundheit, Sorgen um die Gesundheit der Lieben, der eigenen Familie, Sorgen um die wirtschaftliche Existenz, Depressionen, familiäre Herausforderungen, Beklemmung durch die Einschränkungen, durch die Enge. Ich glaube, das treibt uns dieser Tage alle um.

In der Tat – da will ich dem Arbeitsminister zustimmen –: Ich glaube, es ist gut, dass wir hier in Gemeinsamkeit der Demokraten dafür gesorgt haben – da hat die Regierung auch unsere Unterstützung; das weiß sie auch –, dass die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt Gott sei Dank erheblich geringer waren als in vielen anderen Ländern. Das ist eine gute Nachricht, die, glaube ich, Regierung und Opposition hier eint, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die zweite gute Nachricht ist, dass es Hoffnung auf Licht am Ende des Tunnels gibt. In beeindruckender Zeit, noch nicht mal ein Jahr nach Entdeckung dieser Pandemie, hat die Menschheit jetzt schon mehrere seriöse Impfstoffe in Zulassungsverfahren. Das hat es so noch nie gegeben. Wenn man die eigene Vorstellungskraft ein ganz klein bisschen bemüht, dann kann man wissen: Wir werden uns wieder umarmen, wir werden wieder reisen können, damit es nicht zum Lockdown des Horizonts kommt – all das wahrscheinlich zu einem Zeitpunkt, der näher liegt, als uns die Pandemie bisher beschäftigt. Das ist eine großartige Aussicht zum Ende des Jahres; auch das muss man sich einmal vergegenwärtigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was wir heute tun sollten, wenn wir den Bundeshaushalt 2021 beraten, ist, darüber nachzudenken, was wir aus diesem furchtbaren Jahr 2020 für die Zukunft lernen können. Da will ich mal zwei Lehren aus meiner persönlichen Sicht und aus Sicht meiner Fraktion nennen:

Erstens. Man muss festhalten: Absehbare Versäumnisse holen einen in der Krise ein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da ist dieses Jahr auch reich an Erfahrungen gewesen. Pandemiepläne waren nicht ausreichend umgesetzt mit entsprechender Vorratshaltung. Wir haben

bis heute keinen guten Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten und Homeoffice, sondern wir drängen Menschen derzeit millionenfach in rechtliche Grauzonen; das ist die Realität. Das Gesetz liegt noch nicht vor.

(Zustimmung der Abg. Antje Lezius [CDU/CSU])

– Da nicken selbst Kolleginnen und Kollegen der Union.

Wir haben einen erschreckenden Zustand der Digitalisierung in diesem Land. Der DigitalPakt Schule kam doch viel zu spät und ist bis heute nicht ausreichend ausgerollt. Ich finde auch, es ist ein Armutszeugnis, dass Novemberhilfen für die Unternehmen in diesem Land im Januar erst ausgezahlt werden können, weil die entsprechende Software noch programmiert werden muss, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist zu wenig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das zeigt, wie wichtig Vorausschau ist. Mit Blick auf Vorausschau, lieber Hubertus Heil, sehr geehrter Herr Arbeitsminister, muss ich sagen: Also, Zukunftsvorsorge, wie Sie das eben genannt haben, die finde ich in diesem Haushalt zu wenig. Im Gegenteil: Der größte Posten des Haushalts des Bundesarbeitsministeriums ist der Zuschuss zur Rente.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist auch gut so!)

Jeder, der sich seriös mit der Rente beschäftigt und in längeren Zeiträumen als in Legislaturperioden denkt, der weiß: Dieses Land ist katastrophal vorbereitet auf die demografische Herausforderung, die in diesem Jahrzehnt auf uns zukommt. – Da haben Sie zur Verschlechterung beigetragen, und nicht zur Vorsorge, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Aber euer Vorschlag würde es nicht besser machen!)

Das müssen wir besser machen,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Aber nicht so, wie ihr es wollt!)

aber nicht so, wie die Linkspartei das will, sondern ganz im Gegenteil: mit zukunftsfester und enkelfitter Rente, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die zweite Lehre, die man aus diesem Jahr ziehen kann, ist: Fortschritt und Innovation geben uns Hoffnung für den Weg aus der Krise. Schauen wir mal auf den BioNTech-Impfstoff. Ginge es nach der AfD, dann hätte es die Gründer dieses Unternehmens als Kinder türkischer Einwanderer in Deutschland nie gegeben,

(Martin Sichert [AfD]: Das ist doch Unsinn!)

und es ist großartig, dass wir sie in diesem Land haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss aber ehrlicherweise auch sagen: Ginge es nach dem einen oder anderen harten Kritiker von Kapitalismus und Globalisierung, hätte es wahrscheinlich die Koopera-

**Johannes Vogel (Olpe)**

- (A) tion mit dem Pharmamulti Pfizer nie gegeben, und ich sage: Es ist auch gut, dass wir die haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall des Abg. Otto Fricke [FDP])

Aber was können wir daraus für die Zukunft lernen? Ich finde, zweierlei: Erstens. Wir brauchen auch in Zukunft mehr Einwanderung in diesem Land und deshalb endlich ein modernes Einwanderungsgesetz, wie uns das Kanada, Neuseeland und andere vormachen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition. Da ist diese Legislaturperiode zu wenig passiert.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Unternehmertum und Gründer sind es eben auch, die Innovation fördern. Das ist auch der Grund, lieber Hubertus Heil, warum wir so erschreckt sind, wie Sie mit den Selbstständigen in diesem Land umgehen. Die leben nämlich Unternehmertum jeden Tag, und die lassen Sie als einzige Gruppe katastrophal im Regen stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das muss sich in den nächsten Wochen endlich ändern. Dann haben wir aus 2020 die richtigen Lehren für 2021 gezogen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

(B)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Axel Fischer, CDU/CSU, erhält als nächster Kollege das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

**Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf 2021 für den Bereich Arbeit und Soziales, den wir heute hier debattieren, ist ein wichtiger Beitrag, um die aktuellen und die zu erwartenden negativen Auswirkungen der seit Frühjahr bestehenden Coronakrise abzufedern und gleichzeitig die erfolgreiche Modernisierungspolitik der Koalition fortzusetzen.

Nach einem Jahrzehnt wirtschaftlichen Aufschwungs sind Wirtschaft und Gesellschaft durch Corona in schwere Fahrwasser geraten. Nach ersten Erholungszeichen im Sommer verschärft sich mit dem von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und den Ministerpräsidenten der Länder verhängten Lockdown die wirtschaftliche Situation seit Anfang November zusehends. Unser soziales Leben ist erheblich eingeschränkt. Wirtschaftlich, am Ausbildungs- und am Arbeitsmarkt läuft es nicht gut. Die kurze wirtschaftliche Erholung des Sommers wurde unterbrochen. Die aktuelle Verlängerung der Coroneinschränkungen bis ins neue Jahr verschlechtert den Ausblick weiter. Es scheint fast so, als drohe unsere Gesellschaft auseinanderzudriften.

(C) Vor diesem Hintergrund haben wir auf Basis des erst spät vorgelegten Haushaltsentwurfs der Bundesregierung für das kommende Jahr in den Beratungen der vergangenen Wochen einige notwendige Akzente, vor allem im Bereich der Rentenversicherung, der Arbeitsmarktpolitik und im Ausbildungsbereich, gesetzt. Die im ersten Regierungsentwurf geplanten Ausgaben, die bereits um 21 Milliarden Euro über den vor einem Jahr geplanten Ausgaben lagen, wurden für das kommende Jahr noch um knapp 1 Milliarde Euro auf 165 Milliarden Euro allein im Bereich Arbeit und Soziales ausgeweitet. So wollen wir dazu beitragen, den entstandenen und weiter entstehenden Schaden für die Betroffenen möglichst klein zu halten.

Meine Damen und Herren, die Aufwüchse resultieren im Wesentlichen aus Ansatzserhöhungen bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung. Hier übernimmt der Bund verstärkt ehemals rein kommunale Aufgaben und Verpflichtungen zur Daseinsvorsorge für sozial Bedürftige. Beim Arbeitslosengeld II mussten angesichts verschlechterter Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, aber auch wegen rechtlicher Änderungen noch 300 Millionen Euro draufgepackt werden. In Erwartung einer erhöhten Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes auch im kommenden Jahr haben wir den von der Bundesregierung vorgesehenen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit um 250 Millionen Euro angehoben. Die Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Leistungen und Programme sowie für den Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit summieren sich damit auf 48,8 Milliarden Euro.

(D) Erfreulicherweise zeigt sich unser Arbeitsmarkt derzeit trotz der teilweise erheblichen wirtschaftlichen Einbrüche noch relativ stabil. Zwar liegt die Zahl der Arbeitslosen rund eine halbe Million über der des Vorjahrs, und auch die Zahl der Kurzarbeiter dürfte derzeit deutlich höher liegen als noch mit 2,2 Millionen im September, aber die Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich von April bis zum erneuten Lockdown Anfang November merklich erholt.

Welche Folgen sich angesichts der neuen Beschränkungen für die Beschäftigten in den ohnehin besonders betroffenen Sektoren wie Hotel, Gaststätten, Ausbildung und Kultur bzw. dem Dienstleistungssektor insgesamt und auch im kränkelnden verarbeitenden Gewerbe ergeben, ist derzeit nicht absehbar. Offenkundig sind jedoch – nach den Meldungen über Entlassungen und Konkurse im industriellen Bereich und ersten Insolvenzen größerer Dienstleister –, insbesondere im Automobilbereich, Berichte über umfassende Produktionsverlagerungen ins Ausland. Gerade auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat bereits mehrfach von einer Verschiebung der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse aufgrund der Coronakrise zulasten Europas und zugunsten Chinas und Südostasiens gesprochen.

Da stellt sich uns dann die Frage, ob wir die Coronakrise ebenso durchstehen können wie die Finanzkrise 2009 bzw. wie wir das am besten hinbekommen. Mit dem Kurzarbeitergeld ist es uns bislang gelungen, in einigen Bereichen die schlimmsten Folgen abzufedern. Aber Kurzarbeitergeld ist kein Geschäftsmodell, und dauerhaft

**Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)**

- (A) finanzierbar ist es aus leeren öffentlichen Kassen bei erheblicher staatlicher Neuverschuldung schon gar nicht. Wohlstand wird von leistungsfähigen Arbeitskräften an produktiven Arbeitsplätzen erwirtschaftet, nicht durch die Auszahlung von Lohnersatzleistungen.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Meine Damen und Herren, angesichts der erheblichen derzeitigen Bedrohung und Aushöhlung großer Teile der wirtschaftlichen Basis unseres Gemeinwesens muss unser Hauptaugenmerk daher insbesondere auf die Sicherung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen gerichtet sein. Es wäre fatal, wenn nach dem noch gut verlaufenden aktuellen Ausbildungsjahr 2020 im kommenden Jahr 2021 junge Menschen aufgrund der aus wirtschaftlichen Gründen notwendigen Zurückhaltung von Unternehmen keine Ausbildung antreten könnten.

Die aktuell gestiegene Zahl an Jugendarbeitslosen ist ein deutliches Warnsignal. Wir müssen unbedingt vermeiden, dass eine junge Coronageneration jetzt durch Unterrichtsausfall, vermeidbare emotional-soziale Belastungen oder fehlende Arbeits- oder Ausbildungsplätze um Lebenschancen gebracht wird und so zu einer zusätzlichen erheblichen Belastung für unser Gemeinwesen gemacht wird.

Daher begrüße ich ausdrücklich die Initiative der Bundesregierung zur Sicherung von Ausbildungsplätzen. Mit Ausbildungsprämien, Übernahmeprämien sowie über Zuschüsse wird kleinen und mittleren Unternehmen seit August dieses Jahres bei ihrem Ausbildungsengagement geholfen. Etwa 20 000 Prämien- und 900 Zuschussanträge wurden bislang bewilligt. Es ist zu hoffen, dass es mit unternehmerischem Willen und dem Programm „Ausbildungsplätze sichern“ insgesamt gelingt, die Ausbildungsplätze für die Fachkräfte der Zukunft im wirtschaftlichen Mittelstand als dem Herzen unserer Wirtschaft zu sichern. Nur gemeinsam können wir erfolgreich an einer guten Zukunft für unser Land arbeiten.

(B)

Meine Damen und Herren, abschließend noch ein Wort zur Entwicklung der Eingliederungstitel für Langzeitarbeitslose. Richtig ist, dass das Gesamtbudget zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen mit etwas mehr als 10 Milliarden Euro konstant auf erhöhtem Niveau verbleibt. Mit weiteren zusätzlichen Mitteln von bis zu über 1 Milliarde Euro wollen wir Langzeitarbeitslosen in einem ganzheitlichen Ansatz den Weg in den Arbeitsmarkt ebnen. Die Mittel haben sich bisher als auskömmlich erwiesen.

Abschließend möchte ich allen, die mitgeholfen haben, diesen Etat auf den Weg zu bringen, sehr herzlich danken, insbesondere Ekin Deligöz als Hauptberichterstatterin und den Mitberichterstattern Michael Groß, Ulrike Schielke-Ziesing, Gesine Löttsch und Otto Fricke. Es war eine ausgezeichnete, inhaltlich gute Zusammenarbeit. Mein Dank gilt auch dem Ministerium und der Bundesagentur für Arbeit. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit im kommenden Jahr.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Otto Fricke [FDP])

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke, erhält jetzt das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):**

Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat: Der Etat für Arbeit und Soziales ist der größte im Bundeshaushalt. Doch ist deshalb dieser Haushalt insgesamt sozial gerecht? Da müssen wir eindeutig Nein sagen, meine Damen und Herren;

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der FDP: Überraschung!)

denn es gibt Gewinner und Verlierer, und das muss sich ändern.

Schauen wir in den Armutsbericht 2020 des Paritätischen Gesamtverbandes. Dort steht: 13 Millionen Menschen sind in unserem reichen Land arm. – Das ist doch wirklich ein trauriger Rekord im 30. Jahr der deutschen Einheit. Das hat nichts mehr mit sozialer Marktwirtschaft zu tun, das ist purer Kapitalismus, und dagegen steht Die Linke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Besonders stark betroffen sind Alleinerziehende, Erwerbslose, Menschen mit niedriger Qualifikation und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Besonders bemerkenswert ist, dass die größte Gruppe der Armen erwerbstätig ist. Das ist doch eine Bankrotterklärung für die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Das muss sich dringend ändern, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Darum fordert die Linke einen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde und einen Hartz-IV-Satz von 658 Euro im Monat, damit alle menschenwürdig leben können. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sagen Ihnen auch ganz deutlich: Die Regierung muss gegen Unternehmen vorgehen, die mit legalen und illegalen Methoden Menschen um ihren gerechten Lohn bringen. Lohnbetrug darf nicht länger ein Kavaliersdelikt sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Für uns ist auch unerträglich, dass mit Steuergeldern die Entlassung von Tausenden Menschen bei der Lufthansa finanziert wurde. Wir sagen deutlich: kein Steuergeld für Entlassungsmanager und Großaktionäre.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerne wird hier im Bundestag von den Menschen gesprochen, die früh aufstehen und zur Arbeit gehen. Mal nebenbei: Was ist eigentlich mit denen, die Nachtschichten schieben?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Danke!)

Wie ist deren Situation? Die Bruttomonatsverdienste waren im zweiten Quartal 4 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum, sagt das Statistische Bundesamt, und die

(C)

(D)

**Dr. Gesine Löttsch**

- (A) Verbraucherpreise stiegen um 0,8 Prozent. Das ist ein realer Verlust von 4,7 Prozent, der historisch stärkste seit 2007. Das können wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gleichzeitig sind die Vermögen der Milliardäre in der Krise explodiert. Wenn die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird, dann muss der Staat endlich entschieden umsteuern. Und ich sage Ihnen ganz deutlich: Unsere Forderung nach einer Vermögensabgabe hat überhaupt nichts mit einer Neiddebatte zu tun, sondern es ist genau das Gegenteil, nämlich die Forderung, endlich soziale Gerechtigkeit herzustellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Schauen wir uns mal ein konkretes Beispiel an. Staatssekretär Kukies von der SPD sitzt im Aufsichtsrat der Deutschen Post. Also weiß er genau, dass der Chef des Unternehmens das 232-Fache des durchschnittlichen Einkommens eines Beschäftigten erhält. Damit ist die Deutsche Post auf Platz eins der Liste mit der größten Gehaltsdifferenz zwischen Vorstandsvorsitzenden und Beschäftigten. Das muss Sie doch stören, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Tun Sie was dagegen!

(Beifall bei der LINKEN)

Konkreter Vorschlag: Nehmen wir uns ein Beispiel an Kalifornien. In Zukunft zahlt dort jedes Unternehmen, dessen Führungskraft 100-mal mehr verdient als ein durchschnittlicher Arbeitnehmer, einen Zuschlag auf die jährliche Gewerbesteuer. Machen Sie von der SPD sich diesen Vorschlag zu eigen!

- (B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, Sie müssen viel Geld für Soziales ausgeben, weil das Steuersystem unsozial ist. Es begünstigt die Vermögenden und bestraft die arbeitenden Menschen. Wo sind denn zum Beispiel die Milliarden aus der Finanztransaktionsteuer, die uns versprochen wurden?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Grundrente sollte damit finanziert werden.

(Otto Fricke [FDP]: Hättet ihr mal einen Gesetzentwurf vorgelegt!)

Meine Damen und Herren, schauen wir noch einmal in den Paritätischen Armutsbericht 2020. Dort steht: Die mit Abstand stärkste Zunahme des Armutsrisikos betrifft die Rentnerinnen und Rentner, und deren Armutsquote ist seit 2006 um 66 Prozent gestiegen. – Wir sagen Ihnen: Die Grundrente wird dieses Problem nicht ansatzweise lösen. Darum fordern wir als Linke eine solidarische, armutsfeste Mindestrente, die diesen Namen wirklich verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Grundproblem liegt in unserem Steuersystem, und ein erster Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit wäre eine Vermögensabgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

(C) Es reicht nicht, sie in Talkshows zu fordern, Herr Scholz. Die Vermögensabgabe muss hier im Bundestag beschlossen werden. Und wenn die Union das ablehnt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dann ziehen Sie doch endlich mutig den Koalitionsstecker!

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Ekin Deligöz, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Guten Morgen, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! Ja, es ist richtig: Wir haben einen starken Sozialstaat. Aber das ist nichts Statisches, das ist auch kein Selbstläufer, und es ist erst recht keine Selbstverständlichkeit. Man muss auch etwas dafür tun, dass der starke Sozialstaat stark bleibt. Und da, finde ich, tun Sie zu wenig, und das will ich Ihnen in meiner Rede hier zeigen.

Ich fange mit dem Thema Rente an. Es ist nicht so sehr im Fokus, aber es wird uns wieder einholen. Vieles von dem, was bei der Rente auf uns zukommt, war eigentlich schon vor der Krise klar, und da haben Sie auch schon zu wenig gehandelt. Sie haben die Finanzierungsprobleme einfach in die Zukunft geschoben.

(D) Ich mache es konkret: Für die Mütterrente werden 11 Milliarden Euro im Moment komplett aus der Rentenkasse, von den Beitragszahlerinnen und -zahlern, finanziert. Darauf haben Sie immer noch keine Antwort. Der Demografiebeitrag – es geht um 2 Milliarden Euro –, der ja hätte kommen sollen, ist jetzt aus dem kommenden Etat gestrichen, und zwar komplett. Das heißt, Sie haben uns zwar etwas in Aussicht gestellt, aber Sie halten das nicht ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Rentenkommission, die Sie uns jahrelang groß als diejenige prophezeit haben, die Ergebnisse erbringen soll, hat faktisch keine Ergebnisse geliefert. Ihre Grundrente ist nicht solide und redlich finanziert. 400 Millionen Euro sollen aus der globalen Minderausgabe finanziert werden. Für ein Jahr kriegen Sie das hin. Was machen Sie dann aber übernächstes Jahr? Was machen Sie über übernächstes Jahr? Insgesamt müssen Sie sogar 700 Millionen Euro aus Ihrer GMA finanzieren, und das in einem Etat, in dem die meisten Mittel für gesetzliche Leistungen gebunden sind. Da haben Sie nur zwei Alternativen, um das hinzubekommen. Entweder müssen wir im nächsten Jahr frisches Geld zuschießen, oder Sie fangen irgendwann an, gesetzliche Leistungen zu kürzen. Gerade in einer Pandemie kann das doch nicht die Antwort sein, Herr Minister.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, das Kurzarbeitergeld ist gut, es ist wichtig, es hält auch dieses Land stabil. Aber es gibt auch Menschen, die trotz Kurzarbeitergeld nun langsam in Armut kommen, die schmerzhaft Einkommensverluste hinnehmen müs-

**Ekin Deligöz**

- (A) sen. Wir als Grüne haben Ihnen da sehr gute Vorschläge gemacht. Ein Vorschlag war, die Bemessung der Grundlage von der Steuerklasse abzukoppeln. Ein anderer Vorschlag war, dass wir Menschen mit niedrigen Löhnen einen höheren Beitrag geben. Betroffen sind davon vorwiegend Frauen, Herr Minister. Fakt ist: In diesem Land ist Armut weiblich und jung. Sie trifft die Alleinerziehenden; sie trifft die Frauen, und sie trifft die Familien. Herr Minister, Sie sind noch nicht mal darauf eingegangen. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, den Bundeszuschuss für die Bundesagentur für Arbeit im nächsten Jahr um eine weitere Milliarde zu erhöhen. Der Hintergrund war genau das: Spielräume zu schaffen, damit Sie flexibel reagieren können und die Umsetzung unserer Vorschläge gegenfinanzieren können. Sie sind noch nicht einmal verbal darauf eingegangen, was man in diesem Bereich tun muss, trotz Kenntnis der Tatsache – das haben Sie selber mehrfach zugegeben-, dass es so ist. Weggucken ist doch keine Lösung!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

Völlig unverständlich ist mir, ehrlich gesagt, auch, dass Sie bei der Jobcenterfinanzierung nicht weiterkommen. Wir wissen, dass im Moment die Zugänge zur Grundsicherung moderat sind. Wir wissen aber nicht, wie wir aus dieser Pandemie herauskommen werden. Wir wissen auch nicht, wie hoch die Zahl der Insolvenzen im nächsten Jahr sein wird. Wir wissen auch nicht, wie der Arbeitsmarkt sein wird. Gerade deshalb ist es gut, vorausschauend zu denken und die Qualifizierung und die aktive Vermittlung mit in den Blick zu nehmen, damit die Jobcenter finanziell gewappnet sind und reagieren können. Nein, Herr Minister, von Ihnen kam da leider bisher nichts.

- (B) vorausschauend zu denken und die Qualifizierung und die aktive Vermittlung mit in den Blick zu nehmen, damit die Jobcenter finanziell gewappnet sind und reagieren können. Nein, Herr Minister, von Ihnen kam da leider bisher nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gut ist tatsächlich, dass der soziale Arbeitsmarkt recht unbeschadet durch die Krise gekommen ist. Mir scheint, dass die Regelinstrumente in diesem Bereich durchaus recht erfolgreich sind und dass es, wenn wir in ruhigeres Fahrwasser kommen, vielleicht auch noch mal zu einem Aufschwung kommt; das wäre gut. Ich denke, auch hier haben wir noch eine Baustelle. Wenn die Instrumente wirklich so gut sind, wie wir glauben, sollten wir sie verstetigen und ausweiten sowie den Einsatz von Passiv-Aktiv-Transfers voranbringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle will ich mich auch noch mal bei den Berichterstattern und Berichterstatterinnen bedanken. Ich glaube, wir haben echt harte Arbeit geleistet. Das ist nicht nur der größte, sondern auch der arbeitsintensivste Etat. Vielen Dank dafür! Ich kann Ihnen aber sagen: Auch im kommenden Jahr ist unsere Arbeit als Berichterstatter und -erstatterinnen noch lange nicht zu Ende, weil die Punkte, die ich Ihnen gerade aufgezählt habe, Hinweise sind, dass wir das alles spätestens in einem Vierteljahr wieder auf dem Tisch haben werden und darüber reden müssen, wenn wir in diesem Land für einen starken Sozialstaat eintreten. Wir als Grüne bekennen da Farbe.

- Wir tun das, auch in der Überzeugung, dass das zu unserer Demokratie dazugehört. Ich hoffe, dass ich auch Sie dafür gewinnen kann. (C)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Jetzt erteile ich das Wort der Kollegin Katja Mast, SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Katja Mast (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin froh, dass wir mit diesem Haushalt mit 165 Milliarden Euro für den Bereich Arbeit und Soziales richtig Geld in die Hand nehmen. Wir haben einen Haushalt vor uns, der sozialen Fortschritt bringt, für das ganze Land: einen Haushalt für Zusammenhalt und soziale Sicherheit, einen Haushalt, der Zuversicht gibt und Vertrauen schafft, gerade auch in dieser Pandemie. Das ist deshalb für uns so wertvoll, weil es letztendlich schlichtweg auch gesellschaftlich notwendig ist, in den sozialen Zusammenhalt zu investieren, und weil viele Bürgerinnen und Bürger übrigens die Solidarität auch mit uns allen gemeinsam leben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Der Grundsatz des Zusammenhalts spiegelt sich natürlich auch in der Finanzpolitik wider, nicht nur im Haushalt für Arbeit und Soziales, sondern – wir sind ja mitten in der Haushaltswoche – im gesamten Haushalt. Er steht eben auch für Wirtschaftskompetenz. Er steht dafür, die erschütterte Wirtschaft zu stützen und den Zusammenhalt hinzubekommen. Ich freue mich natürlich, dass dieser Bundeshaushalt einen sozialdemokratischen Namen trägt, nämlich den unseres Finanzministers Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD)

Viele merken: Trotz Krise, trotz erschütterter Wirtschaft keine Kündigung! – anders als in den USA; Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat schon darauf hingewiesen. Viele merken, dass in der Not der Sozialstaat zur Stelle ist. Ich bin nicht nur für einen starken Sozialstaat, sondern ich bin auch froh, dass es uns gelungen ist, in dieser Krise den Sozialstaat auszubauen, indem wir die Grundrente eingeführt haben, indem wir Zukunft gestalten. Wir haben mit dem Kurzarbeitergeld gezeigt, zu welcher Leistung dieser Sozialstaat in ganz kurzer Zeit in der Lage ist. Für mich persönlich ist es eine wichtige Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger: Hier sind Sozialstaat und Zusammenhalt nach vorne gebracht worden. Wir sind gemeinsam erfolgreich durch die Krise gekommen. Wir wissen: Wenn wir Zukunft gestalten wollen, brauchen wir einen Sozialstaat auf der Höhe der Zeit, der die Wirtschaft und unser Gemeinwohl stützt, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

**Katja Mast**

- (A) Bei all dem geht es eben auch darum, nach vorne zu gucken, in die Zukunft zu gucken. Gute Haushaltspolitik schaut nach vorne. Deshalb ist mir wichtig, dass der Haushalt, den wir hier diskutieren, auch etwas mit Zukunftsperspektiven zu tun hat, nämlich mit dem Sozialstaatskonzept: der Sozialstaat als Partner. Das haben wir verabschiedet. Aber viele merken – gerade diejenigen, die jetzt in der Krise vielleicht zum ersten Mal Anträge stellen und auf den Sozialstaat angewiesen sind –, dass sie überfordert sind, Zugang zu Leistungen zu bekommen, weil die Komplexität groß ist. Deshalb wollen wir als SPD den zugewandten Sozialstaat als Partner mit Leistungen aus einer Hand und auf Augenhöhe. Niemand soll als Bittstellerin oder Bittsteller zum Amt gehen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Leistungen sind für uns Rechtsansprüche. Deshalb sollen die Leistungen – das ist die große Perspektive; daran arbeiten wir jeden Tag in unserer Regierungsverantwortung – einfach zu den Bürgerinnen und Bürgern kommen, ohne großen Antragswust, um es umgangssprachlich zu sagen. Genau das setzen wir bei der Grundrente, bei den digitalen Familienleistungen und nun auch beim Kurzarbeitergeld um, sodass die Leistungen, die auf Rechtsansprüchen beruhen, einfach zu den Bürgerinnen und Bürgern – sie sind keine Bittsteller – kommen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich arbeiten wir in unserem Sozialstaat auch an Zukunftskonzepten, an den nächsten Schritten. Wir haben zum Beispiel ganz klar vor Augen, dass Deutschland eine Kindergrundsicherung braucht.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg.  
Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

Deshalb haben wir den Kinderzuschlag entsprechend reformiert. Wir wollen die Erwerbstätigen weiter stärken. Der Arbeitsminister hat schon etwas zur Tarifbindung im Bereich der Pflege gesagt. Aber natürlich geht es auch darum, überall zu höheren Tarifbindungen, überall zu mehr Mitbestimmung zu kommen; denn das stärkt den Schutz und die Würde der Arbeit und gibt Sicherheit.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich – und das unterscheidet uns dann schon fundamental von den Redebeiträgen beispielsweise der FDP – wollen wir, dass die Menschen im Alter auch in Würde leben können und stärken deshalb

(Otto Fricke [FDP]: Und das will die FDP nicht? Das will die FDP nicht? – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Mit eurem Rentenkonzept wird das nichts!)

perspektivisch die gesetzliche Rentenversicherung. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin froh, dass wir es in der Fleischindustrie hinkriegen, dass wir in der Transformation durch Qualifizierung sind.

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**  
Frau Kollegin.

**Katja Mast (SPD):**  
Ich komme zum Schluss.

(C)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**  
Ja, bitte.

**Katja Mast (SPD):**  
Wir haben eine klare Perspektive und die Entschlossenheit, das Gegebene zum Besseren zu wenden und den Alltag jeden Tag besser zu machen. Zukunft sagen und Zukunft machen: Das ist unsere Handschrift in diesem Haushalt und für die Bundesrepublik Deutschland.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**  
Nächster Redner ist der Kollege René Springer, AfD.

(Beifall bei der AfD)

**René Springer (AfD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun hat sich die Große Koalition 50 Minuten lang selbst gelobt und dabei völlig vergessen, über den rosa Elefanten zu sprechen, der hier mitten im Raum steht,

(Zuruf von der CDU/CSU: Die AfD!)

aber das kennen wir schon. Deshalb: Lassen Sie uns mehr Realität wagen! Gerade noch 15 Millionen Nettosteuerzahler finanzieren heute ein Heer von über 5,5 Millionen Hartz-IV-Empfängern. Das ist fast die gesamte Bevölkerung Dänemarks; nur damit man es mal gehört hat.

Zu diesen Hartz-IV-Empfängern gehören auch über 2 Millionen ausländische Staatsbürger. Vor fünf Jahren waren es fast 600 000 weniger.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]. Noch keine 30 Sekunden hat er diesmal gebraucht!)

– Ich will mal auf 10 Sekunden kommen; ich arbeite daran. – Diese 2 Millionen nichtdeutschen Leistungsbezieher kosten uns etwa 13 Milliarden Euro im Jahr, und da sind die Ausgaben für Asylbewerber und ausländische Sozialhilfeempfänger noch nicht einmal mit eingerechnet.

(Beifall bei der AfD)

Das alles erwähnen Sie hier mit keinem einzigen Wort. Dafür haben Sie schon Schwielen an den Händen vom gegenseitigen Schulterklopfen für Ihre Grundrente, die Sie dreierweise „Respektrente“ nennen, für die Sie aber gerade einmal 1,3 Milliarden Euro aufbringen, also nur ein Zehntel dessen, was Sie für ausländische Hartz-IV-Empfänger zahlen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oje!)

Sie speisen unsere Eltern und Großeltern mit Armutsrenten ab, während Sie die Früchte ihrer Lebensleistung völlig verantwortungslos an alle Welt verschleudern.

(Beifall bei der AfD – Dr. Götz Frömmering [AfD]: Das wollen die nicht hören!)

**René Springer**

- (A) Von 2012 bis 2019, also in nur sieben Jahren, sind rund 4 Millionen Menschen aus aller Welt nach Deutschland gekommen. Das ist etwa die Einwohnerzahl von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zusammengenommen. Im Gegenzug haben 3,4 Millionen Deutsche, etwa die Einwohnerzahl Berlins, das Land verlassen: meist hochqualifizierte Fachkräfte, die woanders bessere Perspektiven vorfinden als im ausgemerkelten Land mit der höchsten Steuer- und Abgabenlast der Welt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das sind doch Fake News!)

Die Leistungsträger von heute fliehen, und die, die unseren Wohlstand aufgebaut haben, verarmen. Seit Amtsantritt der Bundeskanzlerin hat sich die Zahl der Rentner, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, fast verdoppelt. 1,3 Millionen Altersrentner müssen zusätzlich arbeiten gehen. Da sind die Flaschensammler, die man leider immer häufiger in unseren Stadtbildern sieht, nicht mit dabei.

Und dennoch wollen Sie im vorliegenden Haushalt, dass der Bund jetzt auch noch zu 100 Prozent die Kosten der Unterkunft für jene neuen Asylforderer übernimmt, die einzelne Kommunen noch zusätzlich aufnehmen wollen, darunter die etwa 220 Kommunen der Initiative Seebücke, die auch von der Antifa und anderen gewaltbereiten Linken unterstützt wird,

(Beifall der Abg. Corinna Ruffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) im Übrigen auch vom Potsdamer Oberbürgermeister, Ihrem SPD-Kollegen, Herr Minister.

(Beifall bei der AfD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ja, weil das Unsinn ist, was Sie da erzählen! – Zurufe von der CDU/CSU und der SPD)

Das heißt, zumeist links-grün regierte Kommunen locken nun als sogenannte sichere Häfen eigenmächtig Asylsucher ins Land, während wir angesichts drohender Massenarbeitslosigkeit und einer Viertelmillion Ausreisepflichtiger in Deutschland vielmehr eine Abschiebeoffensive bräuchten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Gucken Sie mal ins Grundgesetz! Artikel 1! Da steht nichts von „Deutschen“!)

Der deutsche Arbeitnehmer darf diese Menschen dann über den Bundshaushalt mittels Hartz IV und Wohnkosten voll finanzieren, während er selbst die höchste Lebensarbeitszeit aller Euro-Länder ableisten muss, die niedrigsten Renten bekommt und am wenigsten Vermögen in der Tasche hat.

Nun wollen Sie im kommenden Jahr mehr als 164 Milliarden Euro für Sozialpolitik ausgeben. Das sind über 26 Milliarden Euro mehr als im letzten Jahr. Allein diese Steigerung von 26 Milliarden Euro ist mehr, als Sie insgesamt in Bildung und Forschung stecken, und doppelt so hoch wie das, was Sie für Familien ausgeben wollen. Das zeigt, wo Ihre Prioritäten liegen. Ihre Prioritäten liegen

nicht da, wo wir sie als AfD sehen. Sie haben unsere Kinder zum Armutsrisiko gemacht und unsere Rentner zu Bedürftigen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Mit diesem Haushalt haben Sie schwarz auf weiß den Nachweis erbracht, dass Ihre Politik gegen die eigenen Bürger gerichtet ist. Und das ist exakt das Gegenteil der Politik, die wir als AfD vertreten.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Die AfD-Fraktion lehnt diesen Haushalt ab.

(Beifall bei der AfD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die Lebensarbeitszeit ist auch in Deutschland nicht am höchsten! Er hat keine Ahnung von den Fakten! – Zuruf von der CDU/CSU: Maske auf!)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Jetzt erteile ich das Wort dem Kollegen Hermann Gröhe, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Hermann Gröhe (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In der Krise zeigt sich der Charakter. Das gilt für den Einzelnen, zum Guten wie zum Schlechten; das kennen wir. Das gilt auch für einzelne Fraktionen, wenn ich an das spalterisch-hetzerische Reden auf der äußeren Rechten denke. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Wer bei staatlicher Unterstützung zunächst nach dem Abstammungsnachweis fragt – der völkische Versorger ist das Gegenteil von einem menschengerechten Sozialstaat –, der hat von Menschenwürde und Sozialstaatlichkeit nichts verstanden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Götz Frömking [AfD]: Der Sozialstaat braucht Grenzen!)

Krise zeigt Charakter – das gilt auch für unser Gemeinwesen, für unseren Staat als Ganzes. Darin zeigt sich: Unser Land ist geprägt durch eine solidarische Gesellschaft und einen starken Sozialstaat. Darauf sind wir stolz, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich erwähne bewusst die solidarische Gesellschaft zuerst; denn es geht nicht nur um die Milliarden – so wichtig sie sind –, zusammengetragen von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, über die wir heute hier entscheiden. Es geht um die Haltung der Menschen in diesem Land. Es geht um diejenigen, die in ihrer täglichen Arbeit für andere Menschen diesen Sozialstaat erst mit Leben füllen, und die in diesen Monaten oft an, ja

**Hermann Gröhe**

(A) über die Grenzen der eigenen Belastbarkeit hinausgehen. Es geht aber auch um die Achtsamkeit, um die gelebte Nachbarschaft – es geht um all das, was Menschen in diesen Monaten füreinander getan haben. Das ist die Grundlage für unseren Sozialstaat.

Und gleichzeitig zeigt sich in diesen Monaten noch etwas, das uns von besonderer Wichtigkeit erscheint: Wirtschaftliche Vernunft, wirtschaftliche Stärke und soziale Verantwortung gehören zwingend zusammen. Deswegen stärken wir jetzt Unternehmen den Rücken, die in Not sind, und deswegen haben wir auch einen Schutzschirm für die Sozialstaatsinstitutionen aufgespannt, weil wir den Sozialstaat in der Krise, aber auch nach der Krise brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Natürlich steht im Mittelpunkt die Frage: Wie erhalten wir Arbeit? Wie stellen wir sicher, dass Menschen über die Angst um die eigene Gesundheit und die Gesundheit ihrer Lieben nicht auch noch Angst um den Job oder die eigene Firma haben? Da ist das zentrale Instrument die Kurzarbeit. Und auch in diesem Instrument zeigt sich wie durch ein Brennglas, dass wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung zusammengehören; denn das ist wichtig für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gerade noch hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung darauf hingewiesen, dass das Kurzarbeitergeld und die Verbesserungen für Alleinerziehende bei Kinderbonus und Kinderzuschlag wesentlich dabei helfen, Einkommensverluste abzufedern.

(B) Das Kurzarbeitergeld ist aber auch wichtig für die Wirtschaft. Wir haben es im Sommer in den Fabriken und in vielen Einrichtungen gesehen, als wieder gearbeitet werden konnte. Da waren die Beschäftigten wieder schnell an Deck, und deswegen ist das so wichtig. Kurzarbeit ist ein Instrument für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die Wirtschaft. Dass wir im Frühjahr beherzt dazu greifen und die Maßnahmen erleichtern konnten, lag auch an den prall gefüllten Kassen der Bundesagentur für Arbeit. Es war richtig, dass wir diesen Schritt gewagt haben; denn wir konnten ihn uns leisten

(Otto Fricke [FDP]: Deswegen sind die Kassen leer!)

als Resultat einer erfolgreichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

(Otto Fricke [FDP]: Deswegen sind sie jetzt auch leer!)

– Nein. Reserven werden angelegt, damit man sie in der Not einbringt.

(Otto Fricke [FDP]: Und jetzt sind sie leer!)

Jetzt schaffen wir in diesem Haushalt mit der Darlehensübernahme und einem erneuten Zuschuss volle Handlungsfähigkeit für die Bundesagentur für Arbeit.

(Otto Fricke [FDP]: Also!)

Es ist nicht überzeugend, dass Sie auf der liberalen Seite den Staat gerne erst aushungern und dann sagen, er tut nicht genug.

(Otto Fricke [FDP]: Die Kassen sind leer!)

Das ist nicht überzeugend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Otto Fricke [FDP]: Die Kassen sind leer!)

– Nein.

(Otto Fricke [FDP]: Die Kassen sind leer!)

Der Sozialstaat ist eben als kluger Sozialstaat nicht nur – wiewohl er etwas kostet – Belastung für die Wirtschaft, sondern er ist Voraussetzung für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln. Wer umgekehrt einem unbezahlbaren „Wünsch dir was“ huldigt und das für Sozialpolitik hält, wird nachhaltiger Solidarität ebenfalls nicht gerecht.

Ich halte es für wichtig, dass wir in dieser Krise an die Zeit nach der Krise denken. Schon vor Corona herrschte in vielen Regionen Fachkräftemangel. Nach der Coronakrise ist wieder Fachkräftemangel das Hauptthema. Deswegen bin ich mit Kollegen Fischer der Meinung: „Bildet jetzt aus!“ – trotz Krise. Dies ist eine der wichtigsten Ansagen an die Wirtschaft. Deswegen Ausbildungsprämie und andere Unterstützungsleistungen: der jungen Generation zuliebe, aber auch, damit unsere Wirtschaft gut aus der Krise kommt.

Deswegen ist es so wichtig, dass die Wirtschaftshilfen nicht nur Vorhandenes stärken, sondern von künstlicher Intelligenz bis zur Wasserstoffstrategie Zukünftiges in den Blick nehmen. Wir wollen in der Tat Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei mitnehmen. Deswegen ist es gut, dass wir die verschiedenen Instrumente der Weiterbildung stärken, mit Kurzarbeit verbinden. Deswegen ist es auch gut, beispielsweise im Rahmen der Zusagen beim Autogipfel, auch in regionalen Weiterbildungsverbänden vor Ort, gerade auch kleinen und mittelständischen Zuliefererbetrieben zu helfen, sich auf diese neue Arbeitswelt vorzubereiten. Vor Ort weiß man am besten, was der Arbeitsmarkt braucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Weil vor Ort zu entscheiden ist, ist dieser Etat – auch dieser Sozialetat – eben auch ein Etat der kommunalen Entlastung. Wenn der Bundesanteil bei den Hilfen in der Grundsicherung im Hinblick auf Kosten der Unterkunft und der Heizung um 25 Prozent auf durchschnittlich 74 Prozent steigt, dann bedeutet das Jahr für Jahr 3,5 Milliarden Euro mehr für die Kommunen. Mit anderen Maßnahmen der letzten Jahre sind das zukünftig jedes Jahr weit mehr als 10 Milliarden Euro, die einen handlungsfähigen Staat genau dort ermöglichen, wo ihn die Bürgerinnen und Bürger erleben: in ihrer Kommune, vor Ort. Deswegen ist auch das eine gute Nachricht für ein handlungsfähiges Gemeinwesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen, meine Herren, wir haben über Milliarden geredet. Ich bin auch dankbar für Millionenbeträge, mit denen wir Wichtiges tun. Ich will ausdrücklich danken dafür, dass eine Verständigung erzielt werden konnte im Hinblick auf die Krebsberatungsstellen. Dort wird gerade angesichts des erfreulichen Umstands von Langzeitüberlebenden schwerer Krebserkrankungen wichtige

(C)

(D)

**Hermann Gröhe**

- (A) Arbeit in der Begleitung dieser Menschen, auch im Sozialen, geleistet. Gut, dass wir diese Arbeit auf sichere Füße stellen. Auch das zeigt: Dieser Haushalt sichert in guter Weise einen starken, einen leistungsfähigen Sozialstaat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Otto Fricke, FDP, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der FDP)

**Otto Fricke (FDP):**

Geschätzter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes fange ich mit dem Dank bei den Berichterstattern an. Es ist wirklich ein hochkomplexer Einzelplan, der nicht nur ob seiner Größe, ob seiner Verantwortung, sondern auch ob seiner Differenziertheit einer guten Beratung bedarf. Liebe Ekin – ich darf dich mit deinem Vornamen ansprechen-, du hast mit dafür gesorgt, dass die Spreu vom Weizen getrennt wurde an der Stelle, und das war auch sehr, sehr wichtig. Es ist aber auch wichtig in einer solchen Debatte wie heute hier, die Dinge nicht durcheinanderzubringen, wie das der Kollege Gröhe gerade eben wieder in einer sehr typischen Art und Weise gemacht hat.

- (B) Meine Damen und Herren, wir sind in den Sozialhaushalten wieder in einer Phase, die mich sehr daran erinnert, wie es am Ende von Rot-Grün war: Man erkennt, dass es so nicht weitergeht, und der erste Versuch – den auch diese Regierung wieder macht – ist: Alles weiter wie bisher, neue Leistungen dazu, mehr Geld ausgeben, in die Verschuldung gehen – um dann der nächsten Regierung die Erkenntnis zu überlassen, dass man davon wieder zurückmuss. Das ist keine vorausschauende Sozialpolitik. Was Sie hier mit dem Sozialhaushalt machen, ist Wahlkampf.

(Beifall bei der FDP)

Herr Gröhe, ich fand es schon bemerkenswert, wie Sie gesagt haben: Die Kassen waren voll. – Das sind aber nicht Ihre Kassen. Das waren auch nie Ihre Kassen, Herr Gröhe.

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Ich habe von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gesprochen!)

Das waren nie die Kassen der Politik. Es sind auch nicht die Kassen von Herrn Heil, bei dem ich genau weiß, dass er da differenziert. Es ist auch nicht der Steuerzahler, Herr Gröhe, sondern es sind die Beitragszahler gewesen, die die Arbeitslosenversicherung so stark gemacht haben.

(Beifall bei der FDP)

Das ist das, was Sie einfach nicht sehen wollen: Es sind Gelder von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Jetzt sagen Sie: Ja, wir haben da reagieren müssen. – Richtig, wir haben reagieren müssen. Aber Sie müssen sich doch in der Notsituation, in der wir uns befinden – es wird von allen bestätigt, dass wir in einer solchen sind –,

- fragen: Wenn man in Not ist, wie muss ich dann reagieren? Dann muss ich die Schwächsten schützen. Dann muss ich nicht neue Leistungen ausbauen – darüber kann ich nach der Notsituation einen politischen Diskurs führen. Was Sie aber machen – das sieht man sowohl an der Kurve der Zuschüsse für die Bundesagentur für Arbeit als auch an der Kurve der Zuschüsse für die Rentenversicherung –: Sie tun so, als würde es diese Notsituation nicht geben,
- (C)

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Ach!)

und überlassen es der nächsten Regierung, dann festzustellen: Liebe Leute, es geht doch nicht so weiter.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Ist ja schlimmer als Brüning!)

Jetzt sehe ich das Kopfschütteln. Jetzt frage ich Sie, Herr Gröhe: Sagen Sie uns hier, sagt die CDU uns hier, dass das, was Sie jetzt an finanziellen Mitteln zur Verfügung stellen, was Sie gemeinsam beschließen mit der Grundrente – die Sie ja eigentlich gar nicht haben wollten –, in der nächsten Legislatur ausreicht? Ich merke nur eines: Ihre Fraktion sagt sowohl bei der Frage der Einhaltung der Schuldenbremse nichts mehr davon, dass sie das tun will, als auch beim Thema Steuererhöhungen. Ich habe das Gefühl, dass Ihre Aussagen, die Sozialabgaben bei 40 Prozent zu halten, gleichzeitig aber alle Leistungen beizubehalten, nichts anderes bedeuten, als dass der staatliche Zuschuss steigen muss. Und das können Sie nur wie machen? Genau: mit Steuererhöhungen. Und das ist das – bei einem Sozialstaat, wie Sie ihn haben wollen –, was Sie vorher nicht sagen, sondern was Sie uns allen und den Bürgern immer erst nach der Wahl sagen.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will mich kurz noch mit der Bundesagentur für Arbeit beschäftigen. Herr Minister, da habe ich eine Bitte. Die Anforderungen an die Bundesagentur für Arbeit werden – auch aufgrund personeller Veränderungen, die ja klar sind – sehr hoch sein. Sie werden im Bereich der Digitalisierung sehr, sehr hoch sein. Ich habe eine Bitte: Nicht vor der Bundestagswahl wieder nach politischer Parität – die Schwarzen kriegen einen, die Roten kriegen einen, und Bayern kriegt irgendwas anderes – vorgehen, sondern bitte nach dem Motto vorgehen, qualifizierte Leute zu bekommen. Gerade beim Thema Digitalisierung brauchen wir eine Bundesagentur für Arbeit, die den Schritt in die nächste Generation macht und die nicht von parteipolitischen Dingen geführt wird, sondern von Verstand, Sachverstand, so wie es dringend notwendig ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir müssen – das gehört zur Sozialpolitik dazu – auch ehrlicherweise zugeben, dass viele Arbeitsplätze, die jetzt noch da sind, verschwinden werden. Wir müssen aber – und das ist das Wichtige – klarmachen, dass, wenn es um den Erhalt von Arbeitsplätzen geht, wir damit meinen: Arbeitsplätze insgesamt. Denn eines ist doch ganz klar – das können wir doch bei der Rentenversicherung sehen –: Hätten wir in den letzten Jahren nicht diese wunderbaren Zahlen auf dem Arbeitsmarkt gehabt – es waren 16 Prozent mehr beitragspflichtig

**Otto Fricke**

(A) tig Beschäftigte; es waren 33 Prozent weniger Arbeitslose als 2009 noch prognostiziert –, dann wären uns die Sozialkassen an der Stelle explodiert, und wir hätten, weil es unsere Pflicht in einem Sozialstaat ist und weil es auch essenzielle Voraussetzung für unser Miteinander ist, über andere Zuschussmaßnahmen reden müssen.

Wir müssen die Herausforderung erkennen, die darin besteht, dass folgende Generationen und vor allen Dingen meine Generation – Jahrgang 65, Babyboomer – es uns sehr, sehr übel nehmen werden, wenn wir ihnen in der Rentenpolitik nicht deutlich zeigen, dass wir es trotz des sich verändernden Verhältnisses von Arbeitenden zu Leistungsempfängern schaffen, diese zu stabilisieren. Dafür muss man etwas tun.

Ich möchte zum Schluss sagen: Man muss in einer Krise ehrlich sagen, dass man bei neuen Leistungen auf den Pausenknopf drücken muss. Man muss ehrlich sagen, an welcher Stelle man verzichten kann, um das zu erhalten, was essenziell für die Bundesrepublik Deutschland ist: ein funktionierender Sozialstaat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Katja Kipping, Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

(B) **Katja Kipping (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manchmal kann es verdammt schnell gehen: Gerade noch läuft das Geschäft gut, gerade noch sind die Auftragsbücher voll, und plötzlich droht das berufliche Aus. – Ja, Corona hat uns vor Augen geführt, wie schnell man unverschuldet in existenzielle Nöte rutschen kann. Insofern sollten wir aus dieser Zeit eine wichtige Lehre ziehen: Wir brauchen ganz dringend soziale Garantien, die alle vor Armut schützen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Leider hat diese Regierung bei ihrer Coronapolitik drei Gruppen bisher vernachlässigt. Erstens: die Ärmsten, denen Sie einen Coronaaufschlag bisher verweigern. Zweitens: Rentnerinnen und Rentner, Studierende und alle, die auf Minijobs angewiesen waren, die nun weggebrochen sind. Und drittens: Freischaffende, Soloselbstständige, deren höchste Kosten die eigenen Lebenshaltungskosten sind, die eben bei den Wirtschaftshilfen nicht vorgesehen sind.

Dieser Haushalt ist insofern auch Ausdruck der Ignoranz gegenüber denen, die besonders von der Krise gebeutelt sind. Dieser Haushalt basiert auf gezielt kleingerechneten Hartz-Regelsätzen. Schon deshalb werden wir als Linke diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir beantragen stattdessen Sozialleistungen, die vor Armut schützen, und mehr Geld für den sozialen Arbeitsmarkt, um jenen zu helfen, denen es besonders schwer-

(C) fällt. Das ist auch finanzierbar, wenn wir endlich Millionengewinne und Millionenerbschaften ordentlich besteuern.

(Beifall bei der LINKEN)

Vielen Familienunternehmen hierzulande liegt ihre Belegschaft am Herzen. Aber es gibt eben auch Unternehmen, deren Geschäftsmodell auf besonders ausbeuterischen Arbeitsbedingungen basiert. Und just diese fallen auch durch besondere Nachlässigkeit beim Infektionsschutz auf.

Nehmen wir nur mal Amazon. Dieser Konzern macht gerade das Geschäft seines Lebens. Er verweigert den Beschäftigten höhere Löhne. Um nur ein Beispiel zu nennen: Am Amazon-Standort in Augsburg sind von insgesamt 1 800 Beschäftigten 300 infiziert. Das zeigt doch, dass dort beim Infektionsschutz geschlampt wird. Ein anderes Beispiel sind Schlachtunternehmen wie Tönnies, wo es immer wieder zu Ausbrüchen kommt.

Ich sage: Die Nachlässigkeit von Amazon, Tönnies und Co reißt ein, was Millionen Familien mit Einschränkungen beim Infektionsschutz leisten. Wenn der Lockdown nun verschärft werden muss, dann liegt das auch daran, dass diese Regierung bisher nicht den Mut hatte, die großen Konzerne wie Amazon und Tönnies verbindlich in die Pflicht zu nehmen beim Infektionsschutz, und das muss sich ändern!

(Beifall bei der LINKEN)

Das Arbeitsschutzkontrollgesetz für die Fleischindustrie, das die CDU lange verhindert hat,

(D)

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Blödsinn! Das ist doch wirklich Quatsch! Einfach Quatsch! – Gegenruf des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Doch, das ist schon so!)

ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ich sage aber auch: Damit es wirklich wirkt, brauchen wir jetzt mehr Personal für unangekündigte Kontrollen bei diesen großen Unternehmen.

(Beifall bei der LINKEN – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Kann ja Thüringen vorangehen! Ländersache!)

Doch es gibt auch eine ermutigende Entwicklung, die mich als Ostdeutsche besonders freut: Es gibt inzwischen im Osten eine neue Bereitschaft, für ordentliche Löhne zu streiten – sei es beim Bautz'ner Senf, bei den Riesaer Nudeln, bei den Lausitzer Früchten oder, ganz aktuell, beim Balzer Kabelwerk in Meißen. Den dortigen Warnstreik im Morgengrauen durfte ich am Dienstag besuchen. In Meißen zum Beispiel kämpfen die Kolleginnen und Kollegen für eine Selbstverständlichkeit: einen Tarifvertrag. Ja, höhere Löhne sind gut und wichtig für die Binnenkaufkraft. Wer mehr in der Lohntüte hat, kann auch mehr ausgeben, und das ist gut für die krisengebeutelten Läden und Kneipen vor Ort.

(Beifall bei der LINKEN)

Allen Beschäftigten, denen der Chef immer noch einen Tarifvertrag verweigert, sage ich: Euch steht ein Tarifvertrag zu. Verbündet euch! Beratet euch mit den Gewerk-

**Katja Kipping**

- (A) schaften vor Ort, und kämpft für das, was euch zusteht! – Höhere Löhne sind gut für das ganze Land, damit wir alle sozial durch diese Krise kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Kurzum: Die Zeit ist reif für soziale Garantien und ordentliche Löhne.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Nächster Redner ist der Kollege Sven Lehmann, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Sven Lehmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Ausgaben in diesem Etat sind so hoch wie nie. Aber trotzdem hat der Haushalt eine soziale Schiefelage; denn er lässt in dieser Krise ausgerechnet die Ärmsten in der Gesellschaft weiter zurückfallen. Trotz milliardenschwerer Hilfspakete enthält ausgerechnet der Einzelplan für Soziales keinen Cent zusätzlich für Erwerbslose oder arme Rentnerinnen in der Grundsicherung. Das ist nicht sozial, das ist lebensvergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

(B)

7 Millionen Menschen in der Grundsicherung müssen schon heute jeden Cent dreimal umdrehen. Wir Grüne haben deswegen bereits im Frühling einen Krisenaufschlag in der Grundsicherung beantragt. Denn Erwerbslose, Angestellte im Niedriglohnbereich, Alleinerziehende und Familien in Armut leiden besonders stark unter dem Lockdown und den erhöhten Kosten, zum Beispiel für Lebensmittel.

Ein Krisenaufschlag von 100 Euro für Erwachsene und 60 Euro für Kinder ist und bleibt notwendig. Deswegen haben wir das mit diesem Haushalt erneut beantragt. Sie lehnen das erneut ab. Aber wir werden da nicht lockerlassen; wir werden das einfach immer weiter beantragen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar im Schulterschluss mit Gewerkschaften, mit Sozialverbänden, mit Kinderschutzverbänden, mit Familienverbänden, mit den Tafeln. Wenn dieser Bundestag es nicht schafft, die Grundsicherung auf ein würdevolles Niveau anzuheben, dann wird es der nächste Bundestag tun, und zwar mit einer neuen Bundesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bundeshaushalt ist ausgerichtet auf Schadensbegrenzung; das ist so weit auch richtig. Aber die Aufgaben, gerade in der Sozialpolitik, waren schon vor Corona größer. Das sieht man vor allem am Beispiel von Kindern und Familien.

Der Druck, eine Kindergrundsicherung zu schaffen, wächst und wächst. Nun sagen auch die Bundesländer, dass eine Kindergrundsicherung machbar ist, und legen den Grundstein dafür, sie endlich auf den Weg zu bringen. Ich frage mich: Wie viele Weckrufe braucht es da eigentlich noch? Die Zeit ist überreif für einen Systemwechsel in der Familienförderung hin zu einer Kindergrundsicherung. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden, nicht erst nach der Bundestagswahl – jetzt!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das fängt mit einer deutlichen Erhöhung der Kinderregelsätze und einer automatischen Auszahlung des Kinderzuschlags an. Das würde arme Familien und Kinder gezielt erreichen. Rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche wachsen nämlich in Armut auf; das ist keine kleine Minderheit. Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung in den letzten Jahren verharrt die Kinder- und Jugendarmut auf erschütternd hohem Niveau.

Auch beim Homeschooling sind Kinder aus armen Verhältnissen mal wieder besonders benachteiligt, weil sie seltener über die notwendige technische Ausstattung verfügen und auch keine Rückzugsräume zum ungestörten Lernen haben. Kinder und Jugendliche waren die Leidtragenden des ersten Lockdowns. Mit der Schließung der Bildungs- und vieler sozialer Einrichtung fielen wichtige Orte für sie auf einen Schlag weg.

Kinder und Jugendliche, die schon vor der Krise in Armut gelebt haben, standen plötzlich vor verschlossenen Türen. Sozialarbeiter/-innen und Menschen in der Erziehungshilfe haben das Schlimmste verhindert und die Kinder zu Hause besucht. Sie sind mit ihnen zum Beispiel eine halbe Stunde spazieren gegangen, weil es viele Kinder in unserer Gesellschaft gibt, die sonst gar nicht aus dem Haus gekommen wären. Ich finde, dafür gebührt allen Beschäftigten in der sozialen Arbeit ein ganz großer Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung will viele dieser sozialen Notlagen vor allem mit Sachleistungen mindern. Das ist viel zu kompliziert, gerade in der Krise, und kommt viel zu oft bei den Familien, die es brauchen, nicht an. Deswegen müssen wir Abschied nehmen von Instrumenten, die einfach gescheitert sind, wie dem Bildungs- und Teilhabepaket.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen hin zu direkten, unbürokratischen Zuwendungen an Kinder und Familien in Armut und einem Ausbau der sozialen Infrastruktur. Beides leistet dieser Haushalt leider nicht so, wie es notwendig wäre. Deswegen werden wir diesem Haushalt auch nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Antje Lezius, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

(D)

**(A) Antje Lezius (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit rund 165 Milliarden Euro ist das Budget für den Bereich „Arbeit und Soziales“ der mit Abstand größte Einzelplan im Haushalt – der größte Einzelplan, der auch für einen starken Sozialstaat steht.

Für Passivleistungen im Arbeitsmarkt – Leistungen also, die Hilfebedürftigen und den Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft Unterstützung garantieren – sowie für die Leistungen zur Bildung und Teilhabe sind knapp 35 Milliarden Euro vorgesehen. Ein Teil davon entlastet die Kommunen, zum Beispiel bei Unterkunft und Heizung. Hier übernimmt der Bund 75 Prozent der Kosten.

Mit einem Zuschuss in Höhe von 3,35 Milliarden Euro und dem Erlass eines gewährten Darlehens für das Jahr 2020 stärken wir die Bundesagentur für Arbeit. Die Agentur hat in den vergangenen Monaten durch hervorragende Arbeit dazu beigetragen, dass Millionen Beschäftigten in Deutschland kurzfristig Kurzarbeit ermöglicht werden konnte. An dieser Stelle noch mal herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**(B)** Kurzarbeit – hier herrscht international Einigkeit – ist das erfolgreichste arbeitsmarktpolitische Mittel in der Pandemie. Sie hilft gesunden Unternehmen, auch während der Krise ihre Beschäftigten zu halten, und ermöglicht damit auch eine schnelle Wiederaufnahme der Tätigkeit, sobald sich die Situation verbessert. Dass die Kurzarbeit in den Monaten mit niedrigen Infektionszahlen schnell zurückgegangen ist – von 6 Millionen im April dieses Jahres auf 2,22 Millionen im September –, zeigt: Dieses Instrument wirkt. Es zeigt, dass wir einen starken Arbeitsmarkt haben.

Vieles spricht dafür, dass nach den Wintermonaten auch wieder erfreuliche Zahlen bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu verzeichnen sind; ich bleibe optimistisch, auch weil der erste Impfstoff aus Rheinland-Pfalz kommt. Umso wichtiger ist es, dass dann wieder Berufsberatung und Berufsvermittlungen im Vordergrund stehen, gerade auch für die jungen Menschen, die eine Ausbildung beginnen und ins Berufsleben starten. Wir wollen kein verlorenes Coronajahr, und wir sind stark genug aufgestellt, dies zu verhindern. Auch dafür wird die Bundesagentur für Arbeit im kommenden Jahr finanziell weiter unterstützt.

Zum Thema Rente. Durch 101 Milliarden Euro werden die Rentenkassen deutlich unterstützt. In den vergangenen Jahren sind eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen worden, die die gesetzliche Rente stärken und zu zusätzlichen Leistungen führen. Die berufliche Altersversorgung haben wir attraktiver gestaltet, bei der privaten Altersvorsorge brauchen wir noch weitere Verbesserungen.

Die Digitale Rentenübersicht – ein Vorhaben aus unserem Koalitionsvertrag – wird Bürgerinnen und Bürgern zukünftig individuelle Informationen über ihre Altersvor-

sorgeansprüche bereitstellen. Im Jahre 2021 sind hierfür 6 Millionen Euro im Haushalt eingeplant; ein im Vergleich kleiner Betrag mit hoffentlich großer Wirkung. **(C)**

Zum Thema Digitalisierung. Das Ministerium für Arbeit und Soziales erhält für die Jahre 2021 bis 2024 insgesamt 78 Millionen Euro aus der KI-Strategie. Unter anderem soll hiermit der Aufbau eines Einstiegsportals für eine Weiterbildungsplattform geprüft werden. Wenn wir eine Kultur der Weiterbildung erreichen wollen, brauchen wir eine übersichtliche Plattform mit attraktivem Einstieg; das kann ich nur immer wieder betonen. Gerade jetzt in der Pandemie zeigt sich, wie wichtig der Umgang mit digitalen Medien ist, wie wichtig es ist, die Möglichkeit zu haben, auch von zu Hause aus aktiv zu sein.

Ich komme auf einen weiteren Punkt für das kommende Jahr zu sprechen: Homeoffice und mobiles Arbeiten. Eine Homeoffice-Pauschale im Steuerrecht ist gut und richtig, aber das Thema hat nicht nur finanzielle Aspekte. Wir brauchen einen sicheren Rechtsrahmen, und wir müssen die Chancen nutzen, die mobiles Arbeiten bietet. Wie können wir Berufsleben, Familie und Freizeit noch besser unter einen Hut bringen, welche Änderungen brauchen wir bei der Unfallversicherung, und wie kann mobiles Arbeiten im ländlichen Raum gefördert werden? Die Diskussionen hierzu sind in vollem Gange, und das freut mich sehr; wenigstens etwas Gutes hat diese Pandemie, auf die ich jetzt gerne noch zurückkommen möchte.

Ein Bürger aus meinem Wahlkreis hat mir in der vergangenen Woche am Telefon gesagt, er fühle sich zurzeit sehr an einen Marathonlauf erinnert: 42,2 Kilometer, motiviert gestartet, die Herausforderung zu bewältigen. Die letzten Kilometer, obwohl schon mehr als drei Viertel geschafft, obwohl er das Ziel erahnen konnte, waren die härtesten; sie schienen sich unendlich in die Länge zu ziehen. Es waren letztendlich die gemeinsamen Anstrengungen – die Helfer mit Getränken und Verpflegung, die Menschen an der Strecke –, die ihn diese schwierigste Phase haben überstehen lassen. **(D)**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Corona-Krise trifft und fordert einige mehr als andere. Überstehen können wir sie aber nur gemeinsam durch gegenseitige Unterstützung, gerade für die, die sie am dringendsten benötigen, und indem wir das gemeinsame Ziel, diese Kraftanstrengung gesund zu meistern, nicht aus den Augen verlieren. Der Haushalt für Arbeit und Soziales spiegelt dies auf seine Weise wider, wenn auch nur in unzähligen Zahlenkolonnen.

Ich wünsche Ihnen einen besinnlichen dritten Advent. Bleiben Sie gesund!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Michael Groß, SPD, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Michael Groß** (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kollege Gröhe hat mit Helmut Schmidt sozusagen die Vorlage geliefert: „In der Krise beweist sich der Charakter.“ Das ist ein sehr gutes Zitat. Es zeigt sich jetzt wahrlich der Charakter. An die Kolleginnen und Kollegen der AfD gerichtet, muss ich sagen: Hören Sie doch endlich auf, die Menschen in Deutschland gegeneinanderzustellen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen für Zusammenhalt. Wir wollen, dass hier alle friedlich zusammenleben, und wir haben jetzt Wichtigeres zu tun, als uns gegeneinander aufzustellen. Ich glaube, diese Aufgabe steht auch im Mittelpunkt dieses Haushalts. Und: Otto Fricke, das ist kein Wahlkampf. Das ist die Antwort auf die Anforderungen, auf die Problemlagen der Menschen, auf die Pandemie

(Beifall bei der SPD)

und sicherlich nicht schon ein Blick auf 2021. Ich glaube, ein solcher Vorwurf wird der Sache nicht gerecht.

Was tun wir? Wir stellen 165 Milliarden Euro – die Summe ist genannt – zur Verfügung. Jeder einzelne Euro ist wirklich gut ausgegeben. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Der Minister – herzlichen Dank an Ihr Haus! – hat deutlich gemacht, dass es immer besser ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, Wertschöpfung und Kaufkraft zu generieren.

(B) (Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus – das wurde auch schon angesprochen – sorgen wir mit dem sozialen Arbeitsmarkt dafür, dass Menschen, die lange aus dem Arbeitsleben herausgefallen sind, wieder ein selbstbestimmtes Leben führen können, dass sie Tarifverträge erleben, dass sie Mitbestimmung erleben, dass sie zu Hause erleben, dass sie anerkannt werden, dass sie von ihrem Einkommen leben können, und das ist ein Erfolg dieser Koalition, insbesondere der Sozialdemokratie.

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Kein Wahlkampf!)

– Ja.

Ich kann Ihnen sagen: In meinem Wahlkreis, Recklinghausen II, haben inzwischen 950 Menschen einen Arbeitsvertrag; viele haben schon einen unbefristeten. Inzwischen ermöglicht es unser Haushalt, dass die Verwaltungskosten nicht mehr durch den Eingliederungstitel aufgeführt werden müssen. Vielmehr haben wir diesen Bereich so ausfinanziert, dass die Jobcenter und die Bundesagentur arbeitsfähig sind. Auch das ist ein Erfolg dieser Koalition.

(Beifall bei der SPD)

Was wollen wir? Wir wollen gute Arbeitsbedingungen schaffen. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Menschen, die zu uns kommen – wir brauchen Zuwanderung, gerade in der Pflege, aber auch in der Fleischindustrie; das will ich an dieser Stelle noch mal deutlich sagen –, eine gute Beratung finden und auf ihre Rechte hingewie-

sen werden. Wir wollen, dass sie auf Augenhöhe mit denjenigen umgehen können, die ihre Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen werden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen werden wir die Angebote des DGB weiter ausbauen und mit 3,25 Millionen Euro finanzieren. Wir werden außerdem im nächsten Jahr erstmals für diejenigen, die in der Mobilitätswirtschaft arbeiten wollen, Geld zur Verfügung stellen, damit auch diese Kolleginnen und Kollegen Beratungsangebote finden. Das ist ein guter Weg.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch auf ein Thema zu sprechen kommen, das etwas zu kurz gekommen ist: Wir wollen Inklusion. Wir wollen, dass die Menschen Teilhabe erleben. Deswegen werden wir weiterhin Geld zur Verfügung stellen, um das Bundesteilhabegesetz umzusetzen, und zwar 511 Millionen Euro. Wir wollen auch die unabhängige Teilhabeberatung stärken. Hierfür werden wir über 50 Millionen Euro zur Verfügung stellen –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hermann Gröhe [CDU/CSU])

ein ganz wichtiges Feld.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will aber auch auf eine Kleinigkeit hinweisen im Haushalt. 200 000 Euro wird die BAG Wohnungslosenhilfe erhalten, damit gerade in der Zeit der Pandemie Menschen eine Anlaufstelle haben, damit wir das gut koordinieren und damit Menschen eine Wohnung finden und nicht auf der Straße leben müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die Rente ist schon angesprochen worden. Wir stellen 101 Milliarden Euro für die Rentenkasse zur Verfügung. Davon sind 17 Milliarden Euro für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten vorgesehen – als Anerkennung und nicht als Almosen.

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Für die Grundrente stehen 1,3 Milliarden Euro zur Verfügung – auch nicht als Almosen, sondern als Anerkennung für die geleistete Lebensarbeit. Das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hermann Gröhe [CDU/CSU])

Sie konnten vor Tagen in einer Presseerklärung der Deutschen Rentenversicherung lesen: Die Finanzlage ist stabil. – Wir gehen im nächsten Jahr davon aus, dass das Rentenniveau über 49 Prozent liegen wird, und das bei gleichen Beitragssätzen. Das ist das Ziel der sozialdemokratischen Politik und des Arbeitsministers gewesen, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Kein Wahlkampf!)

Wer heute behauptet: „Die Rente ist nicht bezahlbar“, der wagt einen Blick in die Zukunft; Prognosen sind schwierig. Herr Heil hat schon darauf hingewiesen, dass es darauf ankommt, möglichst viele Menschen in sozialver-

(C)  
(D)

**Michael Groß**

- (A) sicherungspflichtige Arbeit zu bringen. Davon, ob das gelingt, wird abhängig sein, ob die Rente finanzierbar ist oder nicht. Das ist die zentrale Frage, und dafür arbeiten wir.

Damit komme ich zurück zum Beginn meiner Rede. Wir müssen so viele Arbeitsplätze erhalten wie möglich und so viele Arbeitsplätze schaffen wie möglich, und zwar durch Transformation, auch durch ökologische Transformation. Das ist unser Ziel als Sozialdemokraten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Stephan Stracke, CDU/CSU, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Stephan Stracke (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten acht Monaten ging es darum, die Substanz unserer Volkswirtschaft zu erhalten und den Menschen in Zeiten größter Unsicherheit Schutz und Sicherheit zu geben. Das tun wir; wir können dies, weil Deutschland ein starker Staat ist, weil wir einen starken Sozialstaat haben.

- (B) Im zweiten Quartal dieses Jahres mussten wir mit minus 9,8 Prozent den größten Wirtschaftseinbruch seit der Nachkriegszeit erleben. Nach einer spürbaren Erholung im dritten Quartal wird es jetzt bereits wieder deutlich schwieriger. Dazu kommen weitere Unsicherheiten auf dem Weltmarkt und mit dem drohenden harten Brexit. Wir müssen alles dafür tun, dass der deutsche Arbeitsmarkt durch diese Krise keinen dauerhaften Schaden nimmt, und verhindern, dass Millionen von Menschen vor dem Nichts stehen.

Das beste Mittel, um größten wirtschaftlichen, sozialen oder psychischen Schaden von Deutschland abzuhalten, ist, eine konsequente Pandemiebekämpfung zu machen; denn die Zahlen sind viel zu hoch, und aus dem Krankenhausbereich erreichen uns ja Notsignale. Deswegen müssen wir etwas tun und ändern.

Das beste Mittel im Kampf um Arbeitsplätze – und das hat die Vergangenheit auch gezeigt – ist Kurzarbeit. Deshalb war es klug und vorsorgend, dass wir die Regelungen für die Kurzarbeit bis ins nächste Jahr verlängert haben. Das schafft Planungssicherheit und Liquidität für die Unternehmen und sichert Arbeitsplätze.

Ich finde, es macht Mut, zu sehen: Hohe Kurzarbeiterzahlen bedeuten nicht hohe Arbeitslosigkeit. Unternehmen haben so die Chance, mit ihren Fachkräften nach der Krise wieder voll durchzustarten. So war es nach der Finanzkrise, und so wird es jetzt auch wieder sein; darauf setzen wir. Das dritte Quartal hat es gezeigt.

Wir sorgen dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir auch nach der Krise wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Wir setzen auf wirtschaftliche Dynamik, auf Innovation, Forschung und Bildung, beispielsweise im Bereich der künstlichen Intelligenz oder im Bereich der Wasserstoffwirtschaft.

(C) Es gibt auch gute Nachrichten aus dem Ausbildungsmarkt. Es ist gut, zu sehen, dass weiterhin auf hohem Niveau ausgebildet wird. Junge Menschen brauchen Zukunft, und sie brauchen Perspektive. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Betriebe hierbei noch breiter unterstützen, gerade jetzt in der Phase der Nachvermittlung.

Und wir setzen auf Qualifizierung und Weiterbildung gerade während Kurzarbeit; denn die Veränderungsprozesse sind dynamisch und verlangen ein immer höheres Qualifikationsniveau. Wir wollen, dass die Beschäftigten von heute nicht den Anschluss an die Arbeit von morgen verlieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und wir unterstützen und entlasten unsere Unternehmen, wo immer es geht. Mit der Sozialgarantie 2021 begrenzen wir die Sozialabgaben auf maximal 40 Prozent.

(Zuruf von der FDP: Schon wieder!)

Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und stabilisiert die Nettoeinkommen der Beschäftigten, gerade die von Geringverdienern. Stabile Sozialabgaben nutzen zweifach, nämlich Unternehmen und Beschäftigten. Deshalb machen wir es und sichern dies mit der Sozialgarantie ab.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D) Und mit den milliardenschweren Überbrückungshilfen und Kreditangeboten geben wir den Firmen die notwendige Liquidität, um durch diese Krise zu kommen. Ja, es ist richtig: Die Novemberhilfen kommen spät. Ich hätte es mir auch gewünscht, dass sie früher kommen. Aber wenn ich mir mal anschau, ob sich eines der Bundesländer – ich blicke mal nach Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz – bereit erklärt hat, zu sagen: „Ja, wir nehmen diese Aufgabe an; wir administrieren dieses und sorgen für schnelle Auszahlungen in diesem Bereich“, dann kann ich das nicht erkennen. So hat sich der Bundeswirtschaftsminister dieses Themas angenommen: 140 000 Anträge sind eingegangen. Über 100 000 Abschlagszahlungen bis 10 000 Euro konnten bereits geleistet werden.

Und ja, auch bei Selbstständigen merkt man natürlich: Allein die Fixkostenerstattung hilft nicht. Deswegen verändern wir dies ja und setzen beispielsweise noch die Betriebskostenpauschale hinzu.

Der alleinige Verweis auf Grundsicherung reicht sicherlich auch nicht aus. Aber 30 000 Anträge auf die Novemberhilfe zu erhalten und dabei bereits 95 Prozent an Abschlagszahlungen abgewickelt und ausgezahlt zu bekommen, das ist etwas, wozu wir auch sagen können: Da läuft etwas gut in diesem Land; wir unterstützen dort, wo es notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir unterstützen die Betriebe aktiv auf dem Weg durch diese schwierige Zeit. Ihnen diese Hilfe durch Steuererhöhungen dann wieder direkt abnehmen zu wollen, ist der falsche Weg aus der Krise. Steuererhöhungen, wie sie jetzt Die Linke wieder fordert, verhindern Aufschwung und wirtschaftliche Dynamik.

**Stephan Stracke**

- (A) (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Für die höchsten Einkommen! Nur für die höchsten 0,7 Prozent der Einkommen! Für die Reichen!)

Unternehmen brauchen keine weiteren Erschwernisse à la links,

(Otto Fricke [FDP]: Der Finanzminister ist kein Linker!)

sondern sie brauchen Erleichterungen und Perspektiven. Dafür stehen wir, und dafür werden wir auch als Union sorgen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und wir stehen auch für gute Arbeit und gute Löhne. Deswegen haben wir die Missstände in der Paketbranche beseitigt, jetzt in der Fleischindustrie.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Bei der Fleischindustrie habt ihr auf der Bremse gestanden!)

Wir sorgen dabei auch für die notwendige Flexibilität und setzen bewusst auf die Kraft der Tarifvertragsparteien. Und ich sage auch noch mal: Eine flächendeckende Tarifbindung ist gut. Dort, wo Tariflöhne gelten, sind Löhne und Arbeitsbedingungen in der Regel besser.

Deswegen sagen wir auch für die Altenpflege: Wenn die Voraussetzungen geschaffen werden, dann werden wir das Instrument der Allgemeinverbindlichkeit in diesem Bereich ebenfalls ziehen, um auch hier für gerechte und gute Löhne zu sorgen.

Dieser Haushalt steht für Chancen.

- (B) Herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Voraussichtlich letzter Redner zu diesem Einzelplan ist der Kollege Peter Weiß, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Peter Weiß** (Emmendingen) (CDU/CSU):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Wenn ich, Herr Präsident, der voraussichtlich letzte Redner in dieser Debatte zum Einzelplan 11 bin, dann sollte ich jetzt noch mal sagen, was es eigentlich im Kern mit diesem Haushalt auf sich hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf: Endlich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kern ist: Dieser Einzelplan 11, Arbeit und Soziales, ist das zentrale Bollwerk gegen die Auswirkungen der Coronapandemie. Er ist die klare Zusage der Politik: Wir lassen in dieser Krise niemanden allein – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht, die Unternehmen nicht, die sozialen Dienste und Einrichtungen nicht –, sondern wir stehen solidarisch zu diesem Sozialstaat, zu denen, die in diesem Land etwas leisten, und zu denen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Das ist die Kernbotschaft des Einzelplans 11.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Weil in einer Krisenzeit wie während der Herausforderung durch die Coronapandemie diese Fragestellung so zentral ist, würde ich eigentlich erwarten, nachdem die Beiträge der Opposition so halb moderat waren, dass das gesamte Haus diesem Haushalt zustimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Sehr gut! – Lachen des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist schon mehrmals betont worden, und ich will es auch noch mal machen: Mit diesem Haushalt nehmen wir wahnsinnig viel Geld in die Hand, um die Bundesagentur für Arbeit nochmals zusätzlich zu stärken, vor allem, um das Kurzarbeitergeld zu gewährleisten. Das Kurzarbeitergeld ist nicht nur eine Hilfe, um jetzt über eine schwierige Zeit hinwegzukommen, sondern das Kurzarbeitergeld ist in Wahrheit auch eine Investition in die Zukunft, und da haben wir eine konkrete Erfahrung: Das ist die Finanz- und Kapitalmarktkrise 2009/2010.

Alle auf dieser Welt bescheinigen uns: Deutschland wäre so schnell und so stark aus dieser Krise damals nicht herausgekommen ohne Kurzarbeitergeld. Und wir haben anschließend zehn wirklich gute Jahre in Deutschland erlebt, was das wirtschaftliche Wachstum, was den Zuwachs an Beschäftigung angeht. Genau deswegen ist Kurzarbeitergeld nicht einfach nur Geldausgeben, sondern ist Zukunftsinvestition, damit es nach dieser Krise schneller und besser aufwärts geht.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich haben wir die Bundesagentur für Arbeit mit allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen wir dankbar sind, veranlasst, sich jetzt zu hundert Prozent auf Kurzarbeitergeldbeantragung und Kurzarbeitergeldabrechnungen zu konzentrieren. Aber die Agentur für Arbeit muss natürlich dringend, gerade in dieser Krisenzeit, auch ihre anderen Tätigkeiten wieder vollumfänglich wahrnehmen, nämlich Beratung von Arbeitslosen, Vermittlung in Arbeit, Beratung und Berufsinformation für junge Leute, damit diese einen guten Weg in Ausbildung und Arbeit gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen gehört zur Hilfe für die Bundesagentur für Arbeit auch, dafür zu sorgen, dass sie entsprechendes Personal anstellen kann. Sie hat jetzt im Oktober und November die Möglichkeit gehabt, 1 000 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen. Sie wird im Frühjahr des nächsten Jahres erneut eine entsprechend große Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einstellen. Und sie hat nach dem Beschluss ihres Verwaltungsrates eine Option, wenn das im nächsten Jahr noch mal notwendig wäre, weitere 2 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu anzustellen.

**Peter Weiß (Emmendingen)**

- (A) Also: Dieser Haushalt ist auch Ausdruck der Unterstützung der Agentur für Arbeit, damit sie genügend Personal an Bord nehmen kann, um nicht nur Krise zu bekämpfen, sondern auch Zukunftsinvestitionen zu machen, das heißt, Menschen in Arbeit zu vermitteln und vor allem – das ist mir das Wichtigste – den jungen Leuten, die jetzt noch in der Schule sind, ausreichend Berufsinformation, ausreichend Berufsberatung anzubieten. Ich würde mir wünschen, dass wir das, was wir im Herbst wegen der Pandemie vielleicht versäumt haben, im Frühjahr durch eine starke Offensive für Ausbildung nachholen könnten. Ich möchte, dass die jungen Leute in unserem Lande wissen: Ja, sie bekommen bei uns alle Unterstützung, dass sie auch in Coronazeiten einen gescheiten Job, eine gescheite Ausbildung finden. – Das ist mit unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun ist natürlich zu Recht gefragt worden: Ja, geben wir denn nicht zu viel Geld aus? – Aber wir können es deswegen tun – das will ich noch mal betonen –, weil wir die letzten zehn Jahre gut gewirtschaftet haben. Der Herr Präsident hinter mir war in dieser Zeit unter anderem Bundesfinanzminister und hatte mit dazu einen Beitrag geleistet. Aber vor allen Dingen haben unsere Sozialversicherungen Rücklagen anlegen können. Die Rente ist doch deswegen sicher, weil wir eine ordentliche Rücklage in der Rentenversicherung haben. Wir können deswegen in der Kurzarbeit investieren, weil wir eine Rücklage in der Arbeitslosenversicherung haben. Das ist doch das Entscheidende. Rücklagen sind dazu da, dass man diese in schlechten Zeiten einsetzt, und die Zeit ist jetzt da, diese Rücklagen einzusetzen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Otto Fricke [FDP]: Wenn wir das Geld haben!)

Wenn ich von dem Beschäftigungsaufwuchs der letzten zehn Jahre rede, der es uns erst ermöglicht hat, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dann bitte ich, doch auch zu sehen: Der Beschäftigungsaufwuchs in Deutschland der letzten zehn Jahre, die zusätzlichen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler für unsere Sozialsysteme waren nur möglich, weil wir rund 50 Prozent dieser zusätzlichen Arbeitsplätze mit Menschen mit Migrationshintergrund, mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern besetzen konnten. Es zeigt: Was hier von der rechten Seite gesagt wird, ist grottenfalsch.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Otto Fricke [FDP] – Dr. Harald Weyel [AfD]: 50 Prozent in Hartz IV!)

Nein, wir müssen dankbar sein – und ich bin dankbar –, dass die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet haben, dass in den letzten zehn Jahren Rücklagen in unseren Sozialversicherungssystemen aufwachsen konnten. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

(C)

Herr Kollege Weiß, damit Sie bald erfahren, ob Ihre Erwartungen sich erfüllen, sollten Sie zum Schluss Ihrer Rede kommen.

(Heiterkeit)

**Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):**

Herr Präsident, vielen Dank. – Mit diesem Haushalt stärken wir die soziale Infrastruktur. Deshalb noch mal meine herzliche Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen: Stärken Sie den Einzelplan 11 mit Ihrer Stimme! Es ist eine gute Zukunftsinvestition, und es ist eine klare Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Bravo! Bravo!)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 11 – Bundesministerium für Arbeit und Soziales – in der Ausschussfassung. Es liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor, über den wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der FDP auf der Drucksache 19/25043? – Das sind die AfD und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist der Änderungsantrag mit der festgestellten Mehrheit abgelehnt.

(D)

(Otto Fricke [FDP]: Leider!)

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 11 in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Die Koalition. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Einzelplan 11 mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt I.19 auf:

hier: **Einzelplan 32  
Bundesschuld**

**Drucksache 19/23322**

Berichterstatter sind die Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Dennis Rohde, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch, Sven-Christian Kindler.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen also gleich zur Abstimmung über den Einzelplan 32 – Bundesschuld – in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Liebe Kollegen, wenn wir abstimmen, müssen Sie am Platz bleiben, sonst kann ich beim besten Willen nicht erkennen, wie wir abstimmen. Das gilt auch für den Kollegen Kuffer. – Danke sehr.

Wer stimmt für den Einzelplan 32 in der Ausschussfassung? – Das ist die Koalition. Wer stimmt dagegen? – AfD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke auch. Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Einzelplan 32 mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble

(A) Ich rufe Tagesordnungspunkt I.20 auf:

hier: **Einzelplan 60**  
**Allgemeine Finanzverwaltung**

**Drucksache 19/23323**

Berichtersteller sind die Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Andreas Mattfeldt, Dr. André Berghegger, Dennis Rohde, Andreas Schwarz, Peter Boehringer, Volker Münz, Martin Hohmann, Otto Fricke, Ulla Ihnen, Dr. Gesine Löttsch, Sven-Christian Kindler.

Es liegen zu dem Einzelplan 60 vier Änderungsanträge der FDP-Fraktion vor. Außerdem hat die AfD-Fraktion zwei Entschließungsanträge eingebracht, über die wir aber erst nach der Schlussabstimmung abstimmen werden.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 60 – Allgemeine Finanzverwaltung – und beginnen mit den vorliegenden vier Änderungsanträgen der Fraktion der FDP.

Änderungsantrag auf Drucksache 19/25046. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Die FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Koalition, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. Wer enthält sich? – Die AfD. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Otto Fricke [FDP]: Leider!)

(B) Dann kommen wir zum Änderungsantrag auf der Drucksache 19/25047. Wer stimmt dafür? – Die FDP, die AfD, Die Linke auch. Wer stimmt dagegen? – Die Koalition und Bündnis 90/Die Grünen. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Dann kommen wir zum Änderungsantrag auf der Drucksache 19/25048. Wer stimmt dafür? – Die FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Koalition, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. Wer enthält sich? – Die AfD. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Änderungsantrag auf der Drucksache 19/25049. Wer stimmt dafür? – Die FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Koalition, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – AfD und Die Linke. Dann ist der Antrag mit dieser Mehrheit abgelehnt.

Damit kommen wir zum Einzelplan 60 – Allgemeine Finanzverwaltung – in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Die Koalition. Wer stimmt dagegen? – Die Opposition. Enthält sich jemand? – Keine Enthaltung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt I.21 auf:

hier: **Haushaltsgesetz 2021**

**Drucksachen 19/23325, 19/23326**

Die Berichterstatter für das Haushaltsgesetz 2021 sowie für den Finanzplan des Bundes 2020 bis 2024 sind die Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Dennis Rohde, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch, Sven-Christian Kindler.

Es liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir gleich abstimmen werden.

(C) Eine Aussprache ist in zweiter Beratung – jenseits der Einzelplanberatung; wir haben ja jetzt vier Tage beraten – nicht vorgesehen.

Damit kommen wir in zweiter Beratung zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021 in der Ausschussfassung und stimmen zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag auf der Drucksache 19/25001. Wer stimmt dafür? – Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Der Rest des Hauses. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Änderungsantrag auf der Drucksache 19/25002. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Der Rest des Hauses. Dann ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Damit stimmen wir über den Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2021 in der Ausschussfassung ab. Wer stimmt dafür? – Die Koalition. Wer stimmt dagegen? – Die Opposition. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist das Haushaltsgesetz 2021 in zweiter Beratung mit der genannten Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Finanzplan des Bundes 2020 bis 2024 auf den Drucksachen 19/22601 und 19/22602. Der Haushaltsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 19/23327, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für die Empfehlung, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen?

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an den Abg. Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU] gewandt: Herr Müller!)

(D) Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so angenommen.

(Otto Fricke [FDP]: Bei der CDU war das nicht so klar!)

– Na ja, gut. Was soll man auch machen? Man kann ja die Kenntnisnahme schlecht ablehnen.

Damit rufe ich den Tagesordnungspunkt III auf:

Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

**Drucksachen 19/22600, 19/22602, 19/23302, 19/23305, 19/23306, 19/23309, 19/23310, 19/23311, 19/23312, 19/23313, 19/23314, 19/23315, 19/23316, 19/23320, 19/23322, 19/23323, 19/23324, 19/23325, 19/23326**

Es liegen folgende Entschließungsanträge vor, über die wir später abstimmen werden: acht Entschließungsanträge der Fraktion der AfD, vier Entschließungsanträge der Fraktion der FDP, drei Entschließungsanträge der Fraktion Die Linke sowie zwei Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Über das Haushaltsgesetz werden wir später namentlich abstimmen.

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble**

(A) Für die Aussprache wurde eine Dauer von 90 Minuten beschlossen.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Peter Boehringer von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Peter Boehringer (AfD):**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Haushaltsgesetz mit über 3 200 Seiten, fast 60 Stunden Ausschussberatungen mit 1 900 Änderungsanträgen, davon über 700 in der Bereinigungssitzung – dafür Dank an die Kollegen aller Fraktionen und an die Vertreter der Regierung und auch an das Ausschussekretariat; das Team ist ja heute im Plenum anwesend. Ohne Ihre eingespielte Arbeit bis in die Nachtstunden hätten wir es nicht schaffen können. Herzlichen Dank für Ihre erneut sehr zuverlässige und wertvolle Arbeitsleistung!

(Beifall im ganzen Hause)

Was hat sich in diesem letzten Haushalt der aktuellen Koalition nicht geändert? Weiterhin sind alle ideologiegetriebenen Ausgaben der vergangenen Jahre ohne jede Einsparung darin enthalten: EU-Transferkosten, Immigrationskosten, Kosten der CO<sub>2</sub>-Klimareligion wie etwa Subventionen für E-Autos, arbeitsplatzvernichtend in der deutschen Industrie – und nun zusätzlich noch hohe Lockdown-Ausgaben. Zudem hat Olaf Scholz auch noch sehr viel Geld auf Vorrat gebunkert.

(B) Wie gelingen diese Wunder? Eben hat uns der Unionskollege Weiß ja weismachen wollen, dass es durch hohe Rücklagen gelingen könne. Das ist natürlich nicht so. Es gelang, Herr Weiß – der Kollege ist, glaube ich, nicht mehr da –, nur über gewaltige Schuldenaufnahme: 180 Milliarden Euro. Schon die Neuschulden 2020 von über 220 Milliarden Euro waren im laufenden Jahr nicht vollständig auszugeben, weil sie zu hoch kalkuliert waren.

Hunderte Milliarden Euro auf Pump werden 2021 nun aber tatsächlich aufgebraucht, allerdings beileibe nicht nur zur Epidemiebekämpfung. Mindestens 100 Milliarden Euro können im Wahljahr auch zu ganz anderen Zwecken ausgegeben werden. Der Finanzminister hat derart hohe Kredite aufgenommen, dass es tatsächlich bis zur Bundestagswahl reichen könnte. Auf Steuerbürgerkosten droht die teuerste Wahlkampffinanzierung aller Zeiten.

(Beifall bei der AfD)

Sofort nach der Bundestagswahl werden dann aber wieder die sehr großen Risiken dominieren. Der Solidaritätszuschlag etwa hat seit 2020 keine Rechtsgrundlage mehr. Hier besteht ein Haushaltsrisiko von bis zu 30 Milliarden Euro. Viele Kredite für Rettungen von Großunternehmen werden abgeschrieben werden müssen. Konzerne wie die Lufthansa, BER oder die Deutsche Bahn machen derzeit Milliardenverluste.

Der mehrheitlich im Besitz ausländischer Investoren befindliche Reisekonzern TUI alleine macht 700 Millionen Euro Verluste – pro Monat. Die Regierung hat hier bereits 4,3 Milliarden Euro an Steuergeldern eingesetzt, um TUI zu retten. Auf jeden TUI-Angestellten entfällt

eine Rettungssumme von 430 000 Euro. Tausende kleiner Unternehmen werden gegenüber Konzernen diskriminiert, welche beileibe nicht alle systemrelevant sind. (C)

(Beifall bei der AfD)

Erneut liegt auch ein rechtlich bedenklicher Haushalt vor, der gegen Haushaltsprinzipien verstößt. Coronakreditgelder werden überjährig für krisenfremde Daueraufgaben genutzt; zudem werden Rücklagen in Schattenhaushalten und die Asylrücklage wieder mal nicht angetastet. Wir hatten dem Bundestag dazu bereits zum 2020er-Haushalt eine Verfassungsklage vorgelegt, und den Missbrauch der haushalterischen Notsituation sehen wir nun auch erneut wieder im Haushalt 2021. Aus alledem ergibt sich ein Steuererhöhungsrisiko oder gar die Wahrscheinlichkeit einer Steuerneueinführung: der Coronasoli. Aber das wird uns erst nach der Bundestagswahl erzählt werden.

Wir sehen zudem hohe Fehlbeträge im Finanzplan. „Finanzpolitischer Handlungsbedarf“ ist der Euphemismus der Regierung für: Wir haben keine Ahnung, wie wir das Loch von mindestens 42 Milliarden Euro bis 2024 stopfen sollen. – Der Finanzminister wird nach seinem letzten Amtsjahr völlig leere Kassen hinterlassen. Die Gelegenheit, im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft bei den Verhandlungen zum neuen Finanzrahmen eine Reduktion des EU-Haushaltsbudgets zu erreichen, wurde von der Bundesregierung schlicht verpasst.

Von der AfD würde die EU aus dem Bundeshaushalt kein Geld mehr enthalten für Mondmomente oder für die große planwirtschaftliche Transformation. (D)

(Beifall bei der AfD)

Geldgeschenke für den Mittelmeerraum im Zuge von „Next Generation EU“ würden von uns niemals mit deutschem Steuergeld finanziert. Und die EU-Schuldenaufnahme über 750 Milliarden Euro ist ein Dammbbruch, der den Nichtstaat EU zu einem Gebilde mit einem ausgewachsenen faktischen Staatsbudget macht.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Jetzt haben Sie verstanden! Endlich! Hat lange gedauert!)

Und zu einer illegalen Staatlichkeit passen auch gut illegale Programme. Klammerheimlich wurde die bislang bilaterale Hilfe aus dem deutschen Haushalt „Ertüchtigung von Partnerstaaten“ erweitert zu einer multilateralen sogenannten European Peace Facility – eine Friedensfazilität, die aber mit Friedensförderung nichts zu tun hat. Bei diesem Fonds handelt es sich um eine Kriegskasse, um künftig die Aufrüstung von Staaten oder Rebellengruppen mit Waffen im Ausland finanzieren zu können.

(Beifall bei der AfD)

Das wäre laut EU-Vertrag glatt illegal, wenn es nicht außerhalb des EU-Haushalts angelegt wäre. Über den deutschen Haushalt, also worüber wir hier entscheiden, ist es aber anscheinend nicht illegal.

Eine weitere Absurdität: Die FDP will ernsthaft Steuerreduktion bei gleichzeitiger Zustimmung zu fast 100 Milliarden Euro Neuverschuldung. Schulden statt Steuern: Ist das die neue FDP-Finanzstrategie?

**Peter Boehringer**

- (A) (Otto Fricke [FDP]: Was? Ich glaube, du hast den Gesamtantrag nicht gesehen!)

Die AfD dagegen konnte für Unternehmen und Bürger trotz Corona ohne exzessive Verschuldung Steuern und Abgaben um 26 Milliarden Euro senken.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Unfassbar! Sie sind großartig! Alchimist!)

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Lockdown zu beenden und nur die kleine Risikogruppe zu schützen. Das ist zwingend und auch verantwortbar.

(Beifall bei der AfD)

Die Fallzahlen werden zwar auf hohem Niveau bleiben – saisonal bis März, wie immer –; wichtig ist aber nur die Beherrschung der Lage in den Intensivstationen, wofür auch die AfD alles tun wird – alles! Intensivstationen aufrüsten! Die AfD trägt diese Ausgaben seit März immer mit. Die GroKo dagegen hat die Krankenhäuser seit Jahren kaputtgespart. Die Intensivstationen fahren im Winter seit Jahren am Anschlag; das ist an der Stelle nichts Neues.

Auch die Kollateralschäden des Lockdowns müssen unbedingt im Blick bleiben – und ich spreche jetzt von den gesundheitlichen, menschlichen Kollateralschäden –: Massenhaft vermeidbare Todesfälle wird es Lockdownbedingt geben wegen unterlassener Vorsorgeuntersuchungen im Bereich der Herz- oder Krebserkrankungen. Existenzängste von Arbeitslosen – und man darf das nicht kleinreden – werden zu Suiziden führen. Und ein demnächst marodes Gesundheitssystem in einem verarmenden Deutschland wird zu vielen unnötigen Toten führen. Die Zahl der weltweiten Hungertoten – der weltweiten! – durch Lockdowns liegt weit über der der offiziellen Coronatoten; es zählt sie aber niemand. Millionen Menschen werden nicht an einer Coronainfektion, sondern aufgrund der Auswirkungen des Lockdowns auf die Welternährungslage sterben.

(B)

(Beifall bei der AfD)

Weitere Lockdown-Schäden betreffen die Bürgerrechte bis hin zum Recht auf körperliche Unversehrtheit, verletzt durch die bereits geforderte – bereits geforderte! – indirekte Impfpflicht. Die Hoffnung auf schnelle Rettung durch einen Impfstoff aber ist unrealistisch. Die Testphasen sind viel zu kurz bei einem neuen Impfprinzip, das noch nie erfolgreich bei Menschen eingesetzt wurde. Der anhaltende Lockdown – ist ja sicher – wird damit auch weiterhin zu Haushaltsbelastungen von 20 Milliarden Euro pro Monat führen. Es ist einfach nicht finanzierbar. Steuern Sie bitte um!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Das Wort geht an Michael Groß von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Michael Groß (SPD):**

(C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Boehringer, ich habe heute Morgen jemanden im Kiosk getroffen, der wie ich ein Croissant gekauft hat. Interessanterweise ist ja Ihre Methode, Politik zu machen, alles schwarzzumalen.

(Otto Fricke [FDP]: Was hast du an?)

Mir wurde heute Morgen gesagt: Uns geht es eigentlich noch gut. Mit Blick auf die Welt geht es uns sogar besonders gut. Wir müssen auch das Gute in der Welt und in Deutschland sehen und sollten nicht ständig nur auf das Auseinandertreiben der Menschen in Deutschland setzen. Das tun Sie die ganze Zeit, und das lehnen wir als Sozialdemokraten ab. Deswegen ist es auch richtig, einen Haushalt zu haben, bei dem 500 Milliarden Euro ausgegeben werden,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

um die Pandemie zu bekämpfen. Das ist auf keinen Fall Wahlkampf.

Ich möchte noch einmal die Gelegenheit nutzen, Olaf Scholz zu danken,

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Ach ja!)

den Ministerien, den Häusern, natürlich auch den Mitarbeitern, dem Ausschusssekretariat. Insbesondere Olaf Scholz zu danken, war mir als Abgeordneter aus dem Ruhrgebiet wichtig, weil er vor etwa zwei Jahren im Ruhrgebiet war und sich dort die Sorgen angehört hat. Wir sind eine Region, in der es immer noch hohe Arbeitslosenzahlen gibt und in der wir einen großen Strukturwandel zu bewältigen haben. Olaf, du hast es, Herr Minister, Sie haben es geschafft, durch Ihr Angebot den Kommunen zu helfen und dadurch, dass Sie die Diskussion über die Altschuldenregelung angestoßen haben, wieder Hoffnung in die Städte zu bringen.

(D)

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das war bislang nur eine Diskussion!)

Ich kann Ihnen die Rückmeldung von meinen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern geben: Dass wir jetzt 74,9 Prozent der KdU übernehmen, hilft den Städten, um auch in Zeiten der Pandemie wieder eine Perspektive aufzubauen, Investitionen vorzunehmen, in Kindergärten und Schulen zu investieren und letztendlich auch ein gutes Lebensumfeld für die Familien zu schaffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Wann ist die Zeit besser als heute, um mehr als 13 Milliarden Euro für starke Familien, Kinder, Jugendliche und Senioren auszugeben? Wann ist die Zeit angemessener, 165 Milliarden Euro für Arbeit und Soziales auszugeben? Das sind Dinge ähnlich wie die über 20 Milliarden Euro für Bildung und Wissenschaft und die über 60 Milliarden Euro für Straßen, digitalen Ausbau, für eine Energiewende, die insbesondere auch Wasserstoff als neuen Energieträger stärkt, zu denen zu sagen ist: Wann ist die Zeit dafür besser als jetzt? Deswegen danke ich auch allen

**Michael Groß**

- (A) Kolleginnen und Kollegen hier in diesem Haus, die diesem Haushalt zustimmen wollen; denn das ist ein Haushalt der Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Eckhardt Rehberg [CDU/CSU] und Patrick Schnieder [CDU/CSU])

Zum Schluss muss ich auf ein Deckblatt eingehen; da geht es um einen Herdenschutzesel.

(Otto Fricke [FDP]: Ja, wichtiger Punkt)

Es soll eine Machbarkeitsstudie geben, ob dieser Esel in der Lage ist, Nutztierherden zu schützen.

(Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hängt vom Esel ab!)

Ich würde die Machbarkeitsstudie gern um die Frage ergänzen, ob nicht dieser Esel geeignet ist, um vor den Fake News der AfD zu schützen.

Herzlichen Dank. Glück auf!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Wir denken bitte beim Kommen und beim Gehen an die Maske. – Das Wort geht an Bettina Stark-Watzinger von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

- (B) **Bettina Stark-Watzinger (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister! Gleich zu Beginn: Man lernt ja nie aus. Ich habe in diesem Haushaltsjahr den Herdenschutzesel kennengelernt, den wir fördern.

(Heiterkeit des Abg. Otto Fricke [FDP])

Ich würde mich aber noch mehr freuen, wenn wir diesen Herdenschutzesel nicht nur gegen Wolfsangriffe nutzen würden, sondern wenn wir ihn gegen Angriffe von Minister Scholz auf unseren Haushalt nutzen würden. Dann hätte er nämlich wirklich einen Sinn.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deutschland befindet sich in einer Notsituation, das ist unbestritten. Der Staat musste schnell handeln, er musste eine Brücke bauen. Aber das entbindet Sie, liebe Bundesregierung, nicht von der Verpflichtung, in der Notsituation die Maßnahmen – nur für die wirklichen Ausnahmetatbestände – auf das Nötigste zu reduzieren – zur Bekämpfung der Pandemie – und alle Konsolidierungskräfte auszuschöpfen.

Über 70 Milliarden Euro haben Sie, Herr Scholz, im Haushalt geparkt, davon allein 22 Milliarden Euro Ausgabenreste. Statt diese Milliarden zu nutzen, schreiben Sie lieber ungedeckte Schecks auf die Zukunft derer, die heute noch keine Stimme haben. Das ist falsch, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP)

Der Fraktionsvorsitzende der Union, Ralph Brinkhaus, hat bei der Einbringung des Haushalts gesagt: Wir werden uns einer Ausgabenkritik stellen müssen. – In über 1 000 Änderungsanträgen wurden praktisch keine substanziellen Einsparpotenziale vorgelegt: Herr Brinkhaus, ein bisschen mehr Durchsetzungsvermögen hätte ich Ihnen in dieser Koalition schon zugetraut.

Alle Kritik am Haushalt bezeichnen Sie als „Kaputtsparen“. Dabei hat Ihr Haushalt eine Schlagseite. Nur 4 Prozent werden in Bildung und Forschung eingesetzt. In 2021 werden unter 30 Millionen – nicht Milliarden – Euro ins Mobilfunknetz gesteckt und weniger als 450 Millionen Euro in den Gigasetzausbau. Hubertus Heil gibt an einem Tag mehr aus als die Bundesregierung im ganzen Jahr für den digitalen Ausbau.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist auch gut so! Wir haben 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner!)

Das ist kein Ausdruck von Zukunftsfähigkeit. Die Leidtragenden sind die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger in den ländlichen Regionen, in den strukturschwachen Regionen. Und das ist falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nicht das eine gegen das andere ausspielen, Frau Kollegin!)

Mit der Begründung der fehlenden Investitionsmöglichkeiten – dahinter steckt aber mehr – soll die Schuldenbremse aufgelöst werden, weil sie Investitionen verhindert. Seit Einführung der Schuldenbremse sind Investitionen, zumindest die, die im Haushalt stehen, aber gestiegen. Die Milliarden fließen aber nicht ab. Ob die A 49 in Hessen, ob die Fehmarnbeltquerung

(Zurufe von der CDU/CSU sowie von Abgeordneten der AfD: Fehmarnbeltquerung!)

– Fehmarnbeltquerung, danke schön –,

(Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: So viel Zeit muss sein!)

unser Planungsrecht ist für eines nicht geeignet: Es ist nicht geeignet, Projekte zu fördern, es ist nur geeignet, Projekte zu verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Sie fordern lautstark öffentliche Investitionen, vernachlässigen dabei aber private Investitionen. Dabei kommen von 10 investierten Euro in Deutschland, ob in Bildung, ob in Infrastruktur, ob in Arbeitsplätze, 9 Euro aus dem privaten Bereich. Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hängt vor allen Dingen von den privaten Investitionen ab.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist es genau richtig, jetzt zu entlasten. Und genau deshalb wollen wir die Menschen und die Unternehmen um 36 Milliarden Euro entlasten. Das sind keine Unternehmer, die im Liegestuhl liegen, wie sich die SPD das vorstellt, oder die mordenden Unternehmer im „Tatort“.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Den „Tatort“ anzugreifen, ist keine gute Idee!)

(C)

(D)

**Bettina Stark-Watzinger**

- (A) sondern das sind die Mittelständler, die in strukturschwachen Gebieten Arbeitsplätze schaffen oder zu erhalten versuchen; und die müssen entlastet werden.

(Beifall bei der FDP)

Was mir aber noch mehr Sorge macht, ist die mittelfristige Finanzplanung für die nächsten Jahre, also nach 2021; denn schon vor Corona lagen die Ausgabewünsche der Großen Koalition über den Einnahmen, die Sie prognostiziert haben. Man kann jetzt fragen: Wie wollen Sie das Problem lösen? Ich glaube – das ist ja schon von der SPD ins Spiel gebracht worden –, Sie werden die Steuern erhöhen. Ich glaube, das wäre Gift für die Menschen, das wäre Gift für die Heilungskräfte in unserem Land. Man kann das ja politisch ins Spiel bringen, aber dann muss man es auch vor der Wahl und bei der Einbringung des Haushaltsplans ehrlich sagen.

(Dennis Rohde [SPD]: Wie wollen Sie denn die 80 Milliarden nächstes Jahr finanzieren, die Sie jetzt verschenken? Wie wollen Sie denn für 2022 einen Haushalt aufstellen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, Sie haben, wenn Sie diesem Haushalt zustimmen, diesen Steuererhöhungen dann auch schon zugestimmt.

- (B) Ich komme zum Ende. Die finanzielle Größe eines Haushalts sagt nichts darüber aus, ob er die Größe hat, die Herausforderungen, die vor uns liegen – Digitalisierung, Demografie und Klimawandel –, auch zu stemmen. Statt sich in der Höhe der Ausgaben, die Sie tätigen, zu sonnen, brauchen wir eine gezielte Entlastung für Wachstum, treffsichere Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zum Beispiel negative Gewinnsteuer oder Unternehmerlohn, und wir brauchen effizienten Schutz von Risikogruppen.

Es geht anders. Wir haben einen Gegenentwurf vorgelegt: die Hälfte der Neuverschuldung bei gleichzeitiger Entlastung.

(Dennis Rohde [SPD]: Wie machen Sie das 22?)

Jeder Euro, den wir ausgeben, den die Große Koalition ausgibt, der muss verdient werden. Geben wir den Menschen, die diese Euros verdienen müssen, eine Stimme in diesem Bundestag!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Das Wort geht an Herrn Dr. André Berghegger von der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. André Berghegger (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat vor Kurzem das Wort des Jahres 2020 ausgewählt. Welches war es, lieber Ingo?

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Coronapandemie!)

- Coronapandemie. Und welches war das zweitplatzierte Wort? Weiß das auch einer? (C)

(Sonja Amalie Steffen [SPD]: Das war Babyelefant!)

Es ist wie mit der Mondlandung, da kennt man den zweiten auch nicht. – Lockdown war das zweitplatzierte Wort. Was zeigt uns das, liebe Kolleginnen und Kollegen? Ich denke, das zeigt, dass uns die Pandemie in diesem Jahr fest im Griff hat, in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das wirkt sich natürlich auf den Haushalt aus. Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Deswegen ist der Haushalt 2021 der zweite Haushalt in Folge, der maßgeblich unter dem Einfluss dieser Pandemie steht.

Was wollen wir mit diesem Haushalt erreichen? Wir wollen erstens natürlich die Gesundheit der Bevölkerung schützen, zweitens die Wirtschaft stabilisieren und drittens den Zusammenhalt in der Gesellschaft verbessern. Wir stemmen uns mit gesamter Kraft gegen diese Pandemie, und das ist ein schwerer Weg; aber wir werden ihn weitergehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das parlamentarische Verfahren haben wir dazu genutzt, nachzuzustieren, und zwar in großem Umfang. Wir haben die Wirtschaftshilfen für Unternehmen, für Freiberufler, für Selbstständige, für in der Kultur Tätige fortgeschrieben, umgesetzt, und wir haben natürlich weitere Ausgaben im Gesundheitsbereich festgesetzt. Das alles führte dazu, dass wir nach dem Haushalt in diesem Jahr mit einem Umfang von gut 500 Milliarden Euro – inklusive der zwei Nachträge – im nächsten Jahr wieder ein Haushaltsvolumen von knapp 500 Milliarden Euro erreichen. Das sind Rekordwerte. (D)

Aber diese Rekordwerte haben natürlich auch Schattenseiten; denn sowohl in diesem Jahr als auch im nächsten Jahr werden wir die Nettokreditaufnahme erhöhen müssen: auf 218 Milliarden Euro in diesem Jahr und auf 180 Milliarden Euro im nächsten Jahr. Das sind auch Rekordwerte. An dieser Stelle sei noch mal darauf hingewiesen: Wir finanzieren unseren Haushalt in diesem und im nächsten Jahr zu 40 Prozent aus Schulden.

Die FDP – ich glaube, es war Christian Dürr; ich sehe ihn gerade – hat, glaube ich, am Dienstag gesagt, das sei das süße Gift der Schulden. Aber Christian: Gemach, gemacht!

(Christian Dürr [FDP]: Das hat Herr Brinkhaus gesagt!)

– Du auch!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Denn natürlich hat die Regierung einen Beurteilungsspielraum bei der Erstellung des Entwurfes eines Haushaltes. Und wir als Parlament haben natürlich auch einen Beurteilungsspielraum, wie wir einen Haushalt aufstellen und wie wir am Ende das Haushaltsgesetz beschließen.

(Otto Fricke [FDP]: Nein! Die Regierung hat höchstens einen Ermessensspielraum! Sie müssen sich an die Gesetze halten!)

**Dr. André Berghegger**

- (A) Wir wollen damit ein deutliches Signal an alle nach außen senden, dass der Staat alles versucht, was finanziell machbar ist, um zu helfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und wie finanzieren wir das?

Wir können es erstens finanzieren, weil wir in guten Zeiten vorgesorgt haben. Die Politik der schwarzen Null hat uns finanzielle Spielräume erarbeitet. Wolfgang Schäuble hat sie vor Jahren eingeführt. Auch wenn es nicht jeder sagen mag, glaube ich aber, die allermeisten in diesem Raum, in diesem Hohen Haus freuen sich darüber, dass wir diese Spielräume hatten.

Zweitens. Wir müssen natürlich im kommenden Jahr erneut die Schuldenbremse nach Artikel 115 Grundgesetz aussetzen – nach dem vorgesehenen Verfahren bei einer außergewöhnlichen Notsituation. Da wundert es mich schon – nein, eigentlich wundert es mich nicht –, dass die Linken die Schuldenbremse aussetzen wollen oder dass die Grünen, wie sie formuliert haben, die Schuldenbremse reformieren wollen. Beide wollen auf jeden Fall die bestehende Regelung nicht einhalten.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht! – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt so nicht, André!)

Ich finde, gleich bei der ersten Bewährungsprobe, vor der wir jetzt stehen, Änderungen zu diskutieren, zeugt nicht gerade von einem klaren Kompass, sondern eher von einer Schönwetterdenkweise.

(B)

Wir wollen die Aussetzungsmöglichkeit der Schuldenbremse gerade für schwierige Bewährungsproben nutzen; wir wenden sie jetzt an. Sie ist dafür konzipiert und nicht für Boomphasen der Wirtschaft. Wir stehen zu der Regelung im Grundgesetz, und wir wollen schnell zur Schuldenbremse zurück, so schnell wie möglich.

(Otto Fricke [FDP]: 2022?)

Das ist nachhaltige und gerechte Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die aktuelle Finanz- und Haushaltspolitik wirkt. Das bestätigt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.

(Peter Boehringer [AfD]: Ach! – Otto Fricke [FDP]: Ach! Das sind jetzt auf einmal eure Freunde?)

Die Hilfen für Kommunen, die Zuschüsse für Familien und die geringere Mehrwertsteuer in diesem Jahr heben die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr an; sie liegt um 1,3 bzw. 1,5 Prozentpunkte höher im Vergleich zu dem Fall, dass es diese Hilfen nicht gegeben hätte. Ich denke, das ist ein beachtlicher Wert.

Aber diese expansive Finanzpolitik kann nur eine Ausnahme sein. In der Zusammenschau von Artikel 115 und Artikel 109 Grundgesetz wird deutlich, dass die Pandemie der Grund, aber auch die Grenze für die Aussetzung der Schuldenbremse ist. Und sobald wir die Coronapandemie im Griff haben, wird sich die Bewertung verändern

müssen. Unsere Aufgabe ist es, dauerhaft nach einem Weg zu suchen, wie wir mit dem Einkommen auch auskommen.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Linke fordert hier den Klassiker. Sie diskutieren wieder Vermögensteuer und Vermögensabgabe.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Gute Idee! – Weiterer Zuruf von der LINKEN: Höchste Zeit!)

In dieser Woche wurde auch deutlich, dass Sie sich noch nicht mal einig sind.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Was?)

Wenn Sie überhaupt differenzieren, dann verschweigen Sie wesentliche Punkte. Es gibt nämlich bei diesen beiden Instituten gravierende rechtliche Hindernisse.

Punkt eins: die Vermögensteuer. Sie wurde Mitte der 90er-Jahre eingestellt, abgeschafft vom Bundesverfassungsgericht,

(Victor Perli [DIE LINKE]: Sie steht im Grundgesetz!)

und vor allen Dingen steht sie den Ländern zu.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Haben wir nie geleugnet!)

Punkt zwei: die Vermögensabgabe. Die einmalige Vermögensabgabe setzt eine existenzielle finanzielle Notlage des Staates voraus.

(D)

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Konrad Adenauer!)

Wenn Sie sich mit den historischen Beispielen beschäftigt hätten, bei denen sie angewendet worden ist, dann würden Sie feststellen, dass diese Voraussetzungen kaum vorliegen werden.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Das hat Konrad Adenauer gemacht! Das war kein Linker!)

Aus unserer Sicht müssen wir die Ausgaben priorisieren. Wir müssen den Menschen auch sagen, dass wir die umfassenden Hilfen, die wir derzeit mit großer Kraftanstrengung aufbringen, nicht unbefristet werden aufrechterhalten können. Wir müssen Prioritäten setzen und zukünftig Entscheidungen treffen. Und wir müssen vor allen Dingen mit den Ländern und Kommunen über eine gerechte Verteilung der finanziellen Lasten sprechen. Was meine ich damit? – Die Steuereinnahmen der Länder und Kommunen erreichen bereits 2021 das Vorkrisenniveau. Nehme ich die Zuweisungen des Bundes hinzu, erreichen die Länder und Kommunen bereits dieses Jahr das Vorkrisenniveau. Die Kreditfinanzierungsquote des Bundeshaushaltes in diesem und im nächsten Jahr liegt bei – ich habe es vorhin gesagt – ungefähr 40 Prozent, die der Länder bei ungefähr 10 Prozent.

Der Bund alleine zahlt die Soforthilfe, den Wirtschaftsstabilisierungsfonds, die Überbrückungshilfe I, die Überbrückungshilfe II, die Novemberhilfe, die Dezemberhilfe.

**Dr. André Berghegger**

(A) (Otto Fricke [FDP]: Und die Mehrwertsteuerabsenkung!)

Ich könnte diese Reihe fortsetzen. Der Bundesrechnungshof hat aktuell die Finanzhilfen des Bundes an die Länder und Kommunen – in den letzten Jahren und für die Zukunft geplante –, insbesondere mit den Investitionen in die Kohleregionen, noch einmal aufgelistet. Demnach geben wir weitere 44 Milliarden Euro an Länder und Kommunen. Irgendwo müssen wir auch auf unsere finanzielle Leistungsfähigkeit achten. Bei aller Wertschätzung der Arbeit in den Ländern und Kommunen – dort wird hervorragende Arbeit geleistet –: Wir müssen über eine faire Verteilung der finanziellen Lasten reden; denn nach dem Grundgesetz erfüllen Bund und Länder gemeinsam die Verpflichtung zur Wahrung der Haushaltsdisziplin.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt nicht nur in der Coronapandemie, sondern natürlich grundsätzlich auch darüber hinaus.

Schließen möchte ich mit einem Vergleich, mit einer interessanten Haushaltsstelle aus dem Umweltministerium.

(Otto Fricke [FDP]: Da kenne ich auch eine!)

– Wir alle kennen mehrere Haushaltsstellen. – So wie der Herdenschutzesel die Schafe vor den Wölfen beschützen soll, so schützt die schwarze Null den Haushalt vor weiteren Schulden. – Da wollen wir wieder hin.

(B)

Vielen Dank fürs freundliche Zuhören. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Bettina Stark-Watzinger [FDP])

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Das Wort hat die Abgeordnete Dr. Gesine Löttsch von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben zu Anfang dieser Woche die Frage gestellt: Wer soll die Pandemierechnung bezahlen? – CDU/CSU und SPD drücken sich vor der Antwort und wollen es erst nach der Wahl sagen. Das lassen wir ihnen nicht durchgehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN)

Die Union will ja nach der Wahl die Schuldenbremse wieder anziehen. Wir wollen – in der Tat – eine Vermögensabgabe für Milliardäre, so wie es unser Grundgesetz vorsieht. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Aber auch die Kolleginnen und Kollegen der SPD wollen eigentlich die Vermögenden stärker besteuern. Ich bitte Sie: Reden Sie nicht nur im Wahlkampf darüber, machen Sie auch ernst, liebe SPD!

(Beifall bei der LINKEN)

Es gab ja zu Beginn der Pandemie bei vielen die Illusion, die Gesellschaft würde jetzt näher zusammenkommen. Der Befund ist: Das Gegenteil ist passiert. Die Politik der Bundesregierung hat weiter zur Spaltung beigetragen. Hilfen wurden ungerecht verteilt. Milliardäre wurden gerettet, und fast 1 Million Niedriglöhner haben ihre Arbeit verloren und fallen durch die sozialen Netze. So kann das nicht weitergehen!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben drei Fragen gestellt: Ist der Haushalt sozial, ist er friedlich, ist er klimafreundlich?

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Und alle drei konnten mit Ja beantwortet werden!)

Alle drei Fragen mussten wir mit Nein beantworten.

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Drei falsche Antworten!)

Er ist nicht sozial, weil er zu wenig gegen die soziale Spaltung unserer Gesellschaft tut. Er ist nicht friedlich, weil er mit über 53 Milliarden Euro – nach NATO-Kriterien berechnet – zur Aufrüstung der Bundeswehr beiträgt. Und er ist nicht klimafreundlich, weil Menschen mit dem größten CO<sub>2</sub>-Abdruck, die Vermögenden, begünstigt werden. So kann das nicht weitergehen, meine Damen und Herren! (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will aber bei der Bewertung des Haushalts Union und SPD nicht über einen Kamm scheren. Hubertus Heil ist ehrlich bemüht, etwas für Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose und Niedriglöhner zu tun.

(Beifall der Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE] und Michael Groß [SPD])

Doch schauen wir uns den Befund an. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sagt: 13 Millionen Arme. – Das können wir nicht hinnehmen. Das entspricht nicht unserem Menschenbild.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen: Das Grundproblem liegt doch nicht in den einzelnen Haushaltszahlen, sondern es liegt im gesamten Politikansatz. Schauen wir uns nur die Bereiche Wohnen, Gesundheit, Bildung, Verkehr und Rente an. In allen diesen Bereichen wurde das Profitprinzip der Neoliberalen eingeführt. Der Markt sollte den Wohnungsbau, das Gesundheits-, Bildungs-, Verkehrs- und Rentensystem auf Vordermann bringen. Doch das Ergebnis ist: Diese Politik ist gescheitert.

(Beifall bei der LINKEN)

Es fehlen nämlich preiswerte Wohnungen, es fehlt Pflegepersonal in den Krankenhäusern,

(Otto Fricke [FDP]: Insbesondere in Berlin!)

**Dr. Gesine Löttsch**

- (A) es fehlen Fachkräfte an allen Ecken und Enden, die Autobahnprivatisierung ist ein Desaster, und die kapitalgedeckte Riester-Rente ist gescheitert. So kann das nicht weitergehen!

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Formel „Was sich nicht rechnet, wird eingespart“ hat fatale Folgen. Vorratswirtschaft war angeblich falsch. Die Neoliberalen wollten alles just in time, also genau auf die Sekunde machen. Das solle Kosten sparen. Welch fataler Irrtum! Das müssen wir jetzt alle gemeinsam ausbaden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Gesundheitsminister hat Masken und Schutzausrüstungen zu Wucherpreisen aufkaufen müssen. Doch er scheitert natürlich, wenn es ums Pflegepersonal geht. Menschen kann man nicht just in time, also über Nacht, wie bei Amazon bestellen. Und das ist auch gut so, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen: Wer eine Gesellschaft wie ein Onlinekaufhaus organisieren will, muss scheitern. Ein Krankenhaus kann nicht wie eine Schraubenfabrik auf Profit getrimmt werden. Im Krankenhaus sollen der Patient und die Patientin und natürlich auch die Menschen, die dort arbeiten, im Mittelpunkt stehen und nicht die Fallpauschale und nicht der Profit. Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Ich sage Ihnen auch: Wenn wir die Krankenhäuser nicht von den Pandemielasten befreien, werden wir nach der Pandemie noch weniger öffentliche Krankenhäuser haben als vor der Pandemie. Das müssen wir verhindern!

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst die Bundeswehr sollte ja zu einem Unternehmen umgebaut werden. Frau von der Leyen und ihre Unternehmensberaterin sind bei dem Versuch grandios gescheitert.

(Zuruf des Abg. Ingo Gädechens [CDU/CSU])

Die Ausgaben für die Bundeswehr steigen seit Jahren in einem atemberaubenden Tempo. Aber die Bundeswehr wirkt wie ein Durchlauferhitzer: Das Geld wird an Airbus und Rheinmetall durchgereicht. Die liefern dann zu überhöhten Preisen alles Mögliche, was angeblich oder wirklich nicht funktioniert, und die Rendite von Airbus und Rheinmetall stimmt. Dieses Geld können wir besser für soziale Zwecke verwenden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN)

Viel wurde natürlich auch über die innere Sicherheit gesprochen und über das Geld, das dafür zur Verfügung gestellt werden muss. Auch hier muss man grundsätzlich herangehen; denn das Grundproblem der inneren Sicherheit ist nicht mit Polizei und Geheimdiensten zu lösen. Wirklich extrem ist das zerstörerische Profitstreben. Das muss beendet werden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN)

Wer also wirklich etwas gegen Extremismus tun will, der muss

(Stephan Brandner [AfD]: Die Linke verbieten! Das wäre ein guter Schritt in die richtige Richtung! SED, PDS, Die Linke!)

(C)

sein Denken vom Profit auf sinnstiftende Zwecke umstellen.

Es gibt innovative Unternehmen, die sich vom Profitdenken verabschieden und einen sinnstiftenden Zweck verfolgen. Es haben inzwischen auch Unternehmen erkannt, dass Maximalprofit nicht die Lösung, sondern das Problem ist. Das sollten in diesem Haus hier alle verstehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN)

Verabschieden Sie sich also von der neoliberalen Ideologie. Globalisierung und Flexibilisierung sind kein Wert an sich. Wir haben doch erlebt, was es heißt, dass bestimmte Medikamente in Europa nicht mehr hergestellt werden. Antibiotika wurden in unserer Überflussesgesellschaft plötzlich knapp. Die kapitalistische Globalisierung hat die Arbeitsteilung pervertiert. Sie ist zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Wir als Linke wollen eine solidarische Globalisierung, die nicht auf Konkurrenz, sondern auf Zusammenarbeit beruht. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen auch in aller Deutlichkeit: Nur so werden wir Kriege und Klimakatastrophen verhindern. Der marktradikale Flügel der Union ist ja immer noch ein großer Freund der Flexibilisierung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen Tag und Nacht für Unternehmen verfügbar sein. Dem stellen wir uns entgegen, meine Damen und Herren!

(D)

(Beifall bei der LINKEN – Peter Beyer [CDU/CSU]: Ihre Rede ist komplett aus der Zeit gefallen!)

Ein Wort zur Außenpolitik. Viele Kolleginnen und Kollegen der SPD, aber auch von meiner Fraktion haben in dieser Woche an den historischen Kniefall von Willy Brandt am 7. Dezember 1970 erinnert. Ich glaube, es ist an dieser Stelle auch Zeit, an die Ostpolitik von Willy Brandt zu erinnern. Für Willy Brandt war eben damals die Sowjetunion nicht das Feindbild,

(Otto Fricke [FDP]: Ja! Aber einen Kniefall vor Honecker hat es nie gegeben!)

sondern er hatte erkannt, dass die Sowjetunion die Hauptlast bei der Befreiung Deutschlands vom Faschismus geleistet hat. Herr Maas, auch Sie sollten das wissen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN – Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Oh Gott!)

Nun gibt ja der Finanzminister Scholz hier den Herdenschutzesel. Doch die Wählerinnen und Wähler sind keine Schafe. Sie sind selbstbewusst und lassen sich nicht per Verordnung herumkommandieren. Auch die emotionalen Appelle der Kanzlerin ändern doch nichts daran, dass sie für 15 Jahre Privatisierung und Mangelwirtschaft im Gesundheitswesen Verantwortung trägt.

Wenn Sie eine halbe Billion Euro im kommenden Jahr ausgeben wollen, klingt das beeindruckend. Aber mit einer Bazooka lassen sich Probleme lindern, nicht lösen.

**Dr. Gesine Löttsch**

- (A) Nach der Finanzkrise kam die ökonomisch völlig unsinnige Politik der schwarzen Null; sie ist ja hier auch schon wieder beschworen worden. Diese Politik der schwarzen Null hat unser Land in eine Investitionskrise gestürzt.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: So ist es!)

Sie darf nach der Pandemie nicht fortgesetzt werden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN – Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Das ist ja unglaublich! Meine Güte!)

Wir wollen endlich raus aus dieser Investitionskrise. Wir wollen in die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder investieren. Dafür brauchen wir bessere Schulen, preiswertere Wohnungen, leistungsfähigere Hochschulen und sichere Krankenhäuser.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das alles ist auch bezahlbar, wenn wir endlich ein gerechtes Steuersystem durchsetzen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann es noch mal wiederholen: Wir wollen eine Vermögensabgabe. Natürlich sind wir auch für andere Formen der Gerechtigkeit offen; das ist doch völlig klar. Nach dem Corona-Lockdown, glaube ich, sollte auch die SPD sich fragen, ob sie das mit der CDU/CSU durchsetzen kann oder – weil es Ihnen vorhin so gut gefallen hat – sich nicht doch lieber dazu entscheidet, den Koalitionsstecker zu ziehen.

- (B) (Beifall bei der LINKEN – Lachen des Abg. Eckhardt Rehberg [CDU/CSU])

Denn die Union ist der Vermögensverwalter von Millionen und Milliarden. Mit ihr ist keine gerechte Gesellschaft zu machen.

Meine Damen und Herren, es ist ja vielen gedankt worden. Ich bedanke mich auch sehr herzlich beim Sekretariat.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedanke mich natürlich auch bei den Kolleginnen und Kollegen für die Zusammenarbeit. Ich bedanke mich bei meiner eigenen Fraktion für die vielen guten Vorschläge, die Sie gemacht haben.

(Victor Perli [DIE LINKE]: Wir danken dir!)

Ich wünsche Ihnen allen eine gute Weihnachtszeit. Bleiben Sie gesund!

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN – Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frohe Ostern!)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Das Wort hat die Abgeordnete Anja Hajduk von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** (C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, das waren diesmal wirklich besondere Haushaltsberatungen. 85 Milliarden Euro mehr an Ausgaben im Vergleich zur ersten Lesung und eine entsprechende, um fast diesen Betrag gestiegene Kreditaufnahme: Das ist das Ergebnis unserer Haushaltsberatungen. Ich sage ganz klar: Wir Grünen gehören zu denen, die sagen: Wir können uns das leisten, und wir müssen uns das leisten – für die Bekämpfung der Pandemie, für unser Gesundheitswesen und für wirtschaftliche Hilfen für die, die ihren Beruf und ihr Geschäft jetzt eben nicht ausüben können und dürfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Silke Launert [CDU/CSU])

Aber, Herr Minister Scholz, zu den Besonderheiten der Coronapandemie, dieser Krise gehört ehrlicherweise auch, zu sagen, dass die Unternehmen und die Menschen sehr unterschiedlich betroffen sind. Deswegen ist das Einfordern von Zielgenauigkeit bei den Hilfen nicht spitzfindig, sondern es ist geboten, auch aus Gerechtigkeitsgründen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben gesagt, die Mehrwertsteuersenkung wäre quasi das Herzstück des Konjunkturpakets. Ich sage Ihnen: Die war sehr teuer und eben nicht zielgenau. Man hätte eher überlegen müssen: Wie können wir dem Einzelhandel in den Innenstädten vor Ort stärker helfen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP) (D)

Die Mehrwertsteuersenkung hat dagegen dem Onlinehandel sehr geholfen. Nach dem Lockdown wird das Thema Innenstädte sicher wieder sehr wichtig.

Oder die Überbrückungshilfen: Die sind am Anfang gar nicht in Anspruch genommen worden, also die Überbrückungshilfen I, weil sie schlecht konzipiert waren. Jetzt die Novemberhilfen: Die sind auch nicht zielgenau; denn sie setzen am Umsatz an. Ich kann Sie nur auffordern, gerade Sie, Herr Scholz: Öffnen Sie sich für ein Betriebskostenmodell, nach dem man 100 Prozent der Betriebskosten spätestens ab Januar erstattet, und führen Sie einen Unternehmerlohn ein – für die Zeit der Krise. Geben Sie da Ihren Widerstand auf! Das wäre wichtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es werden noch andere Dinge unterlassen, die viel hilfreicher wären, zum Beispiel die Ausweitung des Verlustrücktrags. Sie wollen das nur in einem kleinen Umfang machen. Dabei sind sich Wirtschaft und auch Wissenschaftler einig, dass gerade das Unternehmen in der Krise helfen würde. Es würde am besten wirken, wenn wir den Verlustrücktrag für Unternehmen darüber hinaus auch rückwirkend zulassen würden, also für die Jahre 2018, 2017, 2016.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Ne, ne!)

**Anja Hajduk**

- (A) Das würde den Bundeshaushalt vielleicht mit 4 Milliarden Euro belasten. Dieses Geld würde in den Folgejahren zu 90 Prozent zurückkommen,

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Alchemie!)

sodass man sagen kann: Das wäre dann im Vergleich zu den Kosten für die Mehrwertsteuersenkung finanziell eher eine Petitesse. Also: Strengen Sie sich an! Korrigieren Sie Ihre Hilfen! Das haben die, die betroffen sind, verdient.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

Sie sagen ja immer, Sie wollen helfen.

Ich muss noch einen anderen Punkt ansprechen, Herr Scholz, weil ich den nicht verstehe. Laut einem aktuellen OECD-Bericht sind die Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung in Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien vorbildlich. Deutschland schneidet da als Land im Verzug ab. Zum Beispiel gibt es keine Sanktionen für Banken und Kontoinhaber, die falsche Angaben machen oder keine ausreichende Prüfung von Selbstauskünften vornehmen. Warum haben Sie in Ihrer Amtszeit das noch nicht besser umsetzen lassen? Es ist ungerecht, bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu trödeln; da haben Sie wirklich noch viel zu tun. Da reichen keine Versprechen für die Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ich möchte aber auch etwas Versöhnliches sagen. Es ist gut, dass es beim EU-Haushalt eine Einigung gibt. Das war schwer. Wir sind über das Ergebnis nicht nur glücklich, aber es ist gut, dass es eine Einigung gibt. Das ist wichtig, weil es damit auch gelingt, den Wiederaufbaufonds, den Recovery Fund, umzusetzen. Wir in Deutschland dürfen bei aller Krisenbekämpfung hier vor Ort nicht vergessen: Wir werden aus der Krise nur herauskommen, wenn unsere europäischen Nachbarn sie auch überstehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU  
und der FDP und des Abg. Dr. Dietmar Bartsch  
[DIE LINKE])

Insofern sage ich mal versöhnlich: Dabei hat die Bundesregierung mitgeholfen.

Zum Schluss. Herr Scholz, es soll ja Herdenschutzesele geben. Aber ich wünsche mir – das würde mir reichen –, dass Sie, von mir aus zusammen mit Frau Merkel, vor Weihnachten den Schutzengel für ein Lieferkettengesetz geben. Das wäre der politische Weihnachtswunsch meiner Fraktion an Sie. Hoffentlich erfüllen Sie ihn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Das Wort hat der Bundesminister der Finanzen, Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD)

**Olaf Scholz, Bundesminister der Finanzen:**

(C) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Coronapandemie hat uns alle immer noch im Griff. Das ist eine globale Herausforderung, vor der die ganze Menschheit steht, aber eben auch wir hier in diesem Land. Deshalb ist es ganz, ganz wichtig, dass wir, während wir hier diskutieren, schon wissen, dass wir sehr absehbar mit den Impfstoffen Möglichkeiten haben werden, vielen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, aber auch vielen Bürgerinnen und Bürgern in der Welt zu helfen.

Trotz dieses Lichtblicks wissen wir, dass es noch eine ziemlich lange Zeit dauern wird, dass wir jetzt noch über Weihnachten und auch im nächsten Jahr noch lange mit den gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu kämpfen haben werden, die aus dieser Pandemie folgen.

Was braucht man in einer solchen Situation – neben Vertrauen in die Zukunft und Vertrauen in die Wissenschaft, in den Fortschritt, den die Medizin macht, aber auch in die Erkenntnisse, die wir über die Pandemie haben? Was wir immer brauchen, ist Vertrauen in unsere gemeinschaftliche Kraft. Diese gemeinschaftliche Kraft verschafft uns die Möglichkeit, durch diese Krise zu kommen. Das ist das, was dieser Haushalt symbolisiert. Er zeigt: Dies ist ein Land, das stark genug ist, auch eine solche Herausforderung zu bewältigen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Ich bin deshalb den Abgeordneten sehr dankbar, dass sie mit der ganzen Arbeit, die in den letzten Wochen und Monaten geleistet wurde, und mit den Beratungen, die in dieser Woche stattgefunden haben, die Voraussetzung dafür geschaffen haben, dass wir mit diesem Haushalt das Signal aussenden: Wir haben die Kraft, das, was im nächsten Jahr erforderlich ist, zu tun. 180 Milliarden Euro zusätzliche Kreditaufnahme ist sehr, sehr viel Geld. Aber es ist auch ein Symbol und ein Zeichen dafür, dass man auf die Gemeinschaft vertrauen kann. Lasst uns das gemeinsam hier aussprechen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Ich bin dankbar für die Beratung und will bei dieser Gelegenheit all denjenigen Dank sagen, die in den Abgeordnetenbüros mit den Abgeordneten zusammen mitgeholfen haben. Ich will den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bundesministerium der Finanzen und in den anderen Ministerien Dank sagen. Ganz besonders möchte ich auch meiner Parlamentarischen Staatssekretärin Bettina Hagedorn danken, die immer für die guten Gespräche zwischen den Abgeordneten und dem Ministerium sorgt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Dank, der hier so oft ausgesprochen wird und begründet ist, ist in dieser Situation ganz besonders begründet. Natürlich wäre die Situation eine ganz andere, wenn wir in einer solchen Lage kein Vertrauen schaffen würden, weil wir selber durcheinandergeraten, weil wir zu aufgeregter über all das diskutieren, was ist. Dass man

**Bundesminister Olaf Scholz**

- (A) besonnen und klug berät, dass man sehr sorgfältig überlegt, was zu tun ist: Das ist genau das, was wir in dieser Situation brauchen.

Deshalb sage ich: Wir werden noch vor großen Herausforderungen stehen. Wir werden noch manche schwierige Entscheidung treffen müssen. Aber der Haushalt legt die Grundlage dafür, dass jeder darauf vertrauen kann, dass wir die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Hilfen bereitstellen, damit wir gemeinsam gut durch diese Krise kommen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen bin ich froh, dass wir, während wir hier sitzen und beraten, wissen, dass es auch in Europa gelingt, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Das war nicht einfach. Ich glaube, man kann sagen: Das hätten viele nicht gedacht, dass wir in Europa eine koordinierte solidarische Antwort auf die Coronakrise geben.

Ich stimme mit der Abgeordneten Hajduk völlig überein: Ja, es ist wichtig, dass wir nicht nur an uns denken, sondern auch daran, dass Europa gemeinsam handeln kann. Das ist das Zeichen, das mit dem Wiederaufbaufonds verbunden ist. Wenn jetzt im Rat der Weg für den Haushalt des nächsten Jahres freigemacht worden ist, dann ist das eine Grundlage dafür, dass es eine gemeinsame europäische Antwort auf die Krise gibt. Sie ist notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Eckhardt Rehberg [CDU/CSU])

- (B) Deshalb bleibt die Botschaft: Wir können zusammenhalten. Wir können stark sein. Wir haben ein leistungsfähiges Gemeinwesen. Natürlich müssen wir dafür Sorge tragen, dass dieses leistungsfähige Gemeinwesen auch solidarisch in dem Sinne ist, dass die Gesellschaft zusammenhält. Wenn eine solche Kraft mobilisiert wird, dann darf es eben nicht so sein, dass die einen denken, dass nur an die anderen gedacht worden ist. Das gilt dann nicht nur für diese Krise. Das, was wir hier an Kraft mobilisieren, darf nicht verloren gehen, wenn die Krise zu Ende gegangen ist. Das muss aufrechterhalten bleiben, wenn wir über die Zukunft diskutieren.

(Peter Boehringer [AfD]: Also dauerhaft schön! – Dr. Alice Weidel [AfD]: Unerträglich!)

Deshalb sage ich an dieser Stelle ausdrücklich noch mal: Es muss auch fair und gerecht zugehen,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Natürlich! Dauerhafte Verschuldung!)

wenn es darum geht, die Lasten dieser Krise zu schultern,

(Peter Boehringer [AfD]: Amen! – Gegenruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD]: Genau!)

wenn es darum geht, den Wiederaufbau in Deutschland zustande zu bringen und die Zukunftsaufgaben zu schultern.

(Beifall bei der SPD – Dr. Alice Weidel [AfD]: Der Wahnsinn! – Peter Boehringer [AfD]: Was für ein Pathos hier!)

(C) Letzte Bemerkung. Trotz all der Krise ist es immer wichtig, an die Aufgaben der Zukunft zu denken. Dass in Europa nicht nur über den mehrjährigen Finanzrahmen diskutiert wird, sondern eben auch über den Klimaschutz, ist ein wichtiges Zeichen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Und Kuba! Jetzt fehlt nur noch Argentinien!)

Dass dieser Haushalt Weichenstellungen beinhaltet, was die Aufgabe betrifft, wie wir den menschengemachten Klimawandel aufhalten können,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Jetzt kommt das noch!)

was die Aufgabe betrifft, wie wir Deutschland technologisch so aufstellen können,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Jawoll!)

dass wir auch in 10, 20 und 30 Jahren noch gute Arbeitsplätze haben, dass wir dafür sorgen, dass wir auch in Fragen der Digitalisierung mit vornean diskutieren und handeln können,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Jawoll! Ganz weit vorne!)

das ist ein gutes Zeichen.

Ich glaube, der Haushalt ist ein gelungenes Paket,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Sie können es nicht!)

eine Gemeinschaftsleistung dieses Hauses,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Jawoll!)

aber auch eine Gemeinschaftsleistung,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Eine Glanzleistung!)

die für unser Land steht, das in so schwieriger Zeit zusammenhält.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Danke schön. – Das Wort hat Herr Dr. Harald Weyel von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Harald Weyel (AfD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebes Publikum! Seit Monaten sehen wir von der Regierungsbank den erhobenen Zeigefinger und hören die mahnenden Worte, die uns zur Vernunft bringen sollen. Dann legen Sie hier einen Haushalt vor, der nichts, nicht das Geringste mit Vernunft und Disziplin zu tun hat. Im Gegenteil: Dieser Haushalt ist ein Produkt einer durch die Regierung ausgelösten Massenpsychose, der sie nunmehr selbst zum Opfer gefallen ist.

(Beifall bei der AfD – Thomas Jurk [SPD]: Was? Blödsinn!)

Der Haushalt ist eine Operation am offenen Herzen der sozialen Marktwirtschaft,

**Dr. Harald Weyel**

- (A) (Ulli Nissen [SPD]: Sie sollten sich schämen!  
Wir haben 600 Tote!)

der Grundlage unseres Wohlstands. Aber er ist noch weit mehr: Er ist ein Experiment am Menschen, ein Experiment, dessen Notwendigkeit mit ebenso irreführenden wie irrelevanten Coronastatistiken begründet wird.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Widerlich!)

Die Blaupause der irrationalen Herangehensweise an nahezu jedwedes Thema liefert hierbei die Klimasonderschule. Hier versteigt man sich in wissenschaftlich unbegründbare Kapriolen einer Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik, die Wirtschaft und Verkehr zunehmend zum Erliegen bringt und obendrein noch Landwirtschaft, Landschaft und Umwelt ruiniert.

Warum können Sie seelenruhig einen solchen Haushalt einbringen und müssen außer dieser Debatte kaum Kritik fürchten? Weil die Massenhysterie alle Jahre wieder durchexerziert wird

(Ulli Nissen [SPD]: Was ist mit den 600  
Toten?)

und mit dem diesjährigen Neutronenbombenthema Corona nur auf neue Spitzen getrieben wird. Die Angst wird durch geradezu irre Fallzahlkonstruktionen jenseits relevanter Hospitalisierungs- und Sterblichkeitsraten erzeugt, die in einer 24-Stunden-Bepeitschung durch Staatsmedien und gekaufte Privatmedien in die Köpfe der Wähler eingehämmert werden.

- (B) (Beifall bei der AfD – Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gehen Sie mal in ein Krankenhaus! – Ulli Nissen [SPD]: Glauben Sie selbst, was Sie hier sagen?)

Die Brechung des freien Volkswillens durch Informationsunterdrückung und mittelalterliche Endzeitszenarios erleichtert aber auch ungemein die Ausrufung eines neuen Staatsziels, nämlich die Massenimpfungen nach Lobbygusto. Angesichts des vermeintlich drohenden Weltuntergangs mag nämlich keiner mehr über die Kosten reden, die diesen Untergang angeblich abwenden.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Wie viele Infizierte hat denn die AfD-Fraktion? Wissen Sie das? Wie viele Ihrer Kollegen sind infiziert? – Zuruf der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

In EU-topia steigen die Grundkosten von derzeit über 32 Milliarden Euro schon im nächsten Jahr auf fast 43 Milliarden Euro. Diese Summe, so wird suggeriert, sei eine Art Versicherung. Nun: Wenn EU-Europa eine Versicherung ist, dann eine schlechte, die keinen wirklichen Leistungsfall kennt, sondern nur Vertragsbruch und unverschämte Prämien erhöhungen ohne vernünftiges Preis-Leistungs-Verhältnis.

(Beifall bei der AfD)

Und wenn es ein Sicherheitskaufhaus ist, dann eines, was noch nie das geliefert hat, was man bestellte. Was man bekommt, sind wertlose Gutscheine und Empfehlungen für Produkte, die nur in der Fantasie existieren.

Wer lang genug dabei ist und als Beobachter eine Lernkurve hat, der müsste den Schwindel doch längst durchschaut haben. (C)

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Was wissen Sie schon von Lernkurven!)

Aber wie bei allen schlechten Produkten erzeugen gerade die eiskalten Nepper, Schlepper und Bauernfänger, die Berufseuropäer der Altparteien ganz EU-Europas seit Jahrzehnten daraus ihren schäbigen Profit, notfalls auch auf Kosten der eigenen Leute.

(Beifall bei der AfD)

Wenn erst die letzten deutschen Autos in China und sonst wo gebaut werden, wird man hierzulande feststellen, dass man allein von Klimazertifikaten nicht leben kann. Möge all dies den Betreibern von Deindustrialisierung, Steuergeldexport und pseudointernationalisierter Moralhysteriepolitik gerade noch rechtzeitig nicht auf die Füße, sondern auf die bürokratischen Wasserköpfe fallen.

(Beifall bei der AfD)

Nur mit der Alternative für Deutschland kann ein Neustart für Deutschland gelingen. Der Haushalt zeigt, wie sehr der nottut.

(Mechthild Rawert [SPD]: Ekelhaft! – Ulli Nissen [SPD]: Sie sollten sich schämen! – Anke Domscheit-Berg [DIE LINKE]: Mir ist schlecht!)

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Der Redner verlässt das Rednerpult ohne Mund-Nase-Bedeckung – Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Maske! – Ulli Nissen [SPD]: Maske! – Gegenruf des Abg. Otto Fricke [FDP]: Jetzt lasst ihn doch mal! Das passiert doch hier jedem mal! – Weiterer Gegenruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD]: Herr Scholz setzt sie doch auch nie auf!)

(D)

#### **Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Das Wort geht an den Abgeordneten Christian Haase von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

#### **Christian Haase (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Wochen haben wir viel über die Ausgestaltung des Weihnachtsfestes gesprochen. Nun steht der dritte Advent bevor, und das Fest der Geburt Christi, der Liebe und der Familie rückt näher. Dieses Jahr werden wir das Fest allerdings in gemeinsamer Verantwortung anders feiern. Wenn ich an die Weihnachtsfeste der Vergangenheit zurückdenke: Da versammelt sich die Familie, da versammeln sich Jung und Alt. Weihnachten ist das Fest der Generationen. Meist finden die kleinsten Familienmitglieder in den ältesten die größten Fans. Alles jubelt und trubelt im Wohnzimmer um den Weihnachtsbaum, und unter dem Baum steht die Krippe mit Ochs und Herdenschutzesel.

**Christian Haase**

- (A) (Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der war gut! – Thomas Ehrhorn [AfD]: Ist das peinlich!)

Meine Damen und Herren, was hat das mit Haushaltspolitik zu tun? Eine ganze Menge, meine ich. Denn wenn wir als Eltern oder Großeltern, die wir hier im Parlament Verantwortung übernehmen, unseren Job ernst nehmen, dann muss uns genau dieses Bild der Generationen Ansporn und Verpflichtung für eine solide und generationengerechte Haushaltspolitik sein.

Es ist richtig, dass wir in dieser Zeit mit den Coronahilfen zu unseren Selbstständigen und deren Arbeitnehmern stehen. Wir wollen nach der Coronawelle keine Pleitewelle. Aber ich sage auch: Die Coronahilfen können in der bisherigen Form nicht ewig so weitergehen. Was im November und Dezember gerade noch vertretbar ist, können wir nicht unbegrenzt fortsetzen. Wir müssen zielgenauer werden – und das in gemeinsamer Verantwortung mit den Ländern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Debatte brauchen wir jetzt und nicht erst im neuen Jahr. Sonntag ist da vielleicht eine gute Gelegenheit, Herr Finanzminister.

Meine Damen und Herren, dem guten Wirtschaften der unionsgeführten Bundesregierung haben wir die Spielräume für solidarische Hilfen zu verdanken. Deshalb ist eine Lehre der Krise, dass die Einführung der Schuldenbremse richtig war.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Linken Forderungen, die Schuldenbremse jetzt abzuschaffen, wo sie sich doch gerade bewährt, erteilen wir eine klare Absage.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Schade eigentlich!)

Wir wollen möglichst schnell diesen Ausnahmefall beenden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wir wollen Investitionen ins Gemeinwohl! – Peter Boehringer [AfD]: Deshalb haben Sie ihn zum dritten Mal verlängert!)

Denken wir daran: In der Summe lasten wir den nächsten Generationen mit diesem Haushalt einen bedrohlichen Schuldenberg auf. Wir müssen schon jetzt an diejenigen denken, die diese Schulden wieder zurückzahlen müssen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Ja!)

Wir sollten uns keine Illusionen machen. Der Druck zur Haushaltskonsolidierung wird in den nächsten Jahren gewaltig sein.

(Otto Fricke [FDP]: Ja!)

Die Tilgung der Neuverschuldung 2021 in Höhe von 180 Milliarden Euro soll über 17 Jahre ab 2026 erfolgen, und das zusätzlich zu den außerordentlichen Schulden

dieses Jahres. Im Klartext: Bis 2043 werden wir diese (C) Schulden abstottern, und das mit zweistelligen Milliardenbeträgen jedes Jahr.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Bei Negativzinsen auf Staatsanleihen!)

Allerdings bedeutet Generationengerechtigkeit ja nicht, dass wir prinzipiell keine Schulden machen oder gar kein Geld mehr ausgeben.

(Otto Fricke [FDP]: So ist es!)

Es kommt darauf an, wofür wir das Geld im Bundeshaushalt ausgeben.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Für Zukunftsaufgaben, für Forschung und Entwicklung und gute Infrastruktur –

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Davon sind wir weit entfernt!)

ja, dafür müssen wir Geld bereitstellen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ach so!)

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind solche Zukunftsthemen. Als Berichterstatter für den Haushalt des Bundeslandwirtschaftsministeriums habe ich hier vor allem den Wald im Blick.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Aha!)

Der Wald ist ein Schlüsselfaktor in unserer Klimapolitik. Allerdings haben Dürre, Sturm und Schädlinge den Wald in den letzten Jahren deutlich geschädigt.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Und Windräder!)

(D)

Umso wichtiger sind unsere Förderprogramme für den Wald, etwa in der GAK. Die starke Nachfrage zeigt, wie groß die Not an dieser Stelle ist. Im parlamentarischen Verfahren haben wir die Mittel für die Fachagentur Nachhaltende Rohstoffe und den Waldklimafonds daher erhöht.

Ich unterstütze auch die Forderung, dem Wald aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe eine Prämie zu gewähren. Denn der deutsche Wald speichert jährlich 58 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Dazu kommen positive Substitutionseffekte in gleicher Höhe durch die Nutzung von Holz als Energieträger oder im Holzbau. Diese Klimaleistung des Waldes müssen wir anerkennen, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Dr. André Berghegger [CDU/CSU] und Carina Konrad [FDP])

Daneben stehen auch große Fortschritte beim Zukunftsthema schlechthin, der Digitalisierung, an. Das zieht sich durch alle Haushaltspläne des Bundeshaushalts: Digitale Schiene Deutschland, DigitalPakt Schule, digitale Experimentierfelder in der Landwirtschaft,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Genial!)

Förderung von Quantencomputing und künstlicher Intelligenz.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Hauptsache nicht Rechtschreibung und Mathe!)

Wo heute noch der Herdenschutzesel seinen harten Dienst verrichtet, vertreibt morgen schon ein Roboter hungrige Wölfe.

**Christian Haase**

(A) (Dr. Alice Weidel [AfD]: Ein Roboter also!)

All das ist gut und richtig. Nicht bei den Investitionen in die Zukunft, sondern bei den konsumtiven Ausgaben müssen wir genauer hinschauen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: So, so!)

Denn der demografische Wandel wirft seine Schatten voraus. Immer weniger Erwerbstätige kommen auf einen Rentenbezieher. Immer höhere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt dienen der Deckung der sozialen Sicherungssysteme.

Die Wirtschaftsweisen machen uns immer wieder auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen aufmerksam. Auch die Tragfähigkeitsberichte des Bundes selbst zeigen uns hier steigenden Handlungsbedarf. Die aktuellen Berichte weisen eine Tragfähigkeitslücke von bis zu 3,8 Prozent des BIP auf. Die nächste Legislaturperiode muss daher von einer Haushaltskonsolidierung geprägt sein,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Durch mehr Einnahmen, nicht durch weniger Ausgaben!)

nachdem wir die Pandemie hoffentlich überstanden haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr Ausgabenkritik ist angesagt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nein!)

(B) Und wenn uns der Bundesrechnungshof mahnt, der Bund müsse sich stärker auf die eigenen Aufgaben konzentrieren, dann ist das richtig. Der Bund kann nicht weiter Ausfallbürge für Versäumnisse der Länder sein, zum Beispiel bei der Kommunalfinanzierung. Mit Spannung erwarte ich das Urteil des Verfassungsgerichtshofes am 16. Dezember zu den Fehlentwicklungen in Rheinland-Pfalz.

Der Bund muss sich gerade in dieser Frage keine Vorwürfe machen. Im Bundeshaushalt 2021 stehen rund 65 Milliarden Euro mit direktem oder indirektem kommunalen Bezug zur Verfügung, 5,5 Milliarden Euro mehr als im Haushaltsjahr 2020 und über 22 Milliarden Euro mehr als 2019. Mit dem Coronakommunalpaket im Sommer haben wir gezeigt: Wir stehen auch in Krisenzeiten an der Seite der Kommunen. Kostenübernahmen bei der Grundsicherung im Alter oder den Kosten der Unterkunft entlasten Kommunalhaushalte strukturell, langfristig und nachhaltig.

Meine Damen und Herren, das Haushaltsjahr 2021 wird leider nicht besser für die Kommunen. Durch den Teil-Lockdown sind weitere Steuerausfälle zu erwarten. Aber ich will es wiederholen: Die Länder müssen hier ihre finanzielle Verantwortung wahrnehmen. Der Anspruch auf eine auskömmliche kommunale Mindestausstattung in Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz ist keine Prosa, sondern Rechtsanspruch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

Liebe Eltern, liebe Großeltern, liebe Tanten und Onkel, liebe Enkelkinder, Nichten und Neffen, erlauben Sie mir zum Abschluss dieser Haushaltswoche noch einen per-

(C) sönlichen Impuls. Unsere Politik muss vom christlichen Menschenbild geleitet sein. Daher sind solide Staatsfinanzen gelebte Generationengerechtigkeit. Lassen Sie uns doch dieses Weihnachtsfest, das ganz anders sein wird als alle anderen zuvor, einmal als Chance begreifen. Lassen Sie uns aus der Not eine Tugend machen. Lassen Sie uns im kleinsten Kreis, so wie damals in Bethlehem an der Krippe, feiern – nur der kleinste Kreis, das Herz der Familie. Weihnachten ist eigentlich kein Fest von Glanz und Gloria. Es ist ein besinnliches Fest. Erinnern wir uns daran!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Vielen Dank. – Das Wort geht an Herrn Otto Fricke von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Otto Fricke (FDP):**

Geschätzte Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Trotz der kurzen Redezeit will ich doch eine Minute für Dank verwenden. Ich sage gerne in Richtung des Sekretariats, weil ich das, wie Gesine Löttsch, noch aus alten Zeiten kenne: 1 800 Anträge und ein bisschen mehr in diesen Haushaltsberatungen – das alles so richtig hinzubekommen, war, weil wir eben bei der Digitalisierung noch nicht ganz so weit sind, eine harte Arbeit. (D) Danke, dass ihr das gemacht habt! Das muss man ausdrücklich noch mal sagen.

(Beifall im ganzen Hause)

Auch wenn jetzt einige fragen werden: „Warum sagt der das?“, will ich mich ausdrücklich beim stellvertretenden Vorsitzenden und beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses dafür bedanken, dass sie diese 17 Stunden so ordentlich durchgebracht haben, dass wir diese Massenaufgabe, die wir hatten, hinbekommen haben, ohne dass an der Stelle Fehler und Ähnliches mehr passiert sind. Das ist schon eine Aufgabe, die nicht einfach ist, aber die ihr beiden – das darf ich mal sagen – wirklich gut gemacht habt. Danke dafür!

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der AfD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich muss mich noch bei einem bedanken: Ecki. Ich hätte eigentlich gerne nach dir geredet, um mich zu bedanken; aber ich tue das jetzt hier. Ich sage für alle: Du bist der, der bei aller Kritik immer wieder für diesen Haushalt steht, und du bist der, der als Puffer am meisten aushalten muss, wenn es darum geht, dass das, was du als Haushalter eigentlich willst, nicht das ist, was manche in deiner Fraktion – zu viele in deiner Fraktion – wollen und was insbesondere die Regierung will. Insofern kommt der Dank nicht nur von meiner Seite, sondern, wie ich denke, von allen; denn es ist dein letzter Haushalt!

Otto Fricke

- (A) (Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der AfD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, aber dennoch: Kritik muss sein, und Kritik ist auch notwendig; denn Kritik ist das, was uns voranbringt. Es ist, wenn wir in wenigen Minuten den Haushalt verabschieden, ein Rekordhaushalt, ein Rekordverschuldungshaushalt, der mit dem letzten zusammen die Grenze von 1 Billion Euro überschreitet. Es ist aber ein Haushalt, der – und das muss man sehen – in einer Notsituation entstanden ist, und das wird auch nicht von meiner Fraktion bestritten. Nur gelten in einer Notsituation doch zwei Dinge: Erstens kann ich mich nicht verschulden, wie ich Lust und Laune habe. Zweitens muss ich in einer Notsituation auf Dinge, die im normalen Alltag notwendig sind, verzichten. – Dieses Verzichten fällt großen Teilen dieses Hauses sehr schwer. Daher sind wir bei dieser übermäßigen Verschuldung, die die FDP mit ihren Vorschlägen um 100 Milliarden Euro reduziert hätte.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will das auch noch mal sagen: Es wird hier immer in den ganzen Einzelplandebatten so getan – und ich habe hier in dieser Woche lange gegessen, so wie viele andere haushaltspolitische Sprecher und viele andere Mitglieder des Haushaltsausschusses auch –, als gäbe es in diesem Land den Glauben: Alles, was wir machen, ist richtig, überall noch ein bisschen dazu, hier noch was, da noch was, es geht doch eigentlich, ist doch nur eine kurze Unterbrechung. – Dieses Land, die ganze Welt, die Menschheit ist nur dadurch groß geworden, dass sie neue Ideen hatte, weil es Knappheit gab,

(B)

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Genau!)

dass sie neu überlegt hat, wie man vorankommt und für sich, für andere im Rahmen sozialstaatlicher und wirtschaftlicher Maßnahmen etwas tun kann. Das machen Sie nicht, indem Sie sagen: Das Alte einfach noch mal und noch ein bisschen drauf und noch neue Leistungen – so kommen wir gut durch die Krise. – Nein, so werden Sie vielleicht noch bis ans Ende der Krise kommen, aber ab dann ist – in Anführungszeichen – das Grauen groß.

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat hier eine – na, ich will es mal so sagen – interessante Rede gehalten. Aber man muss ja bei ihm immer aufpassen, was er nicht sagt.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Steuerflucht, Steuerhinterziehung!)

Das ist das Wichtige. Und was erkennbar war: Er hat sich zur Schuldenbremse nicht geäußert. Und er hat ja auch schon seinen Haus- und Hofvolkswirt äußern lassen, dass im Jahre 2022 die Schuldenbremse nicht einzuhalten sei, die wahrscheinlich irgendwo zwischen 10 und 30 Milliarden Euro Neuverschuldung erlaubt. Und ich habe auch genau gemerkt, Herr Minister, dass es bei Ihnen überhaupt kein Thema mehr ist, zu sagen: Wir wollen die Schuldenbremse 2022 einhalten. – Das interessiert gar nicht.

(C) Ich habe gemerkt, dass leider auch bei der Union niemand den Satz gesagt hat – ich wäre froh, wenn einer der Nachredner, vielleicht du, Ecki, es nachholen könnte –: Wir *werden* die Schuldenbremse 2022 einhalten. – Das war ursprünglich mal der Satz, und dann wurde daraus: Wir *wollen* ... – Der feine Unterschied ist da auch bei der CDU/CSU schon erkennbar.

Das, Herr Scholz, sage ich Ihnen ganz deutlich, wenn es um die Schuldenbremse geht: Die Wahrheit kommt noch vor der Wahl, und wenn Sie den Entwurf des Haushaltes vorlegen, dann können Sie nicht Kanzlerkandidat sein, sondern müssen Finanzminister sein. Und ich warne Sie im Interesse der nachfolgenden Generationen davor, dann wieder mit sogenanntem finanzpolitischem Handlungsbedarf im Umfang von 42 Milliarden Euro zu kommen. Wissen Sie, was das übersetzt heißt?

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Wie hoch ist der bei euch?)

„Finanzieller Handlungsbedarf“ bedeutet:

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Otto, diese Rücklage, die dann weg ist, wie hoch ist die bei euch? 50 Milliarden, 60 Milliarden?)

Ich weiß nicht, woher ich das Geld nehmen soll, ich stelle das jetzt mal ein. – Das ist kein Generationenvertrag, das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP- Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Wie viel ist es bei euch?)

(D) Meine Damen und Herren, zum Schluss die Position der FDP. Das Interessante ist an dieser Stelle: Wir werden das anders machen; denn wir kommen von einem ganz anderen Niveau, lieber Carsten Schneider, weil wir eben nicht ständig neue, zusätzliche Ausgaben tätigen. Das ist der Unterschied.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Nee, ihr verpulvert die Rücklage!)

Zum Schluss. Die „FAZ“ sagt heute sehr schön in einem Kommentar zu der Frage der Haushaltspolitik das, was Herr Schneider nicht gerne hört:

Nur die FDP bemüht sich um Vorschläge, die den Schutz der Gesundheit und der Wirtschaft mit dem Schutz öffentlicher Kassen besser zusammenbringen sollen. Das ist der richtige Ansatz für das zweite Pandemiejahr.

Man könnte es aber auch einfach sagen: Die FDP ist der einzige Herdenschutzesel für Wirtschaft, Gesundheit und Generationenvertrag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Peter Boehringer [AfD] – Bettina Stark-Watzinger [FDP]: Die sind sehr leistungsfähig, die Esel, habe ich gehört! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die FDP ist ein Esel, habe ich jetzt verstanden!)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Tobias Lindner von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler**

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Tobias Lindner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir beraten hier einen Bundeshaushalt in Ausnahmeweiten. Als Teil der Opposition hat meine Fraktion in den vergangenen Monaten dieser Krise immer wieder in der Sache entschieden und – das wissen Sie auch – bei der Beratung der beiden Nachtragshaushalte hier in diesem Hohen Haus nicht auf plumpe Opposition gesetzt. Aber wenn man sich den Bundeshaushalt für 2021 anschaut, dann wird man feststellen, wie es hier ja schon Vorredner gesagt haben: Er enthält so manche Eselei, nicht nur Herdenschutzesel, sondern auch Maulesel, beispielsweise – ich schaue die Kollegin Dr. Gesine Lötzsch an, die hier von diesem Pult viel über Aufrüstung spricht – beim Thema Bundeswehr.

Es mag manche Eselei in diesem Haushalt sein. Aber wenn man sich dann die Frage stellt: „Ist er wirklich eine Antwort auf die Fragen der Zukunft, die auch im kommenden Jahr vor uns liegen?“, dann muss man feststellen: Dieser Haushalt 2021 greift deutlich zu kurz, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) Es geht doch nicht nur darum, ob man aus der Krise herauskommt, sondern wir müssen auch die Frage stellen: Wie kommen wir denn aus dieser Krise gestärkt heraus? In den letzten Stunden ihres Gipfels hat die EU richtigerweise ihre Klimaschutzziele noch einmal verschärft. Es wäre jetzt an uns, an der Bundesregierung, an Deutschland, hier klare Angebote zu machen und voranzugehen. Wir müssen uns doch die Frage stellen: Machen wir wirklich genug im Bereich der Digitalisierung, nicht nur was den Breitbandausbau betrifft, sondern beispielsweise auch bei der Digitalisierung der Dienstleistungen des Bundes? Wir müssen uns die Frage stellen: Machen wir wirklich genug für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland mit diesem Haushalt? Nein, meine Damen und Herren, was Sie hier liefern, sind nette Überschriften, aber keine Antworten auf diese drängenden Fragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Scholz, um es klar und deutlich zu sagen: Es geht doch nicht darum, dass Sie Schulden machen. Da haben Sie uns an Ihrer Seite. Auch wir erkennen diese Notwendigkeit an. Aber es geht darum, wofür wir Schulden aufnehmen und wie wir das Geld ausgeben. Wenn ich sehe, dass Novemberhilfen erst im Januar ausgezahlt werden sollen, dass in dieser Woche ruckartig eine Abschlagszahlung hinterherkommt, dass für Soloselbstständige noch immer nicht genug getan wird, dass wir zwar vielen Menschen – meine Kollegin Frau Hajduk ist darauf schon eingegangen – mit einer Umsatzerstattung helfen, dass wir aber an vielen anderen Stellen überhaupt nicht zielgerichtet fördern, dann muss ich feststellen: Sie nehmen zwar Schulden auf, geben aber das Geld nicht zielgerichtet aus, Herr Scholz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Um in Ihrem eigenen Bild zu bleiben: Sir haben am Anfang dieses Jahres gesagt: Wir packen jetzt die Bazooka aus. – Wenn Sie aber die Bazooka auspacken, dann dürfen Sie nicht im Streufeld auf alles Mögliche zielen. Dann müssen Sie auch zielgerichtet vorgehen, Olaf Scholz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzter Punkt. Hier wurde viel über die Schuldenbremse fabuliert. Kollege Haase, ich war vorhin versucht, die entsprechende Bibelstelle zu finden, als Sie vom christlichen Menschenbild und von der Schuldenbremse sprachen.

(Otto Fricke [FDP]: Für dich: Unter „Sprüche“!)

Wir brauchen bei allem Dissens in der Sache, wie wirksam dieses Instrument in der Vergangenheit war, doch eine vernünftige Antwort darauf, wie es uns in den kommenden zehn Jahren gelingen kann, zielgerichtet – nicht nach dem Gießkannenprinzip – Investitionen der öffentlichen Hand in die Zukunftsfelder Klima, Digitalisierung, Zusammenhalt zu tätigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darauf bieten Sie keine überzeugende Antwort mit diesem Haushalt und mit Ihrer Haushaltspolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser Debatte wären viele gern Herdenschutzesel gewesen, auch mein Vorredner von der FDP. Herr Scholz, Sie haben die Kanzlerkandidatur vor sich; ich glaube, Sie werden auch das versuchen. Ich habe den Eindruck: Viele hier – auch von der Großen Koalition – sind doch eher Meister Lampe, der sich in die Büsche schlägt, wenn es wirklich gefährlich und kritisch wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wen meint er denn?)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Das Wort geht an die Abgeordnete Doris Barnett von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Doris Barnett** (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zunächst einmal gilt bei dem letzten Haushalt, den ich mitzuverantworten habe – die Grundsätze des nächsten Haushalts könnte ich auch noch ein bisschen mitbestimmen –, mein Dank dem Sekretariat, unseren Mitarbeitern, aber auch besonders dem Finanzminister und seinem Haus. Wir haben hier, glaube ich, etwas Gutes geschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Aber mein Dank gilt auch Dennis Rohde, unserem haushaltspolitischen Sprecher, der den Haushalt, den er erstmalig in dieser Position zu verantworten hat, gut zusammengehalten hat, halt wie ein guter Herdenschutzesel.

**Doris Barnett**

- (A) (Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt lassen Sie mich aber wenigstens noch ein paar Worte auf die rechte Seite des Hauses verschwenden. Wenn das Coronavirus nicht so tödlich wäre, könnte man die Beiträge der AfD als Satire betrachten und vielleicht sogar darüber schmunzeln. Das Schlimme ist aber: Sie meinen alles, was Sie hier plappern, ernst. Selbst der beste Herdenschutzesel schützt Sie nicht davor. Denn Sie überprüfen Ihren Sermon nicht auf Seriosität und wissenschaftliche Haltbarkeit, im Gegenteil.

Deswegen verwundert es mich auch nicht, dass Sie vorgestern von hier aus noch mal ganz kräftig den Herrn Trump unterstützt haben. Offensichtlich haben Sie mit Demokratie nicht viel am Hut.

(Ulli Nissen [SPD]: Das stimmt!)

Ihr Ding ist dann eher die Autokratie, und autokratisch regierte Länder sind ja für Sie sowieso ein beliebtes Reiseziel. So waren Sie erst vor Kurzem wieder in Russland, und auch auf die Krim fahren Sie nach wie vor. Sie gehen zu Herrn Assad. Wahrscheinlich holen Sie sich dort nicht nur Anregungen. Ich vermute: Sie würden, wenn Sie könnten und dürften, wahrscheinlich eine Mauer um Deutschland bauen und dann einen hervorragenden Haushalt aufbauen, weil Sie dann keinen Außenhandel haben usw.

- (B) Lassen Sie mich aber auf unseren Haushalt zurückkommen. Der Haushalt ist wirklich gut. Es ist ein Rekordhaushalt – das stimmt –, aber wir erleben auch eine ungewöhnliche Zeit, in der viele Menschen sterben. Wir haben schon über 20 000 Tote in unserem Land. Da darf man nicht kleckern. Da muss man sich etwas trauen. Unser Finanzminister hat sich etwas getraut, und ich bin froh, dass er das gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Er hat viel Geld in die Hand genommen für die Menschen in unserem Land, für die Familien, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Unternehmer. Natürlich muss er auch Unternehmen schützen. Wie sonst sollen denn Arbeitsplätze erhalten bleiben? Man kann natürlich sagen: Hauptsache, die Arbeitnehmer und die Rentner haben etwas. – Aber wenn die Firmen kaputt sind: Wo sollen die Menschen dann arbeiten gehen? Also bitte!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist wichtig, dass auch die Kommunen unterstützt werden, und – meine Vorredner haben das ja schon ausgeführt – das tun wir. Wir lassen die Kommunen nicht im Stich. Aber die Länder müssen ihren Beitrag auch dazu leisten.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Eckhardt Rehberg [CDU/CSU])

Es ist gut, dass wir jetzt in Europa einheitliche Regelungen haben und dass Geld nach Europa fließt. Es kann nicht sein, dass nur Deutschland mit viel Geld aus der Krise herauskommt. Wir brauchen auch starke Nachbarn. Auch dort müssen die Menschen wieder Hoffnung fas-

sen. Auch dort müssen sie wissen, dass es weitergeht nach der Krise. Wenn wir hier helfen – die Menschen dort sollen ja unsere Waren kaufen –, dann ist das der richtige Weg, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin auch froh, dass wir den Entwicklungsländern, zum Beispiel den Ländern in Afrika, helfen und unsere humanitäre Hilfe großzügig aufgestockt haben; denn dort werden wir zukünftig Menschen brauchen, die uns helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt möchte ich noch einem Bildungsträger ganz herzlich gratulieren, dem wir auch immer viel Geld geben, der es aber auch gut nutzt. Das ist das Goethe-Institut. Das Goethe-Institut ist ausgezeichnet worden als bester digitaler Bildungsanbieter. Das hat doch was.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist eine Institution, die wir unterstützen und die sich auf die neuen Zeiten eingerichtet hat und etwas Gutes bewirkt.

Dieser Haushalt hat die Herausforderungen der Zeit aufgenommen und wird sie auch meistern. Deswegen würde ich mich freuen, wenn Sie ihm auch zustimmen könnten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

#### **Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Ich gebe das Wort an den Abgeordneten Spaniel aus der AfD-Fraktion für eine Kurzintervention.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Auch das noch!)

#### **Dr. Dirk Spaniel (AfD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Kollegin, hier in dieser Debatte kommt ja immer wieder das Wort „Herdenschutzesel“ vor. Es mag eine gute Tradition sein, dass man ein solches Wort verwendet. Der Herdenschutzesel dient einer Herde als Schutz gegen Angriffe von außen. Das, was wir bei diesem Bundshaushalt erleben, ist meiner Ansicht nach etwas völlig anderes. Wir sehen hier einen Bundshaushalt, der aus einer Lockdown-Politik resultiert. Die Menschen in diesem Land vertrauen dieser Regierung, und diese Regierung führt die Menschen in diesem Land in die Irre, und zwar mit einer katastrophalen Wirtschafts- und Überschuldungspolitik. Das haben wir hier identifiziert.

Ich finde, der Ausdruck „Herdenschutzesel“ ist völlig unangemessen. Es gibt einen ganz anderen Ausdruck, der hier angemessen wäre. Dies ist der Ausdruck „Judasziege“. Die Judasziege führt ihre Herde in den Schlachthof. Und genau das passiert in diesem Land. Deshalb bin ich dafür, dass wir diesen Ausdruck hier auch ins Gespräch bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

(C)  
(D)

**(A) Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Frau Abgeordnete, möchten Sie darauf reagieren? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu Herrn Sebastian Brehm, der für die CDU/CSU-Fraktion spricht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Sebastian Brehm (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir verabschieden heute einen der wohl wichtigsten Haushalte in der jüngeren bundesdeutschen Geschichte, neben dem Haushalt zur Finanzkrise zum Beispiel oder dem zur deutschen Wiedervereinigung. Auch dort ging es darum, künftige Weichenstellungen, die in ihrem ganzen Ausmaß noch nicht abzusehen waren, zu beschließen. Und dies gilt auch heute.

Wir befinden uns nach wie vor in einer ernsten Krisensituation, gerade in diesen Tagen. Seit Beginn der Pandemie arbeiten wir unermüdlich mit voller Konzentration und Sorgfalt an der Lösung der großen Herausforderungen, und wir werden dies auch mit aller Kraft weiter tun. Lassen Sie mich drei Punkte ansprechen, die mich im Zusammenhang mit dem Haushalt 2021 bewegen:

Erstens. Dieser Punkt ist etwas allgemeiner. Unser Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus hat am 26. November dieses Jahres zutreffend formuliert: Führung bedeutet eben auch, den anderen etwas zumuten zu können. – Wir haben natürlich versucht, haushalts- und finanzpolitisch unter den gegebenen Umständen das Beste möglich zu machen. Manche Wünsche wurden erfüllt, manche Wünsche konnten aber leider nicht erfüllt werden. Und so ist es auch bei unseren Hilfsmaßnahmen: Das bedeutet, sich diese jeden Tag mit aller Sorgfalt anzusehen, nachzusteuern, zu verbessern, gegebenenfalls auch Fehler zu korrigieren. Wir übernehmen Verantwortung in dieser Zeit wie in keinem anderen Land dieser Erde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens. Betrachtet man einen Staat wirtschaftlich für sich alleine, gibt es aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zwei Möglichkeiten, eine Krise zu kontrollieren: Die erste ist monetär, also geldpolitisch, und die zweite ist fiskalisch, also haushalts- und steuerpolitisch. Im Bereich der Geldpolitik haben wir nur begrenzte Möglichkeiten, unsere Wünsche zu äußern. Das ist gut und richtig; denn die Zentralbank ist unabhängig.

Den Bereich Haushalt und Finanzen haben wir aber fest in unseren Händen. Der Haushaltsausschuss hat in diesem Jahr mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine unglaubliche Arbeit geleistet und hat den Regierungsentwurf noch mal um 85,2 Milliarden Euro aufgestockt. Die Gesamtausgaben des Bundes belaufen sich somit auf knapp 500 Milliarden Euro.

Um diesen fiskalischen Kraftakt zu stemmen, müssen wir knapp 180 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Die Schuldenquote nach den Maastrichter Kriterien steigt von 60 Prozent auf 71 Prozent. Im Vergleich dazu lag sie nach der Krise im Jahr 2008 bei 80 Prozent. Man kann mit Fug und Recht sagen: Die Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren mit der schwarzen Null getroffen haben, waren wichtig für eine solide Haushaltsführung,

und deswegen haben wir jetzt die Möglichkeiten zur Verfügung. Wir müssen aber die schwarze Null weiter fest im Auge behalten. Wir müssen sie ab 2022 wieder in den Blick nehmen, und darüber müssen wir hart diskutieren. (C)

Die Schwerpunkte im Haushalt zeigen aber auch eine klare Handschrift. Wir helfen kurzfristig, aber wir investieren mittel- und langfristig. Kurzfristig helfen wir mit 39,5 Milliarden Euro für die Überbrückungshilfe III, mit den November- und Dezemberhilfen. Es gibt ein großes Hilfspaket: 35 Milliarden Euro für den Covid-19-Vorsorgetitel, das KfW-Sonderprogramm, die Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit zur Finanzierung des Kurzarbeitergeldes.

Im mittel- und langfristigen Bereich treffen wir wichtige Entscheidungen mit 35 Milliarden Euro beim Etat für Gesundheit, zum Beispiel um die Krankenhäuser leistungsfähiger zu machen, neue Impfstoffe zu beschaffen oder auch neue Medikamente gegen Covid-19 zu entwickeln. Wir entlasten die Kommunen, damit weiteres Investitionspotenzial dort verbleibt.

Der Haushaltsausschuss hat die bislang höchsten Investitionen in diesem Haushalt angelegt. Mit 61,8 Milliarden Euro setzt der Staat so starke Investitionspotenziale wie noch nie zuvor:

(Otto Fricke [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Klimaschutz, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Investitionen in Bildung oder unsere Wasserstoffstrategie, Investitionen in den Strukturwandel. Wir müssen für die Zukunft noch mehr in die Ressourcen Mensch und Wissen in Deutschland investieren. Das ist übrigens eine große Chance dieses Haushaltes, und die nutzen wir. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Drittens. Dieser Punkt ist für mich entscheidend: Wie soll es in Zukunft weitergehen? Wie kommen wir gestärkt aus der Krise? Das wurde während der ganzen Woche schon an vielen Stellen betont, und ich will es noch einmal doppelt unterstreichen: Wenn wir die Krise langfristig meistern wollen, schaffen wir das nur durch Wachstum. Wachstum schafft und sichert Arbeitsplätze. Wachstum führt zu mehr Steuern, und Wachstum führt zu mehr Wettbewerbsfähigkeit. Wachstum erreichen wir aber nicht mit mehr Bürokratie, mit mehr Kontrollen, mit mehr Misstrauen oder mit mehr Steuern. Ich nenne hier die Forderung nach einer Vermögensteuer oder einer Vermögensabgabe. Das ist genau die falsche Richtung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was wir brauchen, ist ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft. Vor allem brauchen wir Vertrauen für die Wirtschaft und für die in der Wirtschaft Tätigen. Was wir aber auch brauchen, ist eine dringende Reform der Unternehmensbesteuerung in Deutschland, und hier haben wir als CDU/CSU-Fraktion ein Papier vorgelegt, das genau die Maßnahmen benennt: Maximalbelastung für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, in Höhe von 25 Prozent, damit Investitionen angestoßen werden können, damit investiert werden kann in die Zukunft.

**Sebastian Brehm**

(A) Wir schaffen damit auch mehr Liquidität für die Bekämpfung des Klimawandels, für Digitalisierung und andere Fragen. Wir brauchen eine Verbesserung des Verlustrücktrages, sodass Unternehmen aus eigener Kraft heraus die Krise meistern können. Lieber Herr Kollege Scholz, ich weiß nicht, warum Sie das nicht mit eingebracht haben. Im Februar haben Sie anlässlich einer Veranstaltung „10 Jahre Hamburger Forum für Unternehmensteuerrecht“ gesagt – ich zitiere –:

Wir beobachten die wirtschaftliche Entwicklung sehr genau, um darüber hinaus auch mit steuerlichen Maßnahmen reagieren zu können, wenn es notwendig ist. Notwendig wird das jedoch erst im Falle eines deutlichen und gravierenden Einbruchs der konjunkturellen Entwicklung.

Wann, wenn nicht jetzt, lieber Herr Bundesfinanzminister? Ich weiß nicht, warum Sie sich in dieser Sache verweigern.

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Herr Abgeordneter, haben Sie Lust auf eine Zwischenfrage vom Kollegen Dehm?

**Sebastian Brehm (CDU/CSU):**

Nein, danke.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Sie sind ein lustloser Mensch!)

(B) Und wenn man diesen Vergleich mit der Vermögensteuer zieht, dann muss man, so glaube ich, auch noch mal den Vergleich mit dem heute viel zitierten Herdenschutzesel und mit den Wölfen machen. Wenn Sie Vermögensteuer und mehr Steuern fordern, dann ist das wie der Wolf, der die Herde bzw. die Substanz der Unternehmen angreift. Wenn der Vermögensteuerwolf um die Herde kreist und immer wieder jemanden rausreißt aus der Herde, dann geht die Herde kaputt. Deshalb brauchen wir mehr steuerliche Herdenschutzesel, die laut aufschreien, wenn der Vermögensteuerwolf und der Steuererhöhungswolf durch die Lande ziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Um im Tierreich zu bleiben – wir haben es auch in dieser Diskussion wieder gesehen –: Es gibt leider auch dümmere Esel als den Herdenschutzesel, obwohl man dem Tier wahrscheinlich Unrecht tut. Aber das Bild passt.

(Zuruf des Abg. Alexander Ulrich [DIE LINKE])

Diese dümmen Esel treiben sich an den dunklen und rechten Rändern der Herde rum. Sie schreien laut, verunsichern die Herde, aber sie bewirken nichts. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herde merkt das. Die Herde braucht einen konzentrierten Herdenschutzesel, der die Herde schützt und der ihr auch Sicherheit gibt.

(Heiterkeit der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen das tun, indem wir mit aller Konzentration auch in der Zukunft daran weiterarbeiten.

(Zuruf von der AfD: Mäh!)

(C) Lassen Sie uns die Krise als Chance nutzen – als Chance für mehr Beschäftigung, für mehr Wachstum. Und deswegen lassen Sie uns den Haushalt heute so beschließen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Alice Weidel [AfD]: Was für ein Höhepunkt der Haushaltsdebatte!)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Ich gebe das Wort an den Abgeordneten Dehm für eine Kurzintervention.

**Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):**

Herr Kollege, Sie hätten natürlich die Frage zulassen können; dann hätte ich es auch in Frageform formuliert. So wird es jetzt zum Statement.

Nachdem immer wieder wie gedroschenes Stroh hier die Legende von der schwarzen Null und der Schuldenbremse verbreitet wird – die schon vorher als Ideologie immer im neoliberalen Teil des Parlaments herumgegeistert ist –,

(Otto Fricke [FDP]: Welche? Was?)

wonach eine Rücklage gebildet worden sei, auf die man jetzt zurückgreifen könnte, möchte ich Ihnen einfach nur als Statement – sonst hätte ich es als Frage formuliert – sagen: Durch die Einsparungen, durch die Kürzungen bei den Gesundheitsämtern wurde der Lockdown verschärft. Durch die Einsparung von Schwersttherapie-Pflegepersonal – nicht Betten, aber Pflegepersonal – wurde der Lockdown verschärft. Diese gesamten Maßnahmen, durch die überall dort eingespart wurde, wo wir jetzt an der Belastungsgrenze sind – Sie haben wahrscheinlich auch wie ich das Interview mit dem Chef der Charité gehört –, sind angelegt worden durch die schwarze Null und durch die Schuldenbremse. (D)

Die schwarze Null und die Schuldenbremse haben keine Rücklage erzeugt; sie sind kein Teil der Lösung, sondern sie sind ein Teil der Problemanhäufung. Sie müssen auf Dauer beendet bleiben.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Selten so einen Quatsch gehört!)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Herr Abgeordneter Brehm, möchten Sie reagieren? – Nein, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum nächsten Redner: Dennis Rohde aus der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dennis Rohde (SPD):**

Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten uns vorgenommen – auch mit Blick auf die Pandemie –, die Bereinigungssitzung, die ja immer bis in die frühen Morgenstunden geht, vielleicht etwas zu straffen, um nicht wieder auf so viele Stunden zu kommen. Es ist uns nicht gelungen; mit siebzehneinhalb Stunden war es die längste Bereinigungssitzung, an die sich, glaube ich, alle hier im Saal erinnern können.

**Dennis Rohde**

- (A) Das zeigt aber, dass dieser Haushalt mit seinem Rieenvolumen von 500 Milliarden Euro – mit 180 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme – intensiv diskutiert wurde. Ich finde, das ist so einem Haushalt auch angemessen, und es zeigt, dass dieses Parlament in der Krise handlungsfähig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben jetzt eine intensive Debatte – über die letzten Tage – zu diesem Haushalt hinter uns. Ich dachte eigentlich nach den letzten drei Jahren, man hätte hier alles erlebt. Aber wie offenkundig in jeder Rede einer bestimmten Fraktion Tote, Schwererkrankte billigend in Kauf genommen wurden, wie offenkundig hier Beihilfe zur Masseninfektion betrieben wurde, liebe Kolleginnen und Kollegen, das fand ich unerträglich.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und es ist nicht nur gemeingefährlich nach draußen – wir haben ja gehört: die Zahl der Infizierten in der AfD-Fraktion ist nach dem Bundesparteitag signifikant gestiegen –, Sie sind auch eine Gefahr für die Kolleginnen und Kollegen, die sich hier selbst schützen wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Harald Weyel [AfD])

Wir haben intensiv über den Bundeshaushalt diskutiert. Es ist auch deutlich geworden, dass es unterschiedlichste Vorstellungen zur Ausgestaltung des Haushalts gibt. Ich habe mir sehr intensiv zum Beispiel angeguckt, was die FDP-Fraktion so beantragt hat. Sie schmücken sich ja damit, die Nettokreditaufnahme würde bei Ihnen 100 Milliarden Euro niedriger ausfallen. Sie wollen den Familien in diesem Land das Baukindergeld streichen.

(Otto Fricke [FDP]: Das haben wir schon immer vertreten!)

Sie wollen im nächsten Jahr die Grundrente nicht in Kraft setzen

(Otto Fricke [FDP]: Sondern eine Basisrente!)

und damit bei denen ansetzen, die ihr Leben lang gearbeitet haben; Sie gönnen denen nicht, dass sie mehr bekommen als das, was Sozialhilfe wäre. Sie sind bereit, bei der Mütterrente anzusetzen,

(Otto Fricke [FDP]: Wie immer! Und nur bei der Mütterrente II, wenn Sie ehrlich sind, Herr Kollege!)

und wollen die Gleichstellung von Müttern, die Kinder früh geboren haben, verhindern.

Gleichzeitig wollen Sie die reichsten 5 Prozent dieser Gesellschaft entlasten. Sie wollen eine Politik der Umverteilung von unten nach oben betreiben. Dabei erfahren Sie aber den entschiedensten Widerstand unserer Fraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Otto Fricke [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Otto, ich lasse deine Zwischenfrage nicht zu. Du hast deine Redezeit gehabt. Ich will noch weitergehen.

- (Otto Fricke [FDP]: Du kannst hier nicht Vorwürfe machen und dann so etwas tun! – Gegenruf des Abg. Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Er sagt die Wahrheit!)
- (C)

Für eine Pressemitteilung „Unsere Nettokreditaufnahme wäre 100 Milliarden Euro niedriger als die der anderen“ sind Sie bereit, die 50-Milliarden-Euro-Rücklage einzusetzen und damit dem nächsten Deutschen Bundestag die Chance zu nehmen, die Schuldenbremseregulierung der Verfassung wieder einzuhalten.

(Otto Fricke [FDP]: Ach, ihr wollt nächstes Jahr 50 Milliarden Euro aus der Rücklage nutzen!)

Auch das spricht für sich; das ist Politik, die nicht nachhaltig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Also wollt ihr nächstes Jahr 50 Milliarden Euro aus der Rücklage nehmen!)

Wir haben gesagt – und das ist richtig so –: Die Rücklage, die wir in guter Zeit erarbeitet haben, die nutzen wir in den Jahren 2022, 2023 und 2024, um wieder unter die Schuldenbremseregulierung der Verfassung zu kommen. Das wird eine Anstrengung mit sich bringen; aber wenn man die Rücklage jetzt auf den Kopf haut, dann hat man eben gar keine Chance mehr. Und das ist der Unterschied hier im Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Ich will mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken. Ich möchte mich zunächst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Haushaltsreferats bedanken, die mit uns diese langen, langen Sitzungen vollzogen haben. Ich möchte mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bundesfinanzministerium bedanken. Lieber Olaf Scholz, vielen Dank für die viele Zuarbeit! Insbesondere möchte ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abgeordnetenbüros bedanken, die in dieser Aufzählung schnell zu kurz kommen, und bei denen, die in der Fraktion arbeiten. Wir stehen mit unseren kleinen Teams immer sehr großen Teams in den Ministerien gegenüber, sodass da umso mehr geleistet werden muss. Deshalb auch vielen Dank an all diejenigen, die uns so intensiv in unserer Arbeit unterstützt haben!
- (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Ich möchte zum Ende meiner Rede – es ist mein erster Haushalt, den ich als Sprecher verhandeln durfte – dir, lieber Ecki Rehberg – es war der letzte Haushalt, den du als Sprecher für die Unionsfraktion verhandeln durftest –, ganz ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit danken. Die Kulturwissenschaftlerin Jutta Person hat einmal gesagt: Im Grunde kann man vom Esel das Neinsagen lernen. – Jetzt würde ich, anders als die Kollegin Doris Barnett, dich nie als „Herdenschutzesel“ bezeichnen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

**Dennis Rohde**

- (A) Aber Nein sagen gegenüber den vielen Wünschen aus der Fraktion und auch aus den Ministerien, ganz egal welcher politischen Couleur, konntest du, und ganz egal, wer dir nachfolgt, das muss man lernen. Das hast du par excellence gekonnt. Auch dafür vielen Dank, lieber Ecki Rehberg!

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Bundeshaushalt ist Ausdruck für die Handlungsfähigkeit dieses Staates. Ich finde, man sollte denjenigen, die sich jetzt hinstellen und sagen: „Wir können uns das alles gerade nicht leisten“, und: „Man muss mit dem Rotstift durch diesen Haushalt gehen“, ganz entschieden entgegentreten. Wenn wir heute nichts machen würden, dann würde es morgen um ein Vielfaches teurer werden. Das, was wir machen, ist teuer, ja; aber es ist nachhaltig, und es hilft, dieses Land durch die Krise zu bringen. Es ist die Einlösung des Versprechens an unsere Bürgerinnen und Bürger: Wenn dieser Staat in die Krise kommt, dann stehen wir handlungsfähig und solidarisch an eurer Seite.

(Zuruf von der AfD: Amen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

- (B) Ich gebe das Wort für eine Kurzintervention dem Abgeordneten Fricke.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Er hat doch schon geredet!)

**Otto Fricke (FDP):**

Ja, ich habe schon geredet. Aber ich glaube, man muss das schon klarstellen, was der Kollege Rohde hier anzusprechen versucht hat, und das will ich ganz kurz machen.

Herr Kollege Rohde, Sie behaupten, wir würden an der Stelle nur die Reichen entlasten.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Beim Soli ja!)

Jetzt sage ich Ihnen: Das machen Sie doch im Steuerrecht auch, das machen Sie im Steuerrecht doch genauso. Sie haben den Grundfreibetrag und den Kinderfreibetrag erhöht. Wollen Sie mir etwa erzählen, dass der größte Teil der steuerlichen Entlastungswirkung nicht bei den Spitzenverdienern ankommt? Ist das nicht Teil Ihres Projektes?

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das ist Verfassungsrecht!)

– Eben, es ist Verfassungsrecht. Und das ist der Unterschied: Sie behaupten einfach mit Ihren Vorurteilen, wir würden die oberen Einkommen entlasten, obwohl Sie es selber genauso machen. Da sollte man doch – Haushaltswahrheit und Haushalt Klarheit – eine gerade Linie verfolgen.

- (Beifall bei der FDP – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Der Freibetrag ist Verfassungsrechtsprechung, der Spitzensteuersatz nicht! Das müssten Sie wissen, Herr Kollege!) (C)

Das Zweite ist: Man verspricht, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen. Wenn auf der anderen Seite nicht mehr die Mittel kommen, dann kann man gerne als Koalition darüber diskutieren – wenn Sie das wollen –, die Lohn- und Einkommensteuer zu erhöhen; das kann man dann machen. Aber Versprechen, die man gegenüber allen Bürgern gemacht hat,

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Hast du vielleicht gemacht – wir nicht!)

die muss man halten. Die andere Frage hätten Sie klären können; aber selbst das haben Sie in vier Jahren Große Koalition ja nicht geschafft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Zum Schluss, um es noch einmal klarzustellen: Die FDP hat bei der Frage der Grundrente ausdrücklich gesagt: Wir müssen hier etwas tun, es muss eine Basisrente sein. – Aber wir haben auch klar gesagt – und dabei bleiben wir –: In einer Notsituation darfst du nicht den Rotstift ansetzen, aber du darfst auch nicht zusätzliche Leistungen einführen; das wäre eine Versündigung am Generationenvertrag.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

- Herr Abgeordneter, möchten Sie antworten? – Ja. (D)

**Dennis Rohde (SPD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich fasse noch einmal zusammen: In der Notsituation ist die FDP bereit, die Grundrente für Menschen mit kleinsten Einkommen zu verschieben und den Soli für die reichsten 5 Prozent abzuschaffen. Das ist genau das, was ich gerade gesagt habe. Ich danke Herrn Fricke für die Bestätigung dessen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Vielen Dank. – Das Beste kommt zum Schluss

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– auch wenn noch nicht endgültig Schluss ist –: Ich gebe dem Abgeordneten Eckhardt Rehberg das Wort. Bitte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Bettina Stark-Watzinger [FDP])

**Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Wochen waren schon eine Herausforderung: Zunächst Ende September die erste Lesung – das Bundesfinanzministerium, lieber Olaf Scholz, hat über den Sommer hart arbeiten müssen –, dann zwei Nachträge, ein kompletter Haushalt; das ist schon eine Herausforderung.

**Eckhardt Rehberg**

(A) Die Bereinigungsvorlage war letztendlich auch nicht ganz dünn. Weil wir in der gebotenen Zeit intensive Beratungen durchführen konnten, geht ein Dank zunächst einmal an das Sekretariat des Haushaltsausschusses.

Die Sitzungen fanden in ungewohnter Umgebung statt, nicht wie gewohnt gleich nebenan im Saal des Haushaltsausschusses, sondern im Großen Protokollsaal, im Fraktionssaal der Union oder der SPD, je nachdem. Die Zahlen sind schon genannt worden: 17 Stunden 37 Minuten Bereinigungssitzung. Insgesamt knapp 60 Stunden Einzelplanberatung. Dank an beide Vorsitzende, gerade an Martin Gester: Freitag früh um 3 Uhr noch 75 Minuten über gut 500 Deckblätter zum Einzelplan 60 abstimmen – Spaß und Vergnügen sieht an der Stelle ein bisschen anders aus. Also Dank an alle Beteiligten, die diesen Bundeshaushalt mit zuwege gebracht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß eigentlich nicht, was man an dieser Stelle zu den – das Wort „Kollege“ kommt mir schon schwer über die Lippen – Kollegen Spaniel und Weyel noch sagen soll. Haben Sie denn wirklich nicht mal Respekt vor der Zahl von knapp 600 Toten gestern und 30 000 Infizierten?

(Dr. Harald Weyel [AfD]: Mit Corona, nicht durch!)

(B) Stattdessen reden Sie von Massenpsychose. Wissen Sie: Sie sind – ich werde selten so scharf an dieser Stelle – mitverantwortlich mit Ihrem Gebaren, mit Ihrem Reden auch hier im Deutschen Bundestag für die 30 000 Infizierten und für die 600 Toten. Dafür mache ich Sie heute mitverantwortlich!

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Harald Weyel [AfD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Kollegin Löttsch,

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Die war gut!)

Deutschland ist sozial, Deutschland ist klimafreundlich, und Deutschland ist auch friedlich.

(Zuruf von der AfD: Und pleite!)

Deutschland hat im Gegensatz zu Russland nicht die Krim annektiert. Ich habe den real existierenden Sozialismus erlebt. Sie reden vom Gesundheitswesen, von Pflegeheimen. Ich habe noch gut im Kopf, wie das in der ehemaligen DDR aussah: 40 Siechende auf einem Flur, ein Waschbecken, eine Toilette.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gehen Sie heute mal in die Pflegeheime, in die Krankenhäuser hinein. Ich möchte nicht wieder zurück zum real existierenden Sozialismus. Das, was Sie heute propagiert haben, ist davon ganz in der Nähe. Ich lebe gerne in einer sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann über diesen Haushalt trefflich diskutieren. Aber er ist eine Brücke, um durch die Krise zu kommen, eine Brücke im Bereich Gesundheitsschutz, Hilfe für Unternehmen, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber er macht noch mehr: Er stößt Investitionen an.

Lieber Kollege Tobias Lindner,

(Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, Ecki!)

wenn wir Stück für Stück die Einzelpläne durchgehen würden im Hinblick auf die Themen „Klimaschutz“, „Digitalisierung“, „Mobilität“, wird deutlich: Noch nie ist in einem Bundeshaushalt – jetzt und über Verpflichtungsermächtigungen – so viel Geld in diese Bereiche geflossen wie in diesem und im nächsten Jahr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Noch niemals! Wir dürfen nicht nur die Einzelpläne anschauen, sondern müssen den Energie- und Klimafonds und den Einzelplan 60 noch mit dazu nehmen. Deswegen ist dieser Haushalt beides: Brücke und Basis für die Zukunft,

(Dr. Harald Weyel [AfD]: In den Abgrund und nicht über den Abgrund!)

um aus dieser Krise gut herauszukommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe diese Woche so manchen Fake gehört. Aber die größten Böcke hat Frau Baerbock geschossen.

(Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Erste Bemerkung zur Behauptung von der Kollegin Baerbock, hier würden 500 Millionen Euro für Regionalflughäfen ausgegeben: Die Wahrheit ist eine andere. Erstens. 300 Millionen Euro für die Deutsche Flugsicherung sind notwendig; denn wir sind Eigentümer. Zweitens. 170 Millionen Euro für drei Flughäfen sind notwendig, weil wir beteiligt sind: Berlin, München, Köln/Bonn. Richtig ist: 20 Millionen Euro haben wir eingestellt, um möglichst, wenn Brüssel Ja sagt, den kleinen Regionalflughäfen beim Thema Flugsicherung zu helfen; das ist die Wahrheit. So viel zu diesen 500 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP], an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewandt: Passt nicht ins Bild! – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wisst ihr: Entweder schreibt ihr ihr das besser auf, oder sie guckt mal in den Bundeshaushalt rein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Diese Rede von der Kollegin Baerbock hat von großer Unkenntnis gezeugt.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Eckhardt Rehberg**

- (A) Und Gnade uns Gott, wenn entweder Frau Baerbock oder Herr Habeck Bundeskanzler werden; der eine weiß nicht, was eine Entfernungspauschale ist, und die andere hat noch nicht einmal in den Bundeshaushalt reingeguckt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweite Bemerkung. Kollegin Baerbock behauptet, aktuell wachse das Straßennetz um mehrere Tausend Kilometer, während bei der Schiene sage und schreibe drei neue Kilometer dazugekommen seien. Es gibt da eine ganz andere Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen: Unter Rot-Grün im Jahr 2004 wurden 3 Milliarden Euro für Neubau und 1 Milliarde Euro für Erhaltung ausgegeben. Heute werden 3,3 Milliarden Euro für Neubau und 4,5 Milliarden Euro für Erhaltung ausgegeben.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Genauso ist es!)

Wenn Sie mal alle Mittel für die Schiene zusammenrechnen, dann sehen Sie, dass für die Schiene fast dreimal so viel ausgegeben wird wie im Bereich der Straße. Deswegen auch hier, Frau Baerbock: Einen Blick in den Bundeshaushalt zu werfen, schützt vor Unkenntnis und vor falschen Aussagen hier im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Herr Kollege Spaniel, scheinbar verstehen Sie überhaupt keinen Spaß. Es ist hier in der Schlussrunde so üblich, weil die Haushälter eine besondere Truppe sind, dass mal das Reeperbahn Festival Thema ist, mal der Glühwein.

(Otto Fricke [FDP]: Die Frettchen!)

Es gab ja schon eine ganze Menge Aussagen zum Thema Herdenschutzesel. Ich finde es gut – Ingo Gädechens war mit dabei –, das in den Einzelplan 16 einzustellen; ich glaube, die Idee kam vom Kollegen Freese, wenn ich das richtig erinnere. Aber ich habe mich gefragt: Welchen Herdenschutzesel brauchen wir denn ab dem 26. September des kommenden Jahres, nach der Bundestagswahl?

(Zuruf der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Ja, aber Frau Kollegin Roth, das ist ein spannendes Thema. – Denn ich glaube, die Schafe – im übertragenen Sinne – sind die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Bürger dieses Landes. Die Frage ist: Wer muss an der Stelle vor wem geschützt werden? Wenn ich die Pläne höre, die die einzelnen Parteien haben – Abschaffung der Schuldenbremse, Vermögensabgabe usw. usf. –, dann kann ich nur dringend raten: Wir brauchen einen kräftigen, robusten Herdenschutzesel, damit man den Bundeshaushalt vor mancher Wölfin und vor manchem Wolf schützt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

(C)

Ich gebe das Wort zu einer Kurzintervention an Anja Hajduk von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Lieber Herr Kollege Rehberg, es ist bekannt, dass ich Sie als Kollegen im Haushaltsausschuss sehr schätze. Aber ich finde es starken Tobak – Sie hätten der Kollegin am Mittwoch selber widersprechen können; Sie waren nämlich im Plenum, als sie hier gesprochen hat –, dass Sie so etwas jetzt am Ende dieser Debatte ins Zentrum der Kritik rücken.

Wir gucken gerne noch mal, was alles gemeint ist: War die Flugsicherung gemeint, oder sind andere Ausgaben für den Luftverkehr gemeint gewesen? Geschenkt, wenn da mal eine Unschärfe war.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Aber was Sie behauptet haben, finde ich unredlich: Die Zahlen von 2004 – ich war da schon im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages; ich weiß nicht, ob Sie da auch schon dabei waren,

(Otto Fricke [FDP]: Ich auch!)

sind absolute Zahlen im niedrigen einstelligen Milliardenbereich gewesen; das haben Sie gerade gesagt. Das setzten Sie in einen so harten Vergleich zu den absoluten Zahlen von heute. Es geht einmal um 1 Milliarde Euro und 3 Milliarden Euro und einmal um 4 Milliarden Euro und 6 Milliarden Euro, bei einem Bundeshaushalt, der in diesem Zeitraum um über 100 Milliarden Euro bzw. um 200 Milliarden Euro jetzt in der Krise gewachsen ist. Das ist unredlich.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Parteivorsitzende so anzugreifen, obwohl man eigentlich Zahlen lesen kann,

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Zahlen ins richtige Verhältnis setzen kann, hätte ich mir von Eckhardt Rehberg weniger prominent gewünscht. Wir – Grüne und CDU – sind im Wettbewerb; aber bleiben wir doch in einem fairen Wettbewerb hinsichtlich Zahlen und Heftigkeit der Kritik. Dann wird es vielleicht auch wieder etwas weihnachtlicher zwischen uns beiden.

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):**

Frau Kollegin Hajduk, Sie müssen es erstens schon mir überlassen, wann ich was hier im Deutschen Bundestag aufgreife. Das ist meine Entscheidung; schlichtweg meine eigene Entscheidung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Zweitens. Ich habe in 15 Jahren Landtag und in jetzt gut 15 Jahren Bundestag nie eine Zwischenfrage gestellt und keine Kurzintervention gemacht. Das mache ich nicht, aus ganz wohlwogenen, eigenen Gründen.

Drittens. Jetzt zitiere ich Ihre Kollegin Baerbock:

**Eckhardt Rehberg**

- (A) Sie wollen 2021 fast eine halbe Milliarde Euro für Regionalf Flughäfen, etwa so zeitgemäß wie Telefonzellen und Taxisäulen, weiter ausgeben.

Weiter geht's:

Aktuell wächst das Straßennetz um mehrere Tausend Kilometer, das Schienennetz 2020 um sage und schreibe drei neue Kilometer.

Frau Kollegin, mir ging es ums Verhältnis: Sven Kindler hat immer wieder behauptet, dass wir mehr für Neubau als für Erhalt ausgeben. Nein! Die Wahrheit ist: 2004 war das Verhältnis 3 : 1, und heute fließen mehr als 60 Prozent in den Erhalt und 40 Prozent in den Neubau. Sie müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass es hier um Zahlen und um Fakten geht. Sie machen mit verdrehten Zahlen, mit verdrehten Fakten Politik. Ich habe mir genau diesen Raum genommen, hier und heute in der Schlussrunde, um solchen Behauptungen, die ich sehr massiv finde, entgegenzutreten zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Herzlichen Dank.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung über den Haushalt 2021, Drucksachen 19/22600, 19/22602, 19/23302, 19/23305, 19/23306, 19/23309 bis 19/23316, 19/23320, 19/23322 bis 19/23326. Es ist namentliche Abstimmung verlangt.

- (B) Ich bitte um ein wenig Aufmerksamkeit für folgende Informationen: Unmittelbar nach Eröffnung der namentlichen Abstimmung stimmen wir zunächst über Entschließungsanträge ab. Bleiben Sie also noch bitte hier im Saal.

Für die Stimmabgabe in der Westlobby haben Sie nach Eröffnung der Abstimmung 30 Minuten Zeit. Ich weise auch hier ausdrücklich darauf hin, dass auch in diesem Teil des Plenarbereichs die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung besteht und ich Verstöße gegen diese Pflicht mit den Mitteln des Ordnungsrechts ahnden werde. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, hierauf zu achten.

Es stehen Ihnen acht Urnen zur Verfügung. Die Plätze an den Urnen sind meiner Kenntnis nach besetzt.

Ich eröffne deshalb die Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2021, bitte aber die Kolleginnen und Kollegen hier im Saal zunächst noch an den Abstimmungen über die Entschließungsanträge teilzunehmen.<sup>1)</sup>

Wir beginnen mit acht Entschließungsanträgen der Fraktion der AfD.

Entschließungsantrag der AfD auf Drucksache 19/24976. Wer stimmt für diesen Antrag? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen Fraktionen des Hauses. Enthaltungen? – Eine. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

(C) Wir kommen zum Entschließungsantrag der AfD auf Drucksache 19/24977. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Die anderen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Eine. Der Entschließungsantrag ist damit abgelehnt.

Entschließungsantrag der AfD auf Drucksache 19/25018. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? Eine. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Entschließungsantrag der AfD auf Drucksache 19/25020. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Die anderen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Eine. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Entschließungsantrag der AfD auf Drucksache 19/25021. Wer stimmt dafür? – Die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Die anderen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Eine. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Entschließungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/25024. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die anderen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Eine. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

(D) Entschließungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/25025. Wer stimmt dafür? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Eine. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Entschließungsantrag der AfD auf Drucksache 19/25026. Wer stimmt dafür? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen Fraktionen. – Enthaltungen? – Eine. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu vier Entschließungsanträgen der Fraktion der FDP.

Entschließungsantrag der FDP auf Drucksache 19/25019. Wer stimmt dafür? – Die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der Linken, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen, der CDU/CSU und der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Entschließungsantrag der FDP auf Drucksache 19/25022. Wer stimmt für diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die CDU/CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Eine. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Entschließungsantrag der FDP auf Drucksache 19/25023. Wer stimmt für diesen Antrag? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen der SPD, der CDU/CSU und der AfD. Die Fraktion Die Linke enthält sich. Gibt es weitere Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 25183 C

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler**

(A) Entschließungsantrag der FDP auf Drucksache 19/25027. Wer stimmt hierfür? – Die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und AfD. Enthaltungen? – Keine. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zu drei Entschließungsanträgen der Fraktion Die Linke. Entschließungsantrag auf Drucksache 19/25003. Wer stimmt für diesen Antrag? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Entschließungsantrag auf Drucksache 19/25004. Wer stimmt für diesen Antrag? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Entschließungsantrag auf Drucksache 19/25005. Wer stimmt für diesen Antrag? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Der Rest des Hauses. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Schließlich kommen wir zur Abstimmung über zwei Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Entschließungsantrag auf Drucksache 19/25033. Wer stimmt für diesen? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen der SPD, der CDU/CSU, der FDP und der AfD. Enthaltung von der Fraktion Die Linke. Gibt es weitere Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

(B) Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Entschließungsantrag auf Drucksache 19/25034. Wer stimmt dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen der SPD, der CDU/CSU, der FDP und der AfD. Gibt es Enthaltungen? – Die Fraktion Die Linke. Der Entschließungsantrag ist damit abgelehnt.

Damit haben wir über sämtliche Entschließungsanträge abgestimmt. (C)

Bitte gehen Sie jetzt nicht alle gleichzeitig zur Abstimmung. Beachten Sie noch einmal die Pflicht zum Tragen der Mund-Nase-Bedeckung sowie die Abstandsregeln.

Das bevorstehende Ende der namentlichen Abstimmung wird Ihnen rechtzeitig bekannt gegeben. – Vielen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit für die namentliche Schlussabstimmung ist vorbei. Gibt es noch ein Mitglied des Hauses, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.

Bis zum Vorliegen des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung unterbreche ich die Sitzung für circa zehn Minuten.

(Unterbrechung von 13.12 bis 13.20 Uhr)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 auf den Drucksachen 19/22600, 19/22602, 19/23302, 19/23305, 19/23306, 19/23309, 19/23310, 19/23311, 19/23312, 19/23313, 19/23314, 19/23315, 19/23316, 19/23320, 19/23322, 19/23323, 19/23324, 19/23325 und 19/23326 bekannt: abgegebene Stimmkarten 619. Mit Ja haben gestimmt 361, mit Nein haben gestimmt 258, Enthaltungen gab es keine. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen. (D)

**Endgültiges Ergebnis**

Abgegebene Stimmen: 619;  
davon  
ja: 361  
nein: 258

**Ja****CDU/CSU**

Dr. Michael von Abercron  
Stephan Albani  
Norbert Maria Altenkamp  
Peter Altmaier  
Philipp Amthor  
Artur Auernhammer  
Peter Aumer  
Dorothee Bär  
Thomas Bareiß  
Norbert Barthle  
Maik Beermann  
Manfred Behrens (Börde)

Veronika Bellmann  
Sybille Benning  
Dr. André Berghegger  
Melanie Bernstein  
Christoph Bernstiel  
Peter Beyer  
Marc Biadacz  
Steffen Bilger  
Peter Bleser  
Norbert Brackmann  
Michael Brand (Fulda)  
Dr. Reinhard Brandl  
Dr. Helge Braun  
Silvia Breher  
Sebastian Brehm  
Heike Brehmer  
Ralph Brinkhaus  
Dr. Carsten Brodesser  
Gitta Connemann  
Astrid Damerow  
Alexander Dobrindt

Michael Donth  
Marie-Luise Dött  
Hansjörg Durz  
Thomas Erndl  
Hermann Färber  
Uwe Feiler  
Enak Ferlemann  
Dr. Maria Flachsbarth  
Thorsten Frei  
Dr. Hans-Peter Friedrich  
(Hof)  
Michael Frieser  
Hans-Joachim Fuchtel  
Ingo Gädechens  
Dr. Thomas Gebhart  
Alois Gerig  
Eberhard Gienger  
Eckhard Gnoldtke  
Ursula Groden-Kranich  
Hermann Gröhe  
Klaus-Dieter Gröhler

Michael Grosse-Brömer  
Astrid Grotelüsch  
Markus Grübel  
Manfred Grund  
Oliver Grundmann  
Monika Grütters  
Fritz Güntzler  
Olav Gutting  
Christian Haase  
Florian Hahn  
Jürgen Hardt  
Matthias Hauer  
Mark Hauptmann  
Dr. Matthias Heider  
Mechthild Heil  
Thomas Heilmann  
Frank Heinrich (Chemnitz)  
Mark Helfrich  
Rudolf Henke  
Michael Hennrich  
Marc Henrichmann

(A)	Ansgar Heveling Christian Hirte Dr. Heribert Hirte Karl Holmeier Dr. Hendrik Hoppenstedt Hans-Jürgen Irmer Thomas Jarzombek Andreas Jung Ingmar Jung Alois Karl Anja Karliczek Torbjörn Kartes Volker Kauder Roderich Kiesewetter Michael Kießling Dr. Georg Kippels Volkmar Klein Axel Knoerig Jens Koeppen Markus Koob Carsten Körber Alexander Krauß Gunther Krichbaum Dr. Günter Krings Rüdiger Kruse Michael Kuffer Dr. Roy Kühne Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers Andreas G. Lämmel Katharina Landgraf Ulrich Lange Dr. Silke Launert	Carsten Müller (Braunschweig) Stefan Müller (Erlangen) Christian Natterer Dr. Andreas Nick Petra Nicolaisen Dr. Georg Nüßlein Wilfried Oellers Florian Oßner Josef Oster Henning Otte Ingrid Pahlmann Sylvia Pantel Martin Patzelt Dr. Joachim Pfeiffer Stephan Pilsinger Dr. Christoph Ploß Eckhard Pols Thomas Rachel Kerstin Radomski Alexander Radwan Alois Rainer Dr. Peter Ramsauer Eckhardt Rehberg Lothar Riebsamen Josef Rief Johannes Röring Dr. Norbert Röttgen Stefan Rouenhoff Erwin Rüddel Albert Rupprecht Stefan Sauer Dr. Wolfgang Schäuble Andreas Scheuer Tankred Schipanski Christian Schmidt (Fürth) Dr. Claudia Schmidtko Patrick Schnieder Nadine Schön Felix Schreiner Dr. Klaus-Peter Schulze Uwe Schummer Torsten Schweiger Detlef Seif Johannes Selle Reinhold Sendker Dr. Patrick Sensburg Bernd Siebert Thomas Silberhorn Björn Simon Tino Sorge Katrin Staffler Frank Steffel Dr. Wolfgang Stefinger Albert Stegemann Andreas Steier Peter Stein (Rostock) Sebastian Steineke Johannes Steiniger Christian Frhr. von Stetten Dieter Stier Gero Storjohann Stephan Stracke Max Straubinger	Dr. Hermann-Josef Tebroke Hans-Jürgen Thies Alexander Throm Dr. Dietlind Tiemann Antje Tillmann Markus Uhl Dr. Volker Ullrich Arnold Vaatz Kerstin Vieregge Volkmar Vogel (Kleinsaara) Christoph de Vries Kees de Vries Dr. Johann David Wadephul Marco Wanderwitz Nina Warken Marcus Weinberg (Hamburg) Dr. Anja Weisgerber Peter Weiß (Emmendingen) Sabine Weiss (Wesel I) Ingo Wellenreuther Marian Wendt Kai Whittaker Annette Widmann-Mauz Bettina Margarethe Wiesmann Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier- Becker Oliver Wittke Tobias Zech Dr. Matthias Zimmer	Dagmar Freitag Michael Gerdes Martin Gerster Angelika Glöckner Timon Gremmels Michael Groß Bettina Hagedorn Rita Hagl-Kehl Metin Hakverdi Sebastian Hartmann Dirk Heidenblut Hubertus Heil (Peine) Gabriela Heinrich Wolfgang Hellmich Gabriele Hiller-Ohm Thomas Hitschler Frank Junge Thomas Jurk Oliver Kaczmarek Elisabeth Kaiser Ralf Kapschack Gabriele Katzmarek Cansel Kiziltepe Arno Klare Lars Klingbeil Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe Elvan Korkmaz-Emre Anette Kramme Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang) Dr. Karl Lauterbach Sylvia Lehmann Helge Lindh Hiltrud Lotze Kirsten Lühmann Heiko Maas Caren Marks Dorothee Martin Katja Mast Christoph Matschie Hilde Mattheis Dr. Matthias Miersch Klaus Mindrup Susanne Mittag Falko Mohrs Claudia Moll Siemtje Möller Bettina Müller Detlef Müller (Chemnitz) Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich Dietmar Nietan Ulli Nissen Josephine Ortleb Mahmut Özdemir (Duisburg) Aydan Özoğuz Markus Paschke Sabine Poschmann Achim Post (Minden) Florian Pronold Dr. Sascha Raabe Martin Rabanus	(C)
(B)	Jens Lehmann Paul Lehrieder Dr. Katja Leikert Dr. Andreas Lenz Antje Lezius Andrea Lindholz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Nikolas Löbel Bernhard Loos Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Dr. Saskia Ludwig Karin Maag Yvonne Magwas Dr. Thomas de Maizière Gisela Manderla Dr. Astrid Mannes Matern von Marschall Hans-Georg von der Marwitz Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Dr. Michael Meister Jan Metzler Dr. Mathias Middelberg Dietrich Monstadt Karsten Möring Elisabeth Motschmann Axel Müller Dr. Gerd Müller Sepp Müller		<b>SPD</b> Niels Annen Ingrid Arndt-Brauer Bela Bach Heike Baehrens Ulrike Bahr Nezahat Baradari Doris Barnett Dr. Matthias Bartke Sören Bartol Bärbel Bas Lothar Binding (Heidelberg) Dr. Eberhard Brecht Dr. Karl-Heinz Brunner Katrin Budde Dr. Lars Castellucci Bernhard Daldrup Dr. Karamba Diaby Esther Dilcher Sabine Dittmar Saskia Esken Yasmin Fahimi Dr. Johannes Fechner Dr. Fritz Felgentreu Dr. Edgar Franke Ulrich Freese	(D)	

- (A) Mechthild Rawert  
Sönke Rix  
Dennis Rohde  
Dr. Martin Rosemann  
René Rösper  
Dr. Ernst Dieter Rossmann  
Michael Roth (Heringen)  
Susann Rüttrich  
Bernd Rützel  
Sarah Ryglewski  
Johann Saathoff  
Axel Schäfer (Bochum)  
Dr. Nina Scheer  
Marianne Schieder  
Udo Schiefner  
Dr. Nils Schmid  
Uwe Schmidt  
Ulla Schmidt (Aachen)  
Dagmar Schmidt (Wetzlar)  
Carsten Schneider (Erfurt)  
Johannes Schrapf  
Michael Schrodi  
Ursula Schulte  
Martin Schulz  
Swen Schulz (Spandau)  
Frank Schwabe  
Stefan Schwartz  
Andreas Schwarz  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
Rainer Spiering  
Svenja Stadler  
Martina Stamm-Fibich  
(B) Sonja Amalie Steffen  
Mathias Stein  
Kerstin Tack  
Claudia Tausend  
Michael Thews  
Markus Töns  
Carsten Träger  
Marja-Liisa Völlers  
Dirk Vöpel  
Dagmar Ziegler  
Stefan Zierke  
Dr. Jens Zimmermann
- Nein**  
**AfD**  
Dr. Bernd Baumann  
Marc Bernhard  
Andreas Bleck  
Peter Boehringer  
Stephan Brandner  
Jürgen Braun  
Marcus Bühl  
Matthias Büttner  
Petr Bystron  
Joana Cotar  
Dr. Gottfried Curio  
Siegbert Droese  
Berengar Elsner von Gronow  
Dr. Michael Ependiller  
Peter Felser
- Dietmar Friedhoff  
Dr. Anton Friesen  
Markus Frohnmaier  
Dr. Götz Frömking  
Albrecht Glaser  
Wilhelm von Gottberg  
Kay Gottschalk  
Dr. Roland Hartwig  
Jochen Haug  
Waldemar Herdt  
Martin Hess  
Karsten Hilse  
Nicole Höchst  
Martin Hohmann  
Dr. Bruno Hollnagel  
Leif-Erik Holm  
Johannes Huber  
Fabian Jacobi  
Dr. Marc Jongen  
Jens Kestner  
Norbert Kleinwächter  
Jörn König  
Frank Magnitz  
Jens Maier  
Dr. Lothar Maier  
Dr. Birgit Malsack-Winkemann  
Andreas Mrosek  
Volker Münz  
Sebastian Münzenmaier  
Christoph Neumann  
Jan Ralf Nolte  
Ulrich Oehme  
Gerold Otten  
Tobias Matthias Peterka  
Paul Viktor Podolay  
Jürgen Pohl  
Stephan Protschka  
Roman Johannes Reusch  
Ulrike Schielke-Ziesing  
Dr. Robby Schlund  
Jörg Schneider  
Uwe Schulz  
Martin Sichert  
Detlev Spangenberg  
Dr. Dirk Spaniel  
René Springer  
Beatrix von Storch  
Dr. Alice Weidel  
Dr. Harald Weyel  
Wolfgang Wiehle  
Dr. Heiko Wildberg  
Dr. Christian Wirth
- FDP**  
Grigorios Aggelidis  
Renata Alt  
Christine Aschenberg-Dugnus  
Jens Beeck  
Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)  
Mario Brandenburg (Südpfalz)
- Sandra Bubendorfer-Licht  
Dr. Marco Buschmann  
Karlheinz Busen  
Carl-Julius Cronenberg  
Britta Katharina Dassler  
Bijan Djir-Sarai  
Christian Dürr  
Hartmut Ebbing  
Dr. Marcus Faber  
Daniel Föst  
Otto Fricke  
Reginald Hanke  
Peter Heidt  
Katrin Helling-Plahr  
Markus Herbrand  
Torsten Herbst  
Katja Hessel  
Dr. Gero Clemens Hocker  
Manuel Höferlin  
Dr. Christoph Hoffmann  
Reinhard Houben  
Ulla Ihnen  
Olaf In der Beek  
Dr. Christian Jung  
Karsten Klein  
Dr. Marcel Klinge  
Daniela Kluckert  
Pascal Kober  
Dr. Lukas Köhler  
Carina Konrad  
Wolfgang Kubicki  
Konstantin Kuhle  
Alexander Kulitz  
Alexander Graf Lambsdorff  
Ulrich Lechte  
Christian Lindner  
Michael Georg Link (Heilbronn)  
Oliver Luksic  
Till Mansmann  
Dr. Jürgen Martens  
Christoph Meyer  
Alexander Müller  
Dr. Martin Neumann (Lausitz)  
Matthias Nölke  
Dr. h. c. Thomas Sattelberger  
Christian Sauter  
Frank Schäffler  
Dr. Wieland Schinnenburg  
Matthias Seestern-Pauly  
Frank Sitta  
Judith Skudelny  
Dr. Hermann Otto Solms  
Bettina Stark-Watzinger  
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann  
Benjamin Strasser  
Katja Suding  
Linda Teuteberg  
Stephan Thomae  
Manfred Todtenhausen  
Dr. Florian Toncar
- Dr. Andrew Ullmann  
Gerald Ullrich  
Johannes Vogel (Olpe)  
Katharina Willkomm
- DIE LINKE**  
Doris Achelwilm  
Gökay Akbulut  
Simone Barrientos  
Dr. Dietmar Bartsch  
Lorenz Gösta Beutin  
Matthias W. Birkwald  
Heidrun Bluhm-Förster  
Michel Brandt  
Christine Buchholz  
Dr. Birke Bull-Bischoff  
Jörg Cezanne  
Sevim Dağdelen  
Dr. Diether Dehm  
Anke Domscheit-Berg  
Klaus Ernst  
Susanne Ferschle  
Nicole Gohlke  
Dr. Gregor Gysi  
Dr. André Hahn  
Heike Hänsel  
Matthias Höhn  
Andrej Hunko  
Ulla Jelpke  
Kerstin Kassner  
Dr. Achim Kessler  
Katja Kipping  
Jan Korte  
Jutta Krellmann  
Caren Lay  
Sabine Leidig  
Ralph Lenkert  
Michael Leutert  
Stefan Liebich  
Dr. Gesine Löttsch  
Thomas Lutze  
Pascal Meiser  
Amira Mohamed Ali  
Cornelia Möhring  
Niema Movassat  
Norbert Müller (Potsdam)  
Zaklin Nastic  
Dr. Alexander S. Neu  
Petra Pau  
Sören Pellmann  
Victor Perli  
Tobias Pflüger  
Martina Renner  
Bernd Riexinger  
Eva-Maria Schreiber  
Dr. Petra Sitte  
Helin Evrim Sommer  
Friedrich Straetmanns  
Dr. Kirsten Tackmann  
Jessica Tatti  
Alexander Ulrich  
Kathrin Vogler  
Andreas Wagner
- (C)
- (D)

(A)	Katrin Werner Sabine Zimmermann (Zwickau)  <b>BÜNDNIS 90/          DIE GRÜNEN</b>  Luise Amtsberg Lisa Badum Annalena Baerbock Margarete Bause Dr. Danyal Bayaz Canan Bayram Dr. Franziska Brantner Agnieszka Brugger Dr. Anna Christmann Janosch Dahmen Ekin Deligöz Katharina Dröge Matthias Gastel	Kai Gehring Stefan Gelbhaar Erhard Grundl Anja Hajduk Britta Haßelmann Dr. Bettina Hoffmann Dr. Anton Hofreiter Ottmar von Holtz Dieter Janecek Dr. Kirsten Kappert- Gonther Katja Keul Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink Sylvia Kotting-Uhl Oliver Krischer Christian Kühn (Tübingen) Renate Künast Markus Kurth	Monika Lazar Sven Lehmann Steffi Lemke Dr. Tobias Lindner Dr. Irene Mihalic Claudia Müller Beate Müller-Gemmeke Dr. Ingrid Nestle Dr. Konstantin von Notz Omid Nouripour Friedrich Ostendorff Cem Özdemir Lisa Paus Filiz Polat Tabea Rößner Claudia Roth (Augsburg) Dr. Manuela Rottmann Corinna Rüffer Ulle Schauws	(C)
			Stefan Schmidt Kordula Schulz-Asche Dr. Wolfgang Strengmann- Kuhn Margit Stumpp Markus Tressel Jürgen Trittin Dr. Julia Verlinden Daniela Wagner Beate Walter-Rosenheimer Gerhard Zickenheiner  <b>Fraktionslos</b> Marco Bülow Lars Herrmann	

*Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.*

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages ein auf Mittwoch, den 16. Dezember 2020, 13 Uhr, ein.

Ein schönes Wochenende.

(Zurufe von der FDP: Einen schönen dritten Advent!)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 13.22 Uhr)

(B)

(D)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 1****Entschuldigte Abgeordnete**

<b>Abgeordnete(r)</b>		<b>Abgeordnete(r)</b>	
Chrupalla, Tino	AfD	Mackensen, Isabel	SPD
De Masi, Fabio	DIE LINKE	Merkel, Dr. Angela	CDU/CSU
De Ridder, Dr. Daniela	SPD	Miazga, Corinna	AfD
Ebner, Harald	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Michelbach, Dr. h. c. Hans	CDU/CSU
Esdar, Dr. Wiebke	SPD	Müller, Hansjörg	AfD
Freihold, Brigitte	DIE LINKE	Müller-Böhm, Roman	FDP
Gabelmann, Sylvia	DIE LINKE	Müller-Rosentritt, Frank	FDP
Gauland, Dr. Alexander	AfD	Noll, Michaela	CDU/CSU
Gminder, Franziska	AfD	Pasemann, Frank	AfD
Göring-Eckardt, Katrin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Petry, Christian	SPD
Grötsch, Uli	SPD	Petry, Dr. Frauke	fraktionslos
Hacker, Thomas	FDP	Pilger, Detlev	SPD
(B) Hampel, Armin-Paulus	AfD	Post, Florian	SPD
Harder-Kühnel, Mariana Iris	AfD	Reichardt, Martin	AfD
Hartmann, Verena	fraktionslos	Reinhold, Hagen	FDP
Hebner, Martin	AfD	Remmers, Ingrid	DIE LINKE
Hemmelgarn, Udo Theodor	AfD	Rimkus, Andreas	SPD
Hendricks, Dr. Barbara	SPD	Schäfer (Saalstadt), Anita	CDU/CSU
Herzog, Gustav	SPD	Schimke, Jana	CDU/CSU
Heßenkemper, Dr. Heiko	AfD	Schmidt, Dr. Frithjof	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Irlstorfer, Erich	CDU/CSU	Schneidewind-Hartnagel, Charlotte	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Juratovic, Josip	SPD	Seitz, Thomas	AfD
Kaufmann, Dr. Stefan	CDU/CSU	Steinke, Kersten	DIE LINKE
Kekeritz, Uwe	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Theurer, Michael	FDP
Kemmer, Ronja*	CDU/CSU	Vogt, Ute	SPD
Keuter, Stefan	AfD	Wagenknecht, Dr. Sahra	DIE LINKE
Komning, Enrico	AfD	Wagner, Daniela	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Kraft, Dr. Rainer	AfD	Weber, Gabi	SPD
Lucassen, Rüdiger	AfD	Weeser, Sandra	FDP

(D)

(A) Abgeordnete(r)	
Weiler, Albert H.	CDU/CSU
Weinberg, Harald	DIE LINKE
Weingarten, Dr. Joe	SPD
Westig, Nicole	FDP
Westphal, Bernd	SPD
Witt, Uwe	AfD
Yüksel, Gülistan	SPD
Zeulner, Emmi	CDU/CSU
Ziemiak, Paul	CDU/CSU
Zimmermann, Pia	DIE LINKE

\* aufgrund gesetzlichen Mutterschutzes

## Anlage 2

### Amtliche Mitteilungen ohne Verlesung

Der Bundesrat hat in seiner 997. Sitzung am 27. November 2020 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen bzw. einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen:

(B) – **Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie weiterer Gesetze**

Der Bundesrat hat ferner die folgende Entschließung gefasst:

Der Bundesrat bedauert, dass viele seiner fachlichen Hinweise zum Gesetzentwurf zur Ermittlung der Regelbedarfe, vergleiche BR-Drucksache 486/20 (Beschluss) vom 9. Oktober 2020, im Gesetz unberücksichtigt geblieben sind. Die Bundesregierung wird weiterhin gebeten zu prüfen, wie die Ermittlung der Regelbedarfe im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (zuletzt Beschluss vom 23. Juli 2014, 1 BVL 10/12, 1 BVL 12/12 und 1 BvR 1691/13) verbessert und fortentwickelt werden kann.

– **Erstes Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts-erzeugnisse-Schulprogrammgesetzes**

Der Bundesrat hat ferner die folgende Entschließung gefasst:

a) Der Bundesrat begrüßt, dass die Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturpaketes Mittel in Höhe von 700 Millionen Euro zur Beseitigung der Schäden, die durch die klimawandelbedingte Trockenheit und den damit zusammenhängenden verstärkten Schädlingsbefall entstanden sind, zur Verfügung gestellt hat.

b) Der Bundesrat hält fest, dass die Gewährung einer flächenbezogenen Waldprämie in Höhe von 500 Millionen Euro als temporäre Maßnahme über die nächsten zwei Jahre beschlossen wurde. Für den Erhalt der Waldprämie soll der Nachweis des Waldeigentums und eine Zertifizierung nach PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) oder FSC (Forest Stewardship Council) ausreichend sein.

c) Der Bundesrat spricht sich dafür aus, dass finanzielle Unterstützungen für den Wald grundsätzlich eine klare Lenkungswirkung haben müssen. Eine pauschale Flächenförderung sollte nicht dauerhaft stattfinden und wird daher abgelehnt. Die Länder haben ein großes Interesse, gemeinsam mit dem Bund einen langfristigen Ansatz zu entwickeln, der auf die Klimaschutz- und Biodiversitätsleistungen nachhaltig bewirtschafteter klimastabiler Wälder fokussiert ist und der die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer dadurch dauerhaft in die Lage versetzt, ihre Wälder klimastabil und biodiversitätsfördernd weiterzuentwickeln und umzubauen.

d) Der Bundesrat bittet die Bundesregierung sicherzustellen, dass Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer aufgrund einer eventuellen Doppelförderung nicht von der GAK-Förderung ausgeschlossen werden. Die Fördergegenstände der geplanten Flächenprämie und der GAK müssen klar voneinander getrennt und abgegrenzt werden.

– **Gesetz zur Verbesserung der Datenübermittlung für Zwecke der Ernährungsvorsorge** (D)

– **Gesetz zur Modernisierung des Versicherungssteuerrechts und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

Der Bundesrat hat ferner die folgende Entschließung gefasst:

Der Bundesrat bedauert, dass die von ihm vorgeschlagene Änderung zu Artikel 1 Nummer 5 (§ 6 Absatz 2 Nummer 5 VersStG) keine Berücksichtigung im Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages gefunden hat. Mit einer Vereinheitlichung des Versicherungssteuersatzes für alle Arten der Seeschiffsversicherung auf 3 Prozent wäre ein wichtiges Hemmnis für die Sicherung und den Ausbau von Schifffahrtsdienstleistungen und der damit verbundenen hochqualifizierten Arbeitsplätze am Standort Deutschland beseitigt

und die dringend notwendige Rechtssicherheit hergestellt worden.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, die Wettbewerbsfähigkeit der maßgeblichen rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für die Seeschifffahrt in Deutschland im europäischen Vergleich zu prüfen und geeignete Vorschläge für adäquate Anpassungen der derzeitigen Regelungen spätestens zur nächsten Nationalen Maritimen Konferenz im Jahr 2021 vorzulegen. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des Schifffahrtsstandorts Deutschland zu sichern und so weit als möglich auszubauen.

(A) Begründung:

Das vorliegende Gesetz sieht keine wesentlichen Änderungen hinsichtlich der Besteuerung von Prämienzahlungen für Seeschiffsversicherungen in Deutschland vor. Insbesondere wird der Stellungnahme des Bundesrates in seiner 992. Sitzung am 3. Juli 2020 unter Ziffer 2 (BR-Drucksache 262/20 (Beschluss)) nicht Rechnung getragen, wonach der Steuersatz von 3 Prozent (der bislang nur für die Seeschiffskaskoversicherung zum Tragen kommt) zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Branche und zum Erhalt der Reedereiwirtschaft in den Küstenländern zukünftig auf alle Bereiche der Seeschiffsversicherung angewendet werden sollte, sofern eine Steuerpflicht in Deutschland besteht.

Angesichts der Tatsache, dass sich alle anderen relevanten EU-Schifffahrtsstandorte durch eine deutlich geringere Belastung der Seeschiffahrt aufgrund der Erhebung von Versicherungssteuer auf Prämien auszeichnen beziehungsweise Seeschiffsversicherungen oft überhaupt keiner Versicherungssteuer unterliegen, ergibt sich durch die derzeitigen Regelungen ein Wettbewerbsnachteil für den Schifffahrtsstandort Deutschland. Dies gilt insbesondere angesichts der zunehmenden Konzentration deutscher Schifffahrtsunternehmen auf den Bereich des Schiffsmanagements (vermehrt auch für ausländische Eigentümer) als Folge des Strukturwandels der Branche.

## (B)

Zudem haben andere Schifffahrtsstandorte in der EU ihre Bemühungen zur Steigerung der Attraktivität des eigenen Standortes in den letzten Jahren noch erheblich verstärkt und innerhalb des vom Europäischen Beihilferecht eröffneten zulässigen Rahmens verschiedene sonstige Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer maritimen Industrie und speziell der Seeschiffahrt umgesetzt, indem sie beispielsweise ihre Tonnagesteuerregelungen angepasst und modernisiert sowie Gebühren abgeschafft oder zumindest deutlich reduziert haben. Vor diesem Hintergrund kommt der Sicherung des maritimen Knowhows und einer am Standort verwurzelten, breit aufgestellten maritimen Wirtschaft eine besondere Bedeutung zu.

- **Gesetz über die Umwandlung des Informationstechnikzentrums Bund in eine nichtrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und zur Änderung weiterer Vorschriften**
- **Gesetz zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen**
- **Zweites Gesetz zur steuerlichen Entlastung von Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (Zweites Familienentlastungsgesetz – 2. FamEntlastG)**

– **Gesetz zur Umsetzung der Richtlinien (EU) 2019/878 und (EU) 2019/879 zur Reduzierung von Risiken und zur Stärkung der Proportionalität im Bankensektor (Risikoreduzierungsgesetz – RiG)** (C)– **Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken**– **Gesetz zur Stärkung der Sicherheit im Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesen**– **Gesetz zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren bei der Gewährung von Familienleistungen**

Der Bundesrat hat ferner die folgende Entschließung gefasst:

Der Bundesrat weist darauf hin, dass die Änderung des Onlinezugangsgesetzes (Artikel 1) auf die Artikel 91c und 84 des Grundgesetzes zu stützen ist.

Begründung:

Der Bundesrat anerkennt die Anstrengungen des Bundes, unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Bundesrates vom 18. September 2020 (BR-Drucksache 463/20 (Beschluss)) weitere Regelungen zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen in das OZG aufzunehmen. Er hält angesichts des Auseinanderfallens der Regelungen zur Bekanntgabe von Verwaltungsakten im VwVfG und im OZG und mit Blick auf die Ausführungen zur Gesetzgebungskompetenz in der Gesetzesbegründung zu Artikel 1 jedoch den Hinweis für geboten, dass sich die Gesetzgebungsbefugnis des Bundes hinsichtlich verwaltungsverfahrenrechtlicher Regelungen wie § 9 OZG-neu ausschließlich aus Artikel 84 Absatz 1 des Grundgesetzes ergibt; dabei erinnert er an die zutreffenden Angaben in der Allgemeinen Begründung zur Gesetzgebungskompetenz für Artikel 9 des Gesetzes zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften (OZG, BR-Drucksache 814/16).

– **Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes** (D)

Der Bundesrat hat ferner die folgende Entschließung gefasst:

1. Der Bundesrat nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass das Anliegen aus Ziffer 2 der BR-Drucksache 504/20 (Beschluss), § 58 Absatz 8 AufenthG um eine Regelung zur gerichtlichen Zuständigkeit und zum gerichtlichen Verfahren für die Anordnung von Wohnungsdurchsuchungen zu ergänzen, im aktuellen Gesetz nicht aufgegriffen wurde.
2. Er weist nochmals auf die Dringlichkeit einer entsprechenden Ergänzung für eine rechtssichere Anwendung der vorgenannten Eingriffsbefugnis hin und fordert die Bundesregierung daher auf, zeitnah in der vom Bundesrat vorgeschlagenen Weise tätig zu werden.

– **Gesetz zur Entfristung von Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung**

- (A) – **Gesetz zur Modernisierung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes und des Fernunterrichtsschutzgesetzes**
- Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Protokolls über Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister vom 21. Mai 2003 sowie zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 166/2006
  - Gesetz zur Anpassung der Kostenvorschriften im Bereich der Entsorgung radioaktiver Abfälle sowie zur Änderung weiterer Vorschriften
  - **Gesetz zur Beschleunigung von Investitionen**
- Der Bundesrat hat ferner die folgende Entschließung gefasst:
1. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, die Vorschriften zur vorzeitigen Besitzeinweisung in den jeweiligen Fachgesetzen erneut zu prüfen und zeitnah in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren einer einheitlichen Regelung zuzuführen. Die Regelungen sollen dem Gedanken der Investitionsbeschleunigung Rechnung tragen und zugleich für Enteignungsbehörden und Sachverständige praktisch umsetzbar sein.
  2. Der Bundesrat hält es dabei insbesondere für erforderlich, dass den Enteignungsbehörden bei Maßnahmen ohne vorliegende enteignungsrechtliche Vorwirkung einheitliche und zugleich praktikable Bearbeitungsfristen eingeräumt werden.
- (B) Begründung:
- Die vom Deutschen Bundestag beschlossenen Änderungen führen zu einem Auseinanderfallen der Rechtslage zur vorzeitigen Besitzeinweisung in den Fachgesetzen (§ 18f des Bundesfernstraßengesetzes, § 21des Allgemeinen Eisenbahngesetzes und § 29a des Personenbeförderungsgesetzes). So sind beispielsweise im Allgemeinen Eisenbahngesetz für Unterhaltungsmaßnahmen keine Fristen für mündliche Verhandlung und Zustellung der Entscheidung mehr vorgesehen. Im Personenbeförderungsgesetz werden hingegen die kurzen Fristen für Besitzeinweisungsverfahren auf Unterhaltungsmaßnahmen übertragen. Dasselbe gilt für den kürzlich geänderten § 18f des Bundesfernstraßengesetzes.
- Eine sachliche Begründung für das Auseinanderfallen der Regelungen zur vorzeitigen Besitzeinweisung für Unterhaltungsmaßnahmen ist nicht ersichtlich; die unterschiedlichen Vorgaben steigern die Rechtsunsicherheit.
- Bei der Überprüfung ist darauf zu achten, dass die Fristen für die Enteignungsbehörden und Sachverständigen, insbesondere bei Maßnahmen ohne enteignungsrechtliche Vorwirkung, praktikabel bleiben.
- **Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes und anderer Vorschriften**
- (C) – **Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2021 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2021)**
- Gesetz zu dem Protokoll vom 9. Dezember 2019 zur Änderung des Abkommens vom 28. Juni 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
  - Gesetz zur Beschäftigungssicherung infolge der COVID-19-Pandemie (Beschäftigungssicherungsgesetz – BeschSiG)
  - **Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ (Ganztagsfinanzierungsgesetz – GaFG)**
- Der Bundesrat hat ferner die folgende Entschließung gefasst:
- Die Länder begrüßen die Einrichtung des Sondervermögens. Die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Primarstufe ist jedoch derzeit Gegenstand andauernder Verhandlungen zwischen Bund und Ländern. Vor diesem Hintergrund betont der Bundesrat, dass sämtliche in diesem Gesetz enthaltenen Regelungen in diesem Bereich kein Präjudiz mit Blick auf diese Verhandlungen darstellen. Die Einführung eines solchen Rechtsanspruchs muss davon abhängig sein, dass die finanziellen Rahmenbedingungen hinsichtlich Investitions- und Betriebsausgaben geklärt sind, und eine auskömmliche Beteiligung des Bundes gesichert ist. (D)
- Die Errichtung des Sondervermögens ist ein wichtiger erster Schritt des Bundes, die Länder im Bereich des Ausbaus ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote finanziell zu unterstützen. Die Basismittel in Höhe von 2 Milliarden Euro sind für eine zeitnahe Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten dringend nötig, führen aber nicht dazu, dass die Kosten für die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz auch nur annähernd gedeckt werden. Daher sieht es der Bundesrat als geboten an, die zusätzlichen Mittel nicht als Bonusmittel bereitzustellen, sondern die Basismittel entsprechend aufzustocken. § 4 GaFG bedarf insofern einer Überarbeitung.
- Der Bundesrat hält es für notwendig, dass zunächst neben dem Umfang der Regelungen und dem Zeitplan die finanziellen Fragen im Einvernehmen mit den Ländern geklärt werden und entsprechende Regelungen für die Investitions- und Betriebskosten getroffen werden.
- **Gesetz zur Anpassung der Ergänzungszuweisungen des Bundes nach § 11 Absatz 4 des Finanzausgleichsgesetzes und zur Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder**
  - **Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explo-**

(A) **sivstoffe, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 98/2013**

Die folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass sie gemäß § 80 Absatz 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absehen:

**Finanzausschuss**

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht über die Höhe des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2020 (13. Existenzminimumbericht)**

**Drucksachen 19/22800, 19/24535 Nr. 2**

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Wirkung der kalten Progression im Verlauf des Einkommensteuertarifs für die Jahre 2020 und 2021 (Vierter Steuerprogressionsbericht)**

**Drucksachen 19/22900, 19/24535 Nr. 3**

- Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof

**Bericht nach § 99 der Bundeshaushaltsordnung über Maßnahmen zur Verbesserung der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung – Chancen der Digitalisierung nutzen**

(B) **Drucksachen 19/24000, 19/24535 Nr. 7**

**Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** (C)

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bundesbericht Forschung und Innovation 2020**

**Drucksache 19/19310**

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2020**

**Drucksache 19/23070**

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden Unionsdokumente zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

**Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**

Drucksache 19/24153 Nr. A.7

Ratsdokument 11853/20

Drucksache 19/24153 Nr. A.8

Ratsdokument 11854/20

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Drucksache 19/22367 Nr. A.72

Ratsdokument 9413/20

Drucksache 19/22367 Nr. A.73

Ratsdokument 9451/20

Drucksache 19/22694 Nr. A.4

Ratsdokument 10288/20

Drucksache 19/23079 Nr. A.46

Ratsdokument 10484/20

**Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**

Drucksache 19/16956 Nr. A.17

Ratsdokument 15321/19

Drucksache 19/20243 Nr. A.24

Ratsdokument 7065/20

Drucksache 19/22367 Nr. A.76

EU-Dok 291/2020

Drucksache 19/22367 Nr. A.77

EU-Dok 305/2020

(D)

